

Zwischen Verstecken und Flagge zeigen

Junges jüdisches Leben in München und Antisemitismuserfahrungen vor und nach dem 7. Oktober



Autorinnen:

Prof. Dr. Julia Bernstein (Projektleitung)

Alina Brehm, M.A. (Wiss. Mitarbeiterin)

Unter Mitarbeit von:

Nathalie Friedlender, M.A. (Wiss. Mitarbeiterin)

Michelle Stoltze, B.A. (Studentische Hilfskraft)

Frankfurt a.M., April 2025

gefördert von der



Landeshauptstadt
München
Fachstelle für Demokratie

Inhaltsverzeichnis¹

Executive Summary short.....	4
Executive Summary.....	5
1. Einleitung.....	8
2. Anlage der Studie.....	13
2.1. Sample	13
2.2. Methode.....	14
3. Ergebnisse	16
3.1. Jüdisches Leben und Antisemitismuserfahrungen vor dem 7.10.....	16
3.1.1. Soziale Verortungen	16
3.1.2. Antisemitismuserfahrungen vor dem 7.10.	19
3.2. Der 7.10. im Erleben junger jüdischer Münchner:innen	22
3.2.1. Individuelle Betroffenheit	22
3.2.2. Reaktionen im nichtjüdischen Umfeld.....	23
3.2.3. Der 7.10. als Trauma	26
3.2.4. Der 7.10. als Epiphanie	29
3.3. Antisemitismuserfahrungen nach dem 7.10.	30
3.3.1. Vorfälle.....	31
3.3.2. Alltagskulisse	37
3.4. Unterstützungsstrukturen und Umgangsweisen	39
3.4.1. Institutionelle Ressourcen.....	39
3.4.2. Individuelle Ressourcen, Umgangsweisen und Strategien	44
3.5. Folgen.....	51
3.5.1. Psychische und körperliche Gesundheit.....	52
3.5.2. Lebenspraktische Folgen	54
3.5.3. Veränderte Beziehungen	55
3.5.4. Gesellschaftliche Zugehörigkeit und Identität.....	57
3.5.5. Sicherheitsempfinden	61
3.5.6. Zukunftsplanung.....	64
3.6. Wünsche.....	67
4. Empfehlungen	69
4.1. Stärkung lokaler institutioneller und individueller Ressourcen	69
4.1.1. Stärkung institutioneller Ressourcen.....	69
4.1.2. Stärkung individueller Ressourcen.....	70

1 Bildnachweis für das Foto auf der Titelseite: Michael Nagy / Presseamt München

4.2.	Notwendige Maßnahmen und Schaffung/Ausbau lokaler Ressourcen.....	71
4.2.1.	Psychosoziale Versorgung.....	71
4.2.2.	Politische Bildung.....	72
4.2.3.	Sicherheit und Recht.....	74
4.2.4.	Forschung.....	76
	Literatur.....	79
	Anhang.....	87

Executive Summary short

Die von der Stadt München in Auftrag gegebene Studie „Jüdisches Leben und Antisemitismuserfahrungen in München“ untersucht auf Basis von 35 qualitativen Interviews (33 Interviews mit jungen jüdischen Münchner:innen (18–35 Jahre) und zwei Interviews mit Expert:innen aus dem Bereich Sozialer Arbeit und politischer Bildung) die Lebensrealitäten, Antisemitismuserfahrungen und Perspektiven nach dem 7. Oktober 2023. Die Studie beleuchtet sowohl die Situation vor dem 7. Oktober als auch die tiefgreifenden Auswirkungen der Ereignisse dieses Tages und der darauffolgenden Zeit.

Bereits vor dem 7. Oktober war das jüdische Leben in München geprägt von Vielfalt, aber auch von Unsicherheit. Viele zeigten ihre jüdische Identität im öffentlichen Raum nicht offen – aus Sorge um ihre Sicherheit. Der 7. Oktober 2023 stellt für die meisten Interviewten eine Epiphanie dar: eine krisenhafte Erfahrung, die eine unumkehrbare Veränderung nach sich zieht – ein Ereignis, nach dem nichts mehr ist wie zuvor, das die Perspektive auf das eigene Leben nachhaltig verschiebt. Diese Einteilung in ein „Davor“ und „Danach“ bezieht sich nicht nur auf die erlebte Gewalt, sondern ebenso auf die Reaktionen des gesellschaftlichen Umfelds, das mediale Framing und eine empfundene Kälte seitens der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft. Das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen wurde erschüttert; viele bezweifeln heute, dass die Zivilgesellschaft jüdisches Leben im Ernstfall zu schützen bereit oder in der Lage wäre.

Die Reaktionen reichen von Rückzug, Angst und Vermeidung bis hin zu Stolz, Wut und einer verstärkten jüdischen Selbstverortung. Der 7. Oktober hat bei vielen zu einer Intensivierung der jüdischen Identität geführt – aus Selbstschutz und Solidarität. Viele berichten von einem erhöhten Bedürfnis, sich in einem jüdischen Umfeld aufzuhalten, von veränderten Freundeskreisen und dem Wunsch, ihre Kinder in jüdischen Einrichtungen unterzubringen. Für alle ist klar: In der Öffentlichkeit fühlen sie sich nur dann sicher, wenn sie nicht als Jüdinnen:Juden oder Menschen mit Bezug zu Israel erkennbar sind. Besonders herausfordernd ist die Lage für in München lebende Israelis, die sich weder in Deutschland noch in Israel sicher fühlen und zusätzlich mit Stigmatisierung konfrontiert sind.

Die Interviewten äußern erhebliche Sorgen in Bezug auf die Sicherheit ihrer Kinder sowie ihre eigene Zukunft in Deutschland. Viele stellen sich existenzielle Fragen, denken über Auswanderung nach oder beschäftigen sich mit Blending-In Strategien, um ihre jüdische Identität bewusst zu verstecken. Auch jene, die sich zuvor als integriert empfanden, erleben nun eine grundlegende Verunsicherung. Trotz dieser Belastungen wurde die Solidaritätsbekundung der Stadt München vielfach als wichtige Geste gewürdigt.

Die Studie zeigt: Antisemitismus tritt nicht nur in extremer, sondern auch in subtiler Form auf – und beeinflusst das Leben jüdischer Menschen in nahezu allen Bereichen: Alltag, Gesundheit, Zugehörigkeit, Beruf und Zukunftsplanung. Ob jüdisches Leben in Deutschland auch künftig sichtbar, sicher und selbstverständlich möglich ist, bleibt eine offene – und drängende – Frage.

Executive Summary

In diesem Bericht werden die zentralen Befunde der von der Stadt München in Auftrag gegebenen Studie „Jüdisches Leben und Antisemitismuserfahrungen in München“ vorgestellt. Ziel der qualitativ angelegten Untersuchung war es, die Lebenswelten und Erfahrungen junger Jüdinnen:Juden in München im Kontext von Antisemitismus und Zugehörigkeit zu rekonstruieren. Im Fokus standen sowohl die Entwicklungen vor dem 7. Oktober 2023 als auch die tiefgreifenden Auswirkungen der Ereignisse dieses Tages und der darauffolgenden Zeit. Insgesamt wurden 35 narrativ orientierte, problemzentrierte Interviews mit 33 jüdischen Münchner:innen zwischen 18 und 35 Jahren sowie zwei Expert:innen aus dem Bereich Sozialer Arbeit und politischer Bildung geführt.

Die Studie verfolgte die Leitfragen: Wie gestaltet sich jüdisches Leben in München vor dem Hintergrund von Antisemitismuserfahrungen? Wie wurde der 7. Oktober erlebt und welche Veränderungen im Alltag, in den Beziehungen, im Sicherheitsgefühl und in der Zukunftsplanung sind daraus erwachsen? Welche individuellen und kollektiven Umgangsstrategien wurden entwickelt, und welche Unterstützung wird benötigt?

Das jüdische Leben in München war bereits vor dem 7. Oktober von Diversität, Identitätssuche und einer gewissen Grundspannung zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit geprägt. Viele Befragte gaben an, ihre jüdische Identität aus Sicherheitsbedenken im öffentlichen Raum nicht offen zu zeigen. Zugleich bestand ein starkes Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Verbundenheit – mit Traditionen, mit Israel, mit der Community.

Der 7. Oktober 2023 markiert für nahezu alle Befragten einen tiefgreifenden Bruch – eine Zäsur, nach der „nichts mehr ist wie zuvor“. Viele sprechen davon, wie sich ihre Sicht auf die Welt und sich selbst, ihr Vertrauen in die Gesellschaft und ihre Zugehörigkeitsgefühle nachhaltig verändert haben – einem Prozess, der sich als Epiphanie beschreiben lässt. Die wahrgenommene Gleichgültigkeit oder gar Distanzierung im nichtjüdischen Umfeld, die Verharmlosung der Gewalt, einseitige mediale Berichterstattung sowie die pauschale Gleichsetzung jüdischer Personen mit israelischer Politik haben das Gefühl verstärkt, als Jüdinnen:Juden in Deutschland zunehmend isoliert und stigmatisiert zu sein. Der Vertrauensverlust in nichtjüdische Räume und Institutionen ist massiv – viele zweifeln daran, dass die deutsche Zivilgesellschaft im Ernstfall jüdisches Leben schützen würde.

Die im Anhang dokumentierten 39 Quellen zu antisemitischen Vorfällen in München seit dem 7. Oktober 2023 verweisen auf den besorgniserregenden Kontext, in dem sich junge jüdische Münchner:innen aktuell bewegen. Zahlreiche dieser Vorfälle ereigneten sich während des Projektzeitraums und wurden in den Interviews teilweise explizit thematisiert. Die Erfahrungen nach dem 7. Oktober gehen weit über individuelle Betroffenheit hinaus. Es handelt sich um eine kollektive Erschütterung mit konkreten Folgen für die psychische und physische Gesundheit, für das soziale Umfeld, die Berufs- und Familienplanung sowie die gesellschaftliche Teilhabe. Die häufig genannten Emotionen reichen von Ohnmacht, Verzweiflung, Angst und Rückzug bis hin zu Wut, Resilienz und einem erstarkten jüdischen Selbstverständnis. Viele berichten von einem

verstärkten Bedürfnis, sich in jüdischen Kontexten aufzuhalten – sei es in Gemeinden, Bildungsinstitutionen oder privaten Netzwerken. Hier empfinden sie Sicherheit, Verständnis und Zugehörigkeit. Besonders für Familien ist die Unterbringung der Kinder in jüdischen Kindergärten und Schulen ein zentrales Anliegen – sowohl aus Sicherheitsgründen als auch im Sinne der Weitergabe jüdischer Identität.

Der Alltag ist zudem von vielfältigen, oft unerwarteten Zumutungen geprägt – etwa durch erzwungene, emotionalisierte Politisierungen in beliebigen Kontexten, bei denen zunächst scheinbar harmlose Gespräche über Israel rasch eskalieren und in offene Feindseligkeit umschlagen, die auf Jüdinnen:Juden projiziert wird.

Der Zwang, jüdische Identität im öffentlichen Raum zu verbergen, hat sich nach dem 7. Oktober weiter verstärkt: Für alle Befragten ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, dass sie sich nur dann im öffentlichen Raum sicher fühlen, wenn sie nicht als Jüdinnen:Juden oder Personen mit Verbindungen zu Israel erkennbar sind. Gleichzeitig berichten viele von einer Intensivierung ihrer jüdischen Identität – als Reaktion auf äußeren Ausschluss, aber auch als bewusste Form der Selbstbehauptung. Diese Reibung zwischen innerer Stärkung und äußerer Unsichtbarkeit durchzieht viele der Erzählungen. Frauen tendieren im Vergleich zu den befragten Männern häufiger dazu, sich zu verstecken oder ihre Identität und Muttersprache zu verheimlichen. Die männlichen Befragten beschrieben hingegen häufiger, nun bewusst offen Symbole im öffentlichen Raum zu tragen. Antisemitismus wird von den Interviewpersonen sowohl in der Mitte der Gesellschaft als auch an den politischen Rändern verortet – sie äußern Sorgen über den Rechtsruck und die wachsende Macht der AfD ebenso wie über islamistischen Antisemitismus und antisemitische Haltungen innerhalb des linken Spektrums. Hier werden häufig Beispiele von israelbezogenem Antisemitismus erwähnt. Besonders beunruhigend wirkt auf viele die weitgehende gesellschaftliche Gleichgültigkeit gegenüber mitgetragendem oder stillschweigend normalisiertem Antisemitismus, der meist nicht als solcher benannt oder sanktioniert wird. Diese Erfahrungen in Kombination mit der Flut an Hass und Fake News in den sozialen Medien, die immun gegen Richtigstellungen sind, erzeugen bei vielen die Erlebnisfigur einer „verkehrten Welt“, in der Antisemitismus normalisiert wird und jüdische Belange marginalisiert werden.

Besonders herausfordernd gestaltet sich die Situation für israelische Staatsbürger:innen in München. Sie fühlen sich gleichzeitig in Israel wie in Deutschland nicht sicher – einerseits bedroht durch den Krieg, andererseits durch die Stigmatisierung in der deutschen Öffentlichkeit, wo sie häufig als Aggressor:innen oder Provokateur:innen wahrgenommen werden. Diese doppelte Belastung wird von der deutschen Gesellschaft kaum gesehen. Besondere Spannungen zeigen sich in jüdisch-nichtjüdischen Familienkonstellationen, in denen die Reaktionen auf den 7. Oktober von bedingungsloser Solidarität bis hin zu Unverständnis, Ablehnung und familiären Konflikten reichen.

Zudem wird in nahezu allen Interviews eine tiefe Verunsicherung im Hinblick auf die Zukunft in Deutschland deutlich. Keine der befragten Personen kann sich eine sorglose Zukunft vorstellen, in der jüdische Identität selbstverständlich und offen gelebt werden kann. Aus Angst vor beruflichen Nachteilen entscheiden sich einige bewusst dafür, ihre jüdische Zugehörigkeit am

Arbeitsplatz nicht offenzulegen – manche erwägen sogar eine Namensänderung oder verzichten auf Auslandsaufenthalte in Israel, aus Sorge, diese könnten später als „Makel“ im Lebenslauf gewertet werden.

Ähnliche Erfahrungen schildern jüdische Studierende, die Konfrontationen oder Benachteiligungen im Hochschulkontext befürchten. Diese Formen der Selbstverbergung verweisen auf ein starkes Schutzbedürfnis und das Fehlen sicherer, diskriminierungsfreier Räume.

Die Studie zeigt deutlich: Antisemitismus äußert sich nicht nur in Gewalt oder drastischen Vorfällen, sondern auch in subtilen, alltäglichen Formen – in der Sprache, im Verhalten, im mangelnden Interesse oder in diffusen Zuschreibungen. Viele berichten von einem Verlust oder einer bewussten Veränderung ihres Freundeskreises, von Enttäuschungen im beruflichen oder akademischen Kontext und einer zunehmenden Entfremdung zur nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft. Besonders betroffen sind dabei auch jene, die sich zuvor stark integriert fühlten oder wenig Antisemitismus erlebt hatten.

Als Lichtblick wurde von vielen Interviewten die öffentliche Solidaritätsbekundung der Stadt München wahrgenommen – als wichtige symbolische Geste in einer Zeit, in der viele sich allein gelassen fühlen. Zugleich bleibt der Wunsch nach tiefgreifenderen Maßnahmen bestehen: nach politischem Handeln, klarer Positionierung, Bildung über Antisemitismus und der Schaffung von sicheren Räumen – insbesondere auch an Universitäten. Der Wunsch nach Dialog ist da, doch er scheitert oft an antisemitischen Einstellungen, Abwehrreaktionen oder gar Gewaltandrohungen.

Die Studie verdeutlicht, dass jüdisches Leben in München – wie auch in Deutschland insgesamt – nach dem 7. Oktober 2023 in eine neue Phase eingetreten ist. Diese ist geprägt von tiefem Misstrauen, dem Bedürfnis nach Selbstschutz, aber auch von einer neu formierten Solidarität innerhalb der jüdischen Community. Die Frage, ob jüdisches Leben in Deutschland auch in Zukunft möglich, sicher und sichtbar sein kann, bleibt offen – sie ist jedoch dringlicher denn je.

1. Einleitung

München ist, nach Berlin, die Stadt mit der zweitgrößten **jüdischen Gemeinde** in Deutschland. Die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern (IKG) zählt rund 9.500 Mitglieder, während die liberale Gemeinde Beth Shalom ca. 650 Mitglieder umfasst. Da bundesweit Schätzungen zufolge doppelt so viele Menschen mit jüdischer Familiengeschichte leben, wie es Gemeindeglieder gibt (aktuell circa 95.000)², ist ein ähnliches Verhältnis auch für München anzunehmen, wonach dort schätzungsweise mehr als 20.000 Jüdinnen:Juden leben. Seit dem 7.10. erleben diese Müncher:innen verstärkte Belastungen in ihrem Alltag.

Der **Terrorangriff der Hamas am 7.10.2023** war die schwerste antisemitische Gewalttat und „der tiefste Einschnitt in der jüdischen Welt“³ seit der Shoah. Rund 1.200 Israelis sowie Menschen mit ausländischer oder doppelter Staatsbürgerschaft wurden getötet, 5.431 verletzt und etwa 250 Personen als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt.⁴ In diesem Zusammenhang lässt sich nicht nur von Massenmord, sondern auch von einem „Massenraub“ sprechen.⁵ Die daraufhin gestartete israelische Militäroperation „Operation Iron Swords“ zur Befreiung der Geiseln und Zerschlagung der Hamas ging mit wachsendem internationalem Druck auf Israel aufgrund der zivilen Opfer und der humanitären Lage im Gazastreifen einher. Am 15.01.2025 wurde die Freilassung der verbliebenen Geiseln in Phasen und ein Waffenstillstand vereinbart, der am 19.01.2025 in Kraft getreten ist. Zum Zeitpunkt der Verschriftlichung des Berichts bleiben immer noch 59 in Geiselhaft palästinensischer Terrorgruppen im Gazastreifen, von denen nach aktuellen Informationen nur noch 27 am Leben sind, und der Ausgang des Kriegs ist unklar.

Das Massaker am 7. Oktober 2023, das „die tiefen seelischen Wunden des Extrem-Traumas Shoah wieder geöffnet“⁶ hat, wurde von verschiedenen Expert:innen im Kontext von Traumatisierungen infolge der Shoah beschrieben. Der Historiker Dan Diner bezeichnete die Gewalt der Hamas als „genozidale Botschaft“⁷, die der israelischen Bevölkerung den Vernichtungstod in Aussicht stellt. Der Psychoanalytiker Kurt Grünberg sprach in diesem Zusammenhang von einer „Monstrosität an Verbrechen“ und einem „traumatischen Klima“⁸, das durch diese Ereignisse hervorgerufen wurde. Die Sozialpsychologin Joëlle Lewitan adressiert die Folgen des 7.10 mit dem Begriff „vererbtes Déjà-vu“.⁹ Diese Einschätzungen verdeutlichen nicht nur die Schwere des Angriffs, sondern auch seine tiefgreifenden Auswirkungen auf die jüdische Gemeinschaft in

2 BMI 2023.

3 Arnold et al. 2025.

4 Stand Januar 2025 (Statista 2025a).

5 „Teile der Bevölkerung schlossen sich zu einer Raubgemeinschaft zusammen: Autos, Spielzeuge und alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde in den Gazastreifen mitgenommen. Die weiblichen Geiseln wurden, wie schon beim Islamischen Staat, versklavt und in Wohnhäusern ‚gehalten‘“ (NZZ 2025b).

6 Grünberg zit. nach taz 2023.

7 Diner 2025.

8 Grünberg 2023.

9 Lewitan 2023.

Israel und der Diaspora. Sowohl das Massaker als auch der darauffolgende Krieg in Gaza führten zu einer der größten antisemitischen Wellen der letzten Jahrzehnte.¹⁰

Die **Kontinuität des Antisemitismus in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges** wurde in einer Vielzahl an Studien aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. In den letzten Jahren sind dabei beunruhigende empirische Tendenzen in Deutschland zu verzeichnen. So sehen nach der letzten FRA Studie, durchgeführt vor dem 7.10.2023 in 13 europäischen Ländern, 84 % der jüdischen Befragten Antisemitismus als großes oder sehr großes Problem. Zudem berichten 96 % davon, dass sie in den zwölf Monaten vor der Umfrage antisemitische Erfahrungen gemacht haben. Zwischen 96 % und 99 % der Befragten geben an, Antisemitismus unabhängig von ihrer Religiosität als Jüdinnen:Juden zu erleben. Mehr als 95 % derjenigen, die Antisemitismus erfahren haben, berichteten von mindestens zwei verschiedenen Erscheinungsformen, mit denen sie konfrontiert wurden. 59 % der Befragten äußerten, mit den Bemühungen ihrer nationalen Regierungen zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Sensibilisierung für jüdische Traditionen (überhaupt) nicht zufrieden zu sein. Zudem haben 41 % der Befragten bereits ihre Auswanderung vollzogen oder ziehen sie in Betracht, weil sie sich als Jüdinnen:Juden in ihren jeweiligen Ländern im Jahr 2023 nicht sicher fühlen.¹¹ Viele Jüdinnen:Juden verbergen ihre jüdische Identität: 70 % der Befragten vermeiden es, in der Öffentlichkeit jüdische Symbole zu tragen.¹² Besonders für junge Jüdinnen:Juden stellen sich die Fragen der Teilhabe und Zukunft in der Diaspora. Laut einer aktuellen Umfrage, die zu Beginn des Schuljahres veröffentlicht wurde, fühlt sich „eine große Mehrheit der jüdischen Teenager weltweit – 78 % [...] in ihren Sorgen über den zunehmenden Antisemitismus abgewiesen oder nicht ernst genommen.“¹³ In Deutschland zeigt sich bei jeder Eskalation des Nahostkonflikts ein deutlicher Anstieg antisemitischer Vorfälle und Einstellungen. Nach dem Massaker vom 7. Oktober 2023 sowie infolge des Krieges in Gaza verzeichnen verschiedene Quellen eine bislang beispiellose Zunahme an Angriffen – sowohl in Deutschland¹⁴ als auch weltweit.¹⁵ Laut einer Befragung der World Zionist Organisation (WZO) stieg die Zahl antisemitischer Vorfälle weltweit zwischen 2022 und 2024 um 340 %. Einige Organisationen berichten sogar von einem Anstieg um 400 %.¹⁶

In den vergangenen Jahren hat sich die Antisemitismusforschung paradigmatisch gewandelt. Dabei wurden nicht mehr nur Einstellungen gegenüber Jüdinnen:Juden gemessen, sondern zunehmend auch deren Perspektiven auf und Erfahrungen mit Antisemitismus rekonstruiert. Bis Zick et al. (2017) die jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus in den Vordergrund stellten, fanden diese in der empirischen Bestandsaufnahme sowie bei der Entwicklung von Maßnahmen

10 In Deutschland registrierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) im Jahr 2023 insgesamt 4.782 antisemitische Vorfälle, was einem Anstieg von knapp 83 Prozent entspricht. Über die Hälfte dieser Vorfälle ereignete sich nach dem 7. Oktober (Mediendienst 2025). In den USA stiegen die antisemitischen Vorfälle im Jahr 2023 um 140 Prozent auf insgesamt 8.873 Fälle, den höchsten Stand seit Beginn der Erfassung durch die Anti-Defamation League (ADL) im Jahr 1979. Auch in Österreich verzeichnete die Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) im Jahr 2023 insgesamt 1.147 antisemitische Vorfälle, was einem Anstieg von 59,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht (Mediendienst 2025).

11 FRA 2024.

12 Vgl. Zick et al. 2017.

13 Cohen 2024.

14 „Für das Jahr 2023 dokumentiert der Bundesverband RIAS 4.782 antisemitische Vorfälle. Das stellt einen Anstieg um circa 83 % im Vergleich zum Vorjahr dar“. (RIAS 2024, S.5). Vgl. zur Zunahme des Antisemitismus RIAS 2023b.; OFEK 2024.

15 Vgl. Benson 2025. In der Schweiz ergibt sich ein ähnliches Bild wie in Deutschland (vgl. Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund SIG/GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus 2024).

16 Vgl. FRA 2024, S.24.

kaum Berücksichtigung.¹⁷ Beispiele für **Forschung zum 7.10. aus jüdischer Perspektive** sind bislang selten. Neben wenigen anderen qualitativen Studien in diesem Bereich¹⁸ gehört auch die gegenwärtige Studie dazu.

Im qualitativ-rekonstruktiven Ansatz dieser Studie zu Antisemitismus geht es sowohl um die konkreten Erfahrungen der Betroffenen – ihre Wahrnehmungen des Phänomens, ihre Umgangsweisen und die individuellen Auswirkungen – als auch um die Wissenskonstruktionen und feindseligen Weltbilder, die in der Gesellschaft in zahlreichen, oft unerwarteten Alltagssituationen reproduziert werden. Auch wenn die individuell berichteten Erfahrungen und Deutungen von Antisemitismus im Mittelpunkt stehen, ist es in diesem Kontext notwendig, das theoretische **Antisemitismusverständnis** zu definieren. Wir orientieren uns zwar an der Arbeitsdefinition der IHRA¹⁹, legen konkret jedoch folgende **Definition** zugrunde²⁰:

„I propose to define antisemitism as a persisting latent structure of hostile beliefs towards Jews as a collectivity manifested in individuals as attitudes, and in culture as myth, ideology, folklore, and imagery, and in actions – social or legal discrimination, political mobilization against Jews, and collective or state violence – which results in and/or is designed to distance, displace, or destroy Jews as Jews.”²¹

Davon ausgehend sind weitere Komponenten des Antisemitismus zu berücksichtigen. Je nach konkreter Ausprägung des Antisemitismus kann dabei seine Eigenschaft als Vorurteil²², als Ressentiment²³ oder als Weltbild²⁴ im Vordergrund stehen. Ein besonderes Charakteristikum von Antisemitismus in Deutschland liegt in dessen **Kommunikationslatenz**²⁵ und der damit verbundenen **Umwegkommunikation**.²⁶ Kommunikationslatenz bedeutet, dass offener Antisemitismus aufgrund der deutschen Geschichte und der proklamierten Vergangenheitsbewältigung so stark tabuisiert wurde²⁷, dass er in Umfragen häufig nicht offen geäußert wird. Der Faktor sozialer Erwünschtheit führt dazu, dass auch öffentlich eindeutig antisemitischen Aussagen meist nicht zugestimmt wird, während sie im privaten Raum weiterhin getätigt werden. Die sogenannte „Umwegkommunikation“ ermöglicht es, antisemitische Äußerungen zu tätigen, ohne offen mit dem gesellschaftlichen Tabu zu brechen, indem bspw. Begriffe wie „die Eliten“, „Globalisten“ oder auch „Israel“ sprachlich an die Stelle von Jüdinnen:Juden treten und mit denselben Stereotypen und Feindschaften belegt werden.

17 Vgl. Zick et al. 2017.

18 Vgl. Bernstein/Diddens 2024a; Bernstein/Diddens 2024b; Bernstein/Diddens 2025; Chernivsky/Lorenz-Sinai 2024; Klotz/Spiegel, 2025.

19 IHRA Definition: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ (IHRA 2016).

20 Die Arbeitsdefinition der IHRA stellt – insbesondere für öffentliche Verwaltungen – eine wichtige und auch aus wissenschaftlicher Sicht sehr sinnvolle Grundlage zur Bewertung von Sachverhalten dar. Um die strukturelle Dimension von Antisemitismus zu betonen, wird die Definition im Rahmen der vorliegenden Studie um den folgenden Aspekt ergänzt.

21 Fein 1987, S. 67.

22 Vgl. Zick/Küpper 2007.

23 Vgl. Ranc 2016.

24 Vgl. Schwarz-Friesel/Reinharz 2012.

25 Vgl. z.B. Beyer/Krumpal 2010.

26 Vgl. z.B. Hoyer 2025.

27 Diese Tabuisierung ist zugleich mit dem gesellschaftlichen Phänomen verbunden, dass ein Antisemitismusvorwurf als schwerwiegenderer Angriff wahrgenommen wird als Antisemitismus an sich. Das zeigt sich auch in den Ergebnissen der NRW-Studie 2024, in der zwei Drittel der Befragten pauschal der Aussage zustimmten, dass es „ungerecht“ sei wenn jemand „als Antisemit beschimpft“ würde, während 35 % meinten, dass man den als Antisemit:in bezeichneten Personen im Gespräch aktiv beistehen sollte (vgl. Beyer et al. 2024, S. 5).

Antisemitismus ist zudem ein Phänomen, das sowohl Gemeinsamkeiten als auch **entscheidende Differenzen zu anderen -ismen** aufweist, **während es diese zugleich einschließt.**²⁸ Die Gemeinsamkeiten lassen sich als generalisierbare Dimensionen des Antisemitismus verstehen, während die Differenzen dessen spezifische Dimensionen²⁹ ausmachen. Abwertung, Gewalt sowie gesellschaftliche und institutionelle Ausgrenzung gehen mit allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einher. Zugleich sind bspw. Rassismus und Sexismus häufig Bestandteil antisemitischer Feindbilder. Doch Antisemitismus geht darüber hinaus. Zu den Strukturmerkmalen dieser spezifischen Dimensionen zählen dabei die personifizierte Dämonisierung gesellschaftlichen Übels als jüdisch, das manichäische Denken, das die Welt in Gut und Böse einteilt, sowie die Konstruktion identitärer Kollektive.³⁰ Um zu verstehen, was Menschen dazu bewegt, antisemitisches Gedankengut in Gewalttaten zu überführen, ist es essenziell, diese Dimensionen zu analysieren, da sie sich zu einer umfassenden Weltanschauung bzw. zu einem Erklärungssystem verdichten. Eine Spezifik des Antisemitismus liegt in der Vorstellung, Jüdinnen:Juden als übermächtig und überlegen zu imaginieren – eine Zuschreibung, die im Rahmen einer ethischen Logik der Solidarität mit den Schwachen leicht dazu führt, Jüdinnen:Juden und Israel eben jene Solidarität zu entziehen. Als eine solche Verschwörungsideologie erzeugt Antisemitismus dann eine imaginierte „Notwehrsituation“, in der sich die Antisemit:innen vermeintlich gegen das Böse zur Wehr setzen.

Nach dem 7.10 2023 ist Antisemitismus, insbesondere in seiner israelbezogenen Erscheinungsform, weltweit als besonders virulentes, oft camoufliertes Problem deutlich sichtbarer geworden – häufig im Kontext von antiisraelischem Aktivismus.³¹ Narrative, die Israel einseitig als Aggressor dämonisieren bzw. die Politik Israels auf eine Stufe mit Terrororganisationen stellen, sind meist antisemitisch geprägt. Dabei rücken der Terror der Hamas sowie die weltweite Gewalt gegen Jüdinnen:Juden in den Hintergrund. Informationen der Hamas werden oft unkritisch übernommen, die Geiseln wurden von vielen schnell vergessen,³² und die Taten der Hamas werden in den Medienberichten durch schwammige oder relativierende Wortwahl³³ bagatellisiert bzw. toleriert. In manchen Bildungsinstitutionen werden sie von jungen Akteur:innen sogar als „Widerstand“³⁴ legitimiert. Dies zeigt sich u.a. im als „pro-palästinensisch“ betitelten Aktivismus – sowohl online als auch offline, etwa bei Demonstrationen und Besetzungen – sowie in einem deutlichen Anstieg antisemitischer Straftaten in Deutschland.³⁵ Antisemitische Angriffe erfolgten in Form von Gewaltaufrufen, öffentlicher Stigmatisierung, Anschlagsversuchen und gingen häufig von sogenannten pro-palästinischen Demonstrationen aus.³⁶ Die Auswirkungen antisemitischer Diskriminierung und Feindseligkeit äußern sich u.a. in einer Einschränkung des

28 Vgl. Stögner 2022.

29 Vgl. Rensmann 2007; Rensmann/Schoeps 2008; Rensmann 2018.

30 Vgl. Beyer 2015; Haury 2002.

31 Vgl. zu antiisraelischen Aktivismus RIAS 2023b; RIAS 2024.

32 Vgl. Grünberg 2023. Exemplarisch dafür steht der Befund aus einer Befragung von Lehrkräften knapp ein Jahr nach dem 7.10.2023: „74 Prozent der Befragten stimmen eher nicht oder überhaupt nicht zu, wenn es um die Aussage geht, dass die Schüler:innen die Schicksale der Geiseln zum jetzigen Zeitpunkt beschäftigen würde.“ (Bildungsstätte Anne Frank 2024).

33 Vgl. bspw. den Artikeltitle „Alle haben versagt“ (taz 2025) oder die Rede vom „Geiselaustausch“ (Tagesschau 2025a), später geändert zu „Geiseldelal“ (Tagesschau 2025b). Vgl. dazu NZZ 2025a.

34 Vgl. exemplarisch dazu Hinz et al. 2024.

35 Allein in Berlin wurden im Jahr 2024 756 antisemitisch motivierte Fälle sowie weitere 4.096 Fälle registriert, bei denen der Verdacht einer antisemitischen Tatmotivation besteht, da sie im Kontext mit dem Nahost-Konflikt stehen (Jüdische Allgemeinen 2025).

36 Eine exemplarische Chronik liefert RIAS 2023a.

Sicherheitsgefühls und der gesellschaftlichen Teilhabe sowie in einem daraus resultierendem Vermeidungsverhalten. Diese gesamtgesellschaftlichen Problemlagen spiegeln sich auch in der **Münchner Stadtgesellschaft** wider. Dies betrifft die Gefährdungslage von Münchner Jüdinnen:Juden angesichts der Kriegslage im Nahen Osten³⁷, stadttöffentliche Kontroversen und Normalisierungsdiskurse³⁸ sowie den lokalen Anstieg antisemitischer Straftaten.³⁹

Vor diesem Hintergrund wurden in dieser **Studie** die Lebenswelten und Erfahrungen junger Jüdinnen:Juden in München im Zusammenhang mit Antisemitismus und dessen Auswirkungen auf der Grundlage qualitativer Sozialforschung rekonstruiert. In einem anwendungsbezogenen Schritt wurden die gewonnenen Erkenntnisse in Empfehlungen zur Weiterentwicklung der städtischen Unterstützungsstruktur überführt. Im nachfolgenden Kapitel (Anlage der Studie) werden das Sample und die Methode vorgestellt. Im Anschluss beleuchtet der **Bericht die Erkenntnisse zu folgenden Fragestellungen**: Kapitel 3.1: Wie gestaltet sich jüdisches Leben in München, und welche Antisemitismuserfahrungen haben die Interviewpersonen (IP) vor dem 7.10. gemacht? Kapitel 3.2.: Wie haben junge Jüdinnen:Juden in München den 07.10.2023 und die darauffolgende Zeit erlebt? Kapitel 3.3: Mit welchen Antisemitismuserfahrungen wurden sie nach dem 7.10. konfrontiert? Kapitel 3.4: Welche Unterstützungsstrukturen standen ihnen zur Verfügung und welche Strategien zum Umgang mit Antisemitismus haben sie entwickelt? Kapitel 3.5: Welche Folgen haben der 7.10. und Antisemitismus für den Alltag, die psychische und körperliche Gesundheit, die Identität, die Zugehörigkeit sowie die Zukunftsplanung der jungen jüdischen Münchner:innen? Kapitel 3.6: Was wünschen sich die interviewten Personen? Kapitel 4: Welche Empfehlungen lassen sich aus den Erkenntnissen der Studie ableiten?

37 Vgl. exemplarisch Die Welt 2023; SZ 2023c.

38 Vgl. JSUD/VJSB 2022.

39 Vgl. Abendzeitung 2025; SZ 2023b; SZ 2025a. Am 18.03.2025 wurden nach einer Kundgebung von „Palästina spricht“ Schmierereien am Königsplatz hinterlassen, neben bekannten Parolen wie „from the river to the side“ auch die Drohung „when Gaza burns, Munich burns“ (Linkes Bündnis gegen Antisemitismus München 2025; SZ 2025b).

2. Anlage der Studie

2.1. Sample

Das **Sampling** erfolgte im ersten Schritt **anhand der festgelegten Kriterien** Alter (18-35) und Geschlecht (ungefähre Gleichverteilung von Männern und Frauen). Um einerseits ein breiteres Spektrum an Identitätswürfen, Praxisformen und familienbiografischen Hintergründen abzudecken und andererseits den Feldzugang zu einer vergleichsweise kleinen, rein institutionell nicht ausreichend erreichbaren Gruppe zu gewährleisten, wurde das Sample im weiteren Verlauf durch **kontrastives Sampling** sowie durch **Sampling nach dem Schneeballprinzip** ergänzt.⁴⁰

Der **Feldzugang** erfolgte

1. auf institutioneller Ebene über die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD), den Sportverein TSV Maccabi München, das Netzwerk jüdischer Hochschullehrender Deutschland, Österreich, Schweiz (NJH) und die Israelitische Kultusgemeinde in München und Oberbayern (IKG) sowie
2. außerhalb institutioneller Zusammenhänge über persönliche und professionelle Netzwerke der Projektbeteiligten, um auch diejenigen Personen zu erreichen, die wenig oder keinen Kontakt mit jüdischen Organisationen haben.

Die **Kontaktaufnahme und Interviewführung** erforderten nach dem 7.10. eine besondere Sensibilität, weshalb die Durchführung der Interviews durch eine jüdische Forscherin aus derselben Altersgruppe erfolgte, was den potenziellen Interviewpartner:innen vorab aktiv mitgeteilt wurde, um eine Art jüdischen safe space zu ermöglichen. Dies hat zu einem vertrauensvollen Gesprächssetting beigetragen. Auch die für jede qualitative Forschung wesentliche Zusicherung absoluter Anonymität hat unter der aktuellen Bedrohungslage noch einmal an Bedeutung gewonnen. Nichtsdestotrotz gab es junge jüdische Münchner:innen, die kein Interview geben wollten und dafür Beweggründe anführten, die ebenso relevante Ergebnisse darstellen. Zum einen war dies eine **resignative Müdigkeit, über die Situation zu sprechen, sowie der fehlende Glaube an wirksame Konsequenzen aus der Forschung**, da die alarmierende Lage für viele offensichtlich und selbsterklärend erscheint. Einige potenzielle Interviewpartner:innen meinten: „Wie oft soll man noch sagen, was das Problem [Antisemitismus] ist? Es wird sich sowieso nichts ändern...“ oder „Warum reicht es nicht, dass schon so oft erklärt wurde, wie es uns geht?“ Die affektive Dimension dieses Erlebens zeigt sich darin, dass manche Personen mit einem zynischen Lachen auf die Anfrage reagierten, darüber zu sprechen, wie es jungen Jüdinnen:Juden in München geht. Der zweite Hauptgrund für eine Absage war die **anhaltende psychische Belastung**, unter der die Angefragten stehen. Sie befürchteten, dass sich diese durch ein Sprechen, Reflektieren und Erinnern im Interview weiter verstärken könnte, weshalb sie sich nicht imstande sahen, teilzunehmen. Zwei Interviewpartnerinnen, die vergeblich versuchten, ihre Peers zur Teilnahme an einer Gruppendiskussion zu motivieren, nannten als Gründe die Sorge

40 Vgl. Gabler 1992; Fuchs 2000.

davor, dass jemand davon erfahren könnte, sowie die Angst, durch die Teilnahme als jüdische Personen sichtbarer zu werden. Zudem verwiesen sie auf eine allgemeine Müdigkeit sowie Angst, sich trotz zugesicherter Anonymität zum Themenkomplex jüdisches Leben und Antisemitismus zu äußern.

Insgesamt wurden 35 Personen befragt. Dazu gehören **31 Einzelinterviews und ein Doppel-Interview** mit jungen Jüdinnen:Juden im Alter zwischen 18 und 35 Jahren sowie **zwei Expert:inneninterviews mit Personen** aus dem Bereich der Jugendarbeit und politischer Bildung für Kinder und Jugendliche. Das Sample umfasste 16 Männer und 19 Frauen. 3 IP im Alter von 18-22, 9 IP im Alter von 23-27, 8 IP im Alter von 27-31 und 11 IP im Alter von 31-35 sowie die beiden Expert:innen, die mit der untersuchten Altersgruppe arbeiten.

Die meisten der interviewten Personen sind **in Deutschland geboren** – drei davon erst kurz nach der **Migration** ihrer Eltern. Die Herkunftsländer der Eltern und Großeltern der Interviewpartner:innen umfassen Deutschland, Israel, Belgien, Frankreich, Ungarn, Georgien, Ukraine, Russland, Ägypten, Jemen, Argentinien, USA, Marokko und Rumänien. Vier Interviewpartner:innen wurden in der Ukraine geboren, zwei in Russland. Sie kamen in der Altersspanne nach ihrer Geburt bis zum siebten Lebensjahr als sogenannte Kontingentflüchtlinge mit ihren Eltern nach Deutschland. Zudem wurden sechs der Befragten in Israel geboren.

Bei der überwiegenden Mehrheit der IP bestand auf die eine oder andere Weise ein **familiärer Bezug zur Shoah** – sei es durch Großeltern, Urgroßeltern oder entferntere Verwandte, die in Konzentrationslagern oder im Versteck überlebten oder zur Evakuierung bzw. Emigration gezwungen wurden. 12 der Befragten berichteten im Interview konkret von jenen familiären Erfahrungen.

12 der Interviewpartner:innen haben bereits **Kinder**. Sie sind zwischen 0 und 5 Jahre alt. Zwei der Interviewpartner:innen waren zum Zeitpunkt des Interviews schwanger. **Verheiratet** waren 13 der IP. **Beruflich** sind die IP in den unterschiedlichsten Bereichen tätig: als Kinderkrankenschwester:in, Physiotherapeut:in, Ärzt:in, Zahnärzt:in, Selbständige (Medizin, Werbeagentur, Gastronomie, Familienunternehmen, Marketing), Sozialarbeiter:in, Wissenschaftler:in (Politikwissenschaft; Psychologie), Therapeut:in, Jurist:in, Student:in (Sozialwissenschaften, BWL, Jura, Medizin, Informatik, Geschichte) oder Buchhalter:in.

Der hohe Anteil an Akademiker:innen im Sample hängt einerseits mit dem traditionell hohen Bildungswert unter Jüdinnen:Juden, andererseits mit der Altersgruppe zusammen, die im Fokus stand, da die Studienanfängerquote stetig steigt und mittlerweile bei über 50 % liegt.⁴¹

2.2. Methode

Die Einzelinterviews wurden als **narrativ-autobiografische Interviews mit einer Problemzentrierung auf Antisemitismuserfahrungen und -deutungen vor und nach dem 7.10.2023** geführt.⁴² Das Erhebungsinstrument ermöglichte die methodisch kontrollierte Evozierung strukturierter Erzählungen über Erfahrungen mit dem Ausleben jüdischer Identität sowie

41 Statista 2025b.

42 Vgl. Hermanns 1991.

Antisemitismus. Zudem wurden die Folgen in sozialen Kontexten, bestehende Lücken in Unterstützungsstrukturen und darauf bezogene Wünsche der Betroffenen offengelegt.

Das **Doppel-Interview** lehnte sich an die Einzelinterviews an und wurde erweitert um Gruppendiskussionselemente, bei der einerseits die individuellen Erfahrungen im biografischen Verweilungszusammenhang durch Erzählungen, andererseits kommunikative und sinnlogische Dynamiken und Divergenzen bei der Konstruktion konjunktiver Erfahrungsräume und kollektiver Orientierungsmuster als Betroffene von Antisemitismus sichtbar gemacht werden konnten.

Die **Expert:inneninterviews**⁴³ orientierten sich an den Erlebnisdimensionen der Einzelinterviews und fokussierten auf die Erfahrungen der Expert:innen mit der Zielgruppe der Studie sowie mit jüngeren Kindern und Jugendlichen in ihrer eigenen Arbeit. Zudem konnten die (ebenfalls jüdischen) Expert:innen ihre persönlichen biographischen Erfahrungen mit Antisemitismus und/oder ihre Wahrnehmungen als Eltern jüdischer Kinder unterschiedlichen Alters einbringen.

Der Forschungsprozess wurde im Sinne der Gütekriterien qualitativer Sozialforschung iterativ gestaltet. Die Datenerhebung und -auswertung wurden synchron durchgeführt und wechselseitig aufeinander bezogen.⁴⁴ Die Auswertung erfolgte angelehnt an die **Dokumentarische Methode**.⁴⁵ Das Ziel der Dokumentarischen Methode liegt darin, konjunktive Erfahrungsräume, Wissensbestände und Sinngehalte zu rekonstruieren, die auf den Untersuchungsgegenstand bezogen vom Antisemitismus, seinen Folgen, dem Coping und der Wahrnehmung von Handlungs- und Zukunftsrahmen konturiert werden.⁴⁶ Indem aus den Erfahrungsräumen, Wissensbeständen und Sinngehalten kollektive Orientierungsmuster junger Jüdinnen:Juden in München rekonstruiert wurden, erhalten die Befunde eine auf die Gruppe bezogene spezifische und verallgemeinernde Aussagekraft.

43 Vgl. Helfferich 2022; Meuser/Nagel 1994.

44 Vgl. Strübing et al. 2018, S. 85.

45 Vgl. Nohl 2005, insbs. S. 29-48.

46 Vgl. Bohnsack 2013.

3. Ergebnisse

3.1. Jüdisches Leben und Antisemitismuserfahrungen vor dem 7.10.

3.1.1. Soziale Verortungen

Durch ihre beruflichen Entscheidungen sowie die Herkunft und Lebenswege ihrer Eltern weisen einige der IP **transnationale Biografien** auf. Gemeinsam ist ihnen, dass sie spätestens zum Zeitpunkt des Interviews nach München „zurückgekehrt“ waren – sofern sie nicht bereits ihr ganzes Leben dort verbracht hatten oder vor Kurzem zum ersten Mal dorthin gezogen sind.

Die IP repräsentieren unterschiedliche Grade an politischem **Engagement und Interesse sowie vielfältige politische Einstellungen und Einschätzungen**. Das gilt für Deutschland ebenso wie für die israelische Innen- und Außenpolitik. Insbesondere in Bezug auf Israel und den Nahostkonflikt werden auch diejenigen, die sich eigentlich nicht damit beschäftigen möchten, zur Auseinandersetzung und Aneignung von Wissen gezwungen, da sie aufgrund ihres Jüdischseins immer wieder in eine Rechtfertigungssituation und einen Positionierungszwang bezüglich der Politik Israels und seiner realen oder vermeintlichen Taten gedrängt werden.⁴⁷ Einige der IP engagieren sich in israelsolidarischen Gruppen, alle äußern sich israelsolidarisch – trotz immer wieder artikulierter kritischer Haltung gegenüber politischen Akteuren in Israel. Andere IP, die erst vor Kurzem aus beruflichen oder privaten Gründen aus Israel nach München gekommen sind, haben sich in Israel intensiv an Protesten gegen die aktuelle Regierung beteiligt und für die Rechte palästinensischer Zivilist:innen positioniert. Dass sie trotz ihrer politischen Positionen und vorangegangenen Engagements in Deutschland angefeindet werden – sei es, weil sie aus Israel stammen oder weil sie Jüdinnen:Juden sind –, ist für viele überraschend. Aus wissenschaftlicher Perspektive entspricht dies allerdings den Mechanismen des Antisemitismus, der unabhängig von den tatsächlichen Taten, Positionen sowie der religiösen oder traditionellen Ausprägung jüdischer Identität realer Jüdinnen:Juden agiert⁴⁸ und sich argumentativ häufig nicht korrigieren lässt. Der Großteil der IP ist grundverunsichert und ringt hinsichtlich des auf den 7.10. folgenden Krieges um eine Position, die mit den eigenen moralischen Werten im Einklang steht und darauf abzielt, Leid in gerechter Weise anzuerkennen. Dies äußert sich häufig in Formulierungen wie von IP26: „Ich weiß selbst nicht immer, was richtig und falsch ist.“ Eine anschlussfähige Partei oder politische Gruppierung zu finden, ist insbesondere für politisch eher links orientierte IP schwierig.⁴⁹ Grundsätzlich nehmen sie bei Parteien und Gruppierungen aller politischen Richtungen die Tendenz wahr, Antisemitismus nicht umfassend – also auch im jeweils eigenen Milieu – zu adressieren oder

47 Ähnliche Befunde liefert bereits im Jahr 2017 Zick et al. 2017 sowie im Jahr 2020 Bernstein 2020.

48 „Trotz allem haben die Juden einen Freund: den Demokraten. [...] Noch beim liberalsten Demokraten kann man eine Spur von Antisemitismus entdecken: er steht dem Juden feindselig gegenüber, sobald es dem Juden einfällt, sich als Jude zu denken. [...] Der Antisemit wirft dem Juden vor, Jude zu sein; der Demokrat würde ihm am liebsten vorwerfen, sich als Juden zu betrachten.“ (Sartre 1945/1986, S. 135).

49 Decker et al. haben in ihrer Autoritarismus Studie festgestellt, dass – anders als in vorherigen Jahren – im linken politischen Spektrum seit 2024 ein Anstieg an Zustimmungswerten über alle Dimensionen antisemitischer Ressentiments hinweg besteht. Decker et al. 2024, S. 148-149.

diesen gar selbst zu verbreiten. Dies entfremdet sie zum Teil auch von Parteien und Gruppierungen, mit denen sie sonst viele Werte und Einstellungen teilen. Konservative Parteien hingegen vertreten aus Sicht dieser IP Programmatiken, die nicht den eigenen Überzeugungen entsprechen. Da letztere jedoch manchen dieser IP als die einzigen erscheinen, die Israel und jüdisches Leben in Deutschland in ausreichendem Maße unterstützen bzw. schützen würden, befinden sie sich in einem Zwiespalt bezüglich der Unterstützung konservativer Parteien und Politiker:innen. Für einige wenige der IP, die ohnehin konservativ orientiert sind, wiederholt sich dieser Konflikt in zugespitzter Weise hinsichtlich der AfD. Bezüglich der Frage, ob rassistisch agierende Parteien wie die AfD einen (vorübergehenden) Schutz vor zumindest islamistisch motiviertem Antisemitismus bieten, gehen die Einschätzungen auseinander. Der Großteil der IP zweifelt diesen Effekt jedoch an, verweist entweder auf bereits erfolgte antisemitische Äußerungen und Vorfälle im Kontext der Partei oder mahnt an, dass Jüdinnen:Juden früher oder später „die nächsten“ sein würden.

In Bezug auf die Gestaltung von **Beziehungen und sozialen Netzwerken** wird die jüdische Community als ein wichtiger Zufluchtsort innerhalb Deutschlands beschrieben, der ein Gefühl von Zugehörigkeit und gegenseitiger Unterstützung bietet. Während einige ihre Freundschaften vorwiegend innerhalb jüdischer Kreise knüpfen, haben andere einen etwa gleich großen Anteil an jüdischen und nichtjüdischen Freundschaften oder nahezu ausschließlich nichtjüdische Freund:innen.

IP4: „Seit dem siebten Oktober ist sogar noch wichtiger... weiß ich, dass ich meinen Bekannten-, Freundeskreis primär im Jüdischen [Umfeld] sehe und das ist mir das Wichtigste.“

Häufig hängt dies davon ab, ob die IP einen jüdischen Kindergarten oder eine jüdische Schule besucht haben und inwieweit sie beim Heranwachsen in Kontexten jüdischer Organisationen eingebunden waren. Zum Teil handelt es sich jedoch auch um eine bewusste Entscheidung aufgrund negativer Erfahrungen mit Antisemitismus, die einige IP bereits vor dem 7. Oktober dazu bewogen, den Anteil nichtjüdischer Personen in ihrem engeren Umfeld zu verkleinern. Auch die Frage des gegenseitigen Verständnisses spielt eine Rolle. So berichten mehrere Interviewpartner:innen (IP31, IP9, IP17, IP5, IP10), dass ihr Freundeskreis insgesamt zwar überwiegend nichtjüdisch sei, ihre engsten und vertrautesten Freund:innen jedoch allesamt jüdisch seien. Bei einer Person (IP19) ist es umgekehrt, nur noch ihre engsten, längjährigen Freund:innen sind nichtjüdisch, während – anders als in früheren Lebensphasen – der restliche Freundeskreis aufgrund der genannten Gründe inzwischen fast ausschließlich jüdisch ist.

Fragen der **Zugehörigkeitsvorstellungen** sind zentral. Viele reflektieren über ihre identitätsbezogene Verortung, darüber, ob sie sich in erster Linie als deutsch, jüdisch, israelisch oder ukrainisch/russisch verstehen und wie sie verschiedene Identitätsanteile miteinander in Beziehung setzen. Bemerkenswerterweise haben die IP den Begriff „jüdische Deutsche“ kaum verwendet. Viele verweisen auf mehrfache Identitäten und beschreiben sich beispielsweise als: „deutscher Jude“ mit Betonung auf „Jude“, „deutscher Jude“ mit Betonung auf „deutscher“, „münchenerisch und auch jüdisch“, „mehr ukrainisch als israelisch“, „georgisch-russisch-deutsch-jüdisch“, „deutscher Kopf, israelisches Herz“. Menschen aus Israel beschreiben sich hingegen häufig als primär „israelisch“ statt als jüdisch. Eine IP (IP7) erklärte, dass er sich als deutscher Jude sehe,

da das Wort „deutscher“ hier lediglich ein Adjektiv sei und bei Bedarf (z. B. im Falle einer Auswanderung) ausgetauscht werden könne – dann wäre er ein französischer Jude oder ein schweizerischer Jude. Ein anderer Interviewpartner (IP1) betonte, dass die deutsche Staatsangehörigkeit lediglich eine rechtliche Konstruktion sei, die von außen bestimmt werde und, da sie keine Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“ impliziere, jederzeit entzogen werden könne – wie die deutsche Geschichte bereits gezeigt habe. Im Gegensatz dazu sei die jüdische Identität nicht von äußeren Definitionen abhängig, und die Zugehörigkeit zum Judentum könne auch bei Nichteinhaltung religiöser Vorschriften niemals entzogen werden.

Israel spielt für viele Befragte eine zentrale Rolle, sei es als kulturelle Heimat, familiärer Bezugspunkt oder historischer Zufluchtsort für Jüdinnen:Juden. Für manche ist Israel eine kulturelle und spirituelle Basis. Einige der Interviewten, die in Deutschland aufgewachsen sind, berichten davon, dass sie in Israel zum ersten Mal ein Gefühl der Selbstverständlichkeit in Bezug auf ihr Jüdischsein erlebten – ein Gefühl von Zugehörigkeit, Sichtbarkeit und einem alltäglichen gegenseitigen Verständnis, das sie aus dem deutschen Kontext so nicht kannten. Gleichzeitig wurden manchen durch ihre Interaktionserfahrungen mit Israelis, die Fremdheits- oder Differenzgefühle auslösten, ihr eigenes „Deutschsein“ bewusst – und damit auch die Grenzen einer symbolischen Heimat im Kontrast zu einer lebensgeschichtlichen. Die wenigen der IP, die selbst keine biografischen Bezugspunkte nach Israel haben, verbinden das Land häufig in erster Linie mit politischen Konflikten. Sie beschreiben dabei Israel als „ein Land wie jedes andere“, das für sie vor allem negative Auswirkungen hat, da sie als Jüdinnen:Juden für das Handeln israelischer Politiker:innen verantwortlich gemacht werden.

In Fragen der eigenen religiösen Verortung unterscheiden viele der IP zwischen kulturell-traditionellem und religiösem Judentum, wobei einige explizit religiös sind, während andere eher eine kulturelle Verbindung pflegen. Letztere leben jüdische Traditionen in Form des Schabbats, des Feierns hoher jüdischer Feiertage und teilweise auch durch die Orientierung an religiösen Geboten, auch wenn sie sich selbst nicht als streng religiös verstehen. Diese Praxis dient ihnen zur Bewahrung ihrer kulturellen Identität.

Hinsichtlich der **individuellen Bedeutung des Judentums** verweisen die Interviewpartner:innen vielfach auf Gemeinschaft, Zusammenhalt, moralische Werte, eine besondere Verbundenheit, gegenseitiges Verstehen und das Gefühl, immer einen Zufluchtsort zu haben – sei es physisch und symbolisch in Israel oder in der weltweiten jüdischen Gemeinschaft.

Die Frage der **Sichtbarkeit** ist eng mit Sicherheitsbedenken verknüpft. Die meisten IP gaben bereits vor dem 7. Oktober an, ihre jüdische Identität aus Angst vor Anfeindungen in der Öffentlichkeit – und teils auch im privaten Umfeld – nicht offen zu erkennen geben. Wenn sie jüdische Symbole wie eine Davidstern-Kette trugen, dann meist unter dem T-Shirt. Einige griffen bereits vor dem 7. Oktober auf Symbole zurück, die der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft weniger bekannt sind, wie etwa Ketten mit einem Chai-Symbol.⁵⁰ Diese Tendenz entspricht den

50 Chai: Hebräisch: Leben.

Ergebnissen anderer Studien.⁵¹ Die Daten dieses Projekts zeigen jedoch, dass sich diese Entwicklung nach dem 7. Oktober wesentlich verstärkt hat.

3.1.2. Antisemitismuserfahrungen vor dem 7.10.

Die tradierten Erzählungen über die Ermordung und Verfolgung von Verwandten im Kontext der Shoah sind die vielfach zentrale **familiäre Erfahrung mit Antisemitismus**. Darüber hinaus war der institutionelle sowie alltägliche Antisemitismus in den Herkunftsstaaten der Eltern oder Großeltern ein häufiger Auswanderungsgrund – paradoxerweise entweder nach Deutschland oder (zunächst) nach Israel. Die familiären Geschichten des Ausschlusses prägen die Weltdeutungen und veranschaulichen die Kontinuität des Antisemitismus. So durfte beispielsweise die Tante eines Interviewpartners (IP4) in der ehemaligen Sowjetunion kein Medizinstudium beginnen, weil sie jüdisch war. Der Vater von IP8 musste von einem auf den anderen Tag aus Libyen fliehen, weil mit der Ermordung aller Jüdinnen:Juden gedroht wurde. Und auch IP18 sind die Erfahrungen seiner Mutter als jüdische Studentin in der Sowjetunion sehr präsent, die ihm davon berichtet hat, wie bei Vorfällen jeglicher Art Mitarbeitende des KGB an die Universität kamen und stets zuallererst die Studierenden fragten, ob sie jüdisch seien oder es dort Jüdinnen:Juden gebe – noch bevor die Geschehnisse selbst in Erfahrung gebracht wurden.

Biografisch zeigt sich eine frühe **latente Wahrnehmung von Antisemitismus**. IP28 beschreibt, wie er bereits als Kind durch die Sicherheitsvorkehrungen im Umfeld jüdischer Einrichtungen jüdisches Leben als etwas „Gefährdetes“ wahrnahm – ein Gefühl, das für ihn zunächst abstrakt blieb. Mehrere IP erzählten, dass sie im Zusammenhang mit Israel das erste Mal Antisemitismus spürten, ohne ihn unmittelbar als solchen einordnen zu können. Dies zeigte sich beispielsweise in Diskussionen, die sie als „komisch“ empfanden, da über Israel „anders“ gesprochen wurde – affektiv aufgeladener, mit Doppelstandards und auf eine Weise, die sich von politischen Debatten über andere Länder oder Themen unterschied.

Exemplarisch veranschaulichen folgende Beispiele die von den IP erlebten Feindseligkeiten und Ausschlüsse durch eigene **konkrete antisemitische Erfahrungen vor dem 7.10.**:

- Unerwartete Anfeindungen durch die gesamte Schulklassen nach einem Urlaub in Israel und daran anschließendes, fortgesetztes Mobbing (IP26).
- Mobbing in der Schule aufgrund des Jüdischseins (IP9, IP20).

IP9: „Als wir im Religionsunterricht [in der Grundschule] mal das Thema Judentum hatten und ich damals geäußert hatte, dass ich jüdisch bin, wurde ich massivst beleidigt deswegen und gemobbt als ‚Scheiß-Jude‘ und als alles Mögliche.“

- Judenwitze von Mitschüler:innen (IP3, IP10, IP29).
- Kontaktabbruch durch gesamte Freundesgruppe nach Meinungsverschiedenheit mit einer Person zu Israel und Gaza (IP 35), Kontaktabbruch und Morddrohungen durch einen

51 Vgl. Zick et al. 2017; FRA 2024.

langjährigen muslimischen Schulfreund, nachdem dieser sich durch einen neuen Imam radikalisiert hatte (IP18).

IP18: „Ich meine, als ich in der Schule war früher, ich hatte ja auch einen türkischen Freund und ich war bei ihm zu Hause, seine Mutter hat Börek gemacht, alles Mögliche. Also wir haben uns gekannt und gesagt: ‚Ja, wir sind anders, wir Türken sind gut, mit Juden verstehen wir uns gut und alles Mögliche.‘ Und dann war ja 2006 Libanon und Gaza Krieg und ich weiß nicht, was die in der Moschee dann neuen Prediger bekommen haben. Aber innerhalb von kürzester Zeit hat er sich so krass radikalisiert. Er hat gesagt, ich bin der schlimmste Nazi, den es gibt und er sticht mich ab und so. Das hat er mir dann damals so gesagt, das komplett gedreht.“

- Gewalt während und nach einem Fußballspiel (IP22, IP25) sowie verbale Anfeindungen wie „du Scheiß-Drecksjude“ (IP22).
- Nicht-Berücksichtigung und Ignoranz gegenüber dem Ausleben religiöser Pflichten in Schule und Universität (IP32, IP4).

IP4: „2017 hätte ich mein Staatsexamen haben müssen, aber mein Staatsexamen wurde auf Jom Kippur gelegt. Das Beste war dann, dass das Staatsexamen direkt im nächsten Jahr, das im nächsten Semester auf Pessach Feiertag eins und zwei gefallen ist.“

- Betontes Desinteresse und Abwertung der Thematik des Zweiten Weltkriegs und der Shoah durch Lehrkraft (IP34).
- Unangemessenes Verhalten von Mitschüler:innen in KZ-Gedenkstätte (Mitschüler klettern auf den Betten der Häftlinge in den Baracken herum und machen Witze) (IP35).
- Reproduktion der Unterteilung in Juden und Nichtjuden im Deutschunterricht, wenn die jüdischen Schüler:innen bei Jugendliteratur zur Shoah stets die Rollen der jüdischen Protagonist:innen vorlesen müssen (IP32).
- Pathologisierung aller Jüdinnen:Juden aufgrund des Traumas der Shoah, die zu ihrer „Unzurechnungsfähigkeit“ führe (IP 35).⁵²
- Dämonisierung von Israel und allen Israelis; „das ganze Volk“ sei psychisch erkrankt und die Wurzel allen Übels im Nahen Osten (IP 35).
- Antisemitische Verschwörungstheorien im Kontext der Corona-Pandemie, in deren Entstehung „die Rothschilds“ involviert seien“ (IP 35).

52 Die „Pathologisierung von Jüdinnen:Juden als traumatisiertes Volk“ bedeutet in diesem Kontext die problematische Tendenz, jüdische Menschen pauschal als dauerhaft traumatisiert oder psychisch geschädigt darzustellen – so, als sei „das jüdische Volk“ kollektiv krank oder gezeichnet. In der Folge werden jüdische Perspektiven auf Antisemitismus entwertet oder infrage gestellt. Die Schilderungen von eigenen Erfahrungen mit Antisemitismus werden als übersensible Wahrnehmungen, eine Übertreibung, Dramatisierung, als subjektiv überformt oder überemotionalisiert ausgelegt – als würden Jüdinnen:Juden aufgrund ihrer angenommenen kollektiven Traumatisierung keine adäquaten, rationalen Positionen vertreten können. Daraus ergibt sich eine paradoxe Logik: Gerade ihre Betroffenheit wird zum Grund, ihre Stimme zu relativieren – mit dem Verweis, es brauche eine „neutrale“, nicht-jüdische Perspektive auf Antisemitismus. Dabei bleibt oft unbeachtet, dass viele dieser sogenannten „neutralen“ Positionen aus Familienkontexten stammen, die selbst Teil der deutschen Täter:innen- oder Mitläufergesellschaft waren – deren eigene transgenerative Prägungen jedoch selten reflektiert werden. Die transgenerationale Weitergabe von Traumata bei jüdischen Menschen bedeutet jedoch weder eine homogene oder verzerrte Gruppenmeinung, noch schränkt sie die Fähigkeit zur differenzierten Auseinandersetzung mit Antisemitismus ein. Vielmehr stellen diese Erfahrungen eine wichtige Ressource für die kritische Analyse dar.

- Internationaler wissenschaftlicher Boykott wegen Anbindung an israelische Institutionen. Dazu berichtet IP13, dass er im internationalen Wissenschaftsbetrieb immer wieder Boykottversuchen ausgesetzt sei. Dabei würden etwa eingereichte Fachartikel nicht mehr begutachtet, ohne dass dies offen kommuniziert werde, oder es würden zusätzliche Hürden wie die Anforderung eines besonderen Ethik-Statements für israelische Forscher:innen eingeführt. Er beschreibt diese Erfahrung als „quite surreal“ und führt aus:

IP13: „You submit a paper and no one wants to review the paper. [...] No one tells you that this is like a boycott. But I mean, what could be rather than that?“

Gleichzeitig beschreibt IP13, dass viele seiner israelischen Kolleg:innen ihm von ähnlichen Erfahrungen erzählen und ein zunehmend feindseliges internationales Klima gegenüber Wissenschaftler:innen mit Israelbezug schildern. Im Kontrast dazu hebt IP13 hervor, dass er in Deutschland überwiegend Unterstützung erfährt: Deutsche Kolleg:innen und Institutionen würden die wissenschaftlichen Beziehungen zu Israel stärken wollen und hätten im konkreten Fall solidarisch signalisiert, dass sie sich einem etwaigen Ausschluss seiner Person nicht beugen würden.

IP13: „I mean, unfortunately, I'm exposed to a lot of boycotts on Israeli academy. And, I mean, in Germany, the whole situation is quite the opposite. So there are attempts now to basically to strengthen the cooperation of Israeli and German universities“

- Aufforderung zum Verstecken der eigenen jüdischen Identität am Arbeitsplatz (IP6).

IP6: „Meine Schwester in X (Großstadt in Deutschland) z.B., die hat auch schon vor dem siebten Oktober wurde ihr in der Praxis, wo sie arbeitete, gesagt, dass sie nicht sagen sollte, dass sie jüdisch ist. Wurde ihr vom Chef, glaube ich, sogar gesagt.“

- Subtile Ablehnung durch Mimik, Gestik und distanziertes Verhalten nach Bekanntwerden des Jüdisch-Seins (IP23, IP26, IP23).

Zudem zeigt ein Erlebnis von IP20 die Intersektionalität der Betroffenenperspektive auf. Als Kind wurde sie von einem erwachsenen Mann aus der Straßenbahn geschubst und niemand der Umstehenden reagierte auf ihre Bitte um Hilfe. Da sie nicht als jüdisch erkennbar war, aber häufig als nicht-weiß wahrgenommen und mit Fragen nach ihrer Herkunft konfrontiert wurde, vermutet sie ein rassistisches Motiv.

Diese Erfahrungen fanden in verschiedenen **Sphären des Alltagslebens** statt – in der Schule, an der Universität, im Beruf oder in privaten Beziehungen – und hinterließen Spuren in den Erinnerungen, Denk- und Handlungsmustern der Betroffenen. Bereits vor dem 7. Oktober haben viele IP eine jeweils anlassbezogene Zunahme von Antisemitismus wahrgenommen, insbesondere im **Kontext von Eskalationen des Nahostkonflikts**, wie dem Libanonkrieg 2006 sowie den Gaza-Kriegen 2014 und 2021, die sich als Projektion auf die in Deutschland lebenden Jüdinnen:Juden manifestierte. Diese Zunahme führte jedes Mal zu einer Verschlechterung des eigenen Sicherheitsempfindens. Das Miterleben aggressiver Demonstrationen sowie die

Verbreitung antisemitischer, aggressiver und desinformativer Inhalte in den sozialen Medien stellten für einige IP einen Wendepunkt dar – sowohl in der Anerkennung der Existenz von Antisemitismus im eigenen unmittelbaren Umfeld als auch in der Reflexion über die eigene Identität. In vielen Fällen führten diese Ereignisse zudem zum Zerbrechen von Freundschaften oder Bekanntschaften.

Das jüdische Leben in München vor dem 7. Oktober war geprägt von Diversität, Identitätssuche, vielfältigen Zukunftsvisionen, Antisemitismuserfahrungen sowie der Verbindung zu Traditionen und Gemeinschaften. Sicherheit war ein allgegenwärtiges Thema, während Zugehörigkeiten und Identitäten individuell unterschiedlich wahrgenommen wurden. Die Befragten spiegeln wider, wie vielseitig jüdisches Leben in Deutschland ist, aber auch, mit welchen historischen und aktuellen Herausforderungen es konfrontiert ist und dadurch mitgeprägt wird.

3.2. Der 7.10. im Erleben junger jüdischer Münchner:innen

3.2.1. Individuelle Betroffenheit

Die **Erlebnisweisen des 7. Oktober** sind vielfältig. Die IP erlebten den Angriff der Hamas in Deutschland, Israel oder im europäischen Ausland. Da sich der 7. Oktober 2023 an einem Schabbat und zugleich während Simchat Torah⁵³ ereignete, haben einige erst verspätet von Familienmitgliedern oder Personen aus der Gemeinde erfahren, was passiert ist, sofern sie selbst auf elektronische Geräte verzichtet haben. Andere wurden unmittelbar nach dem Aufwachen, durch den ersten Blick auf das Handy über Social Media und etliche private Nachrichten mit dem Massaker der Hamas sowie den Raketenangriffen aus dem Gazastreifen konfrontiert.

IP 29: „Und dann habe ich dieses eine Video gesehen von dem Festival, wo die alle über so ein Feld rennen und so. Und dann habe ich gemerkt: ‚Okay, das ist irgendwie doch was Größeres.‘“

IP17: „Wir waren die ganze Zeit an die Nachrichten gebunden, mit der Zeit, es ist einfach nur noch schlimmer und schlimmer und schlimmer und schlimmer geworden, was da gezeigt wurde und was erzählt wurde und was gerade passiert.“

Während bei den Jüdinnen:Juden in **Deutschland** die Sorge wuchs und das Ausmaß der Angriffe immer deutlicher wurde, waren andere IP unmittelbar in **Israel** betroffen – etwa, weil sie zu dem Zeitpunkt ihre Familie besuchten oder weil sie damals noch dauerhaft dort lebten. Raketenalarm oder -einschläge, die Angst vor Hamas-Terroristen, Verbarrikadieren, die Flucht in den Norden des Landes oder gleich zum Flughafen waren ihre Realität. IP, die sich zum Zeitpunkt des Angriffs im europäischen Ausland aufhielten, berichten, dass sie sehr schnell mit sogenannten „pro-palästinensischen“ Demonstrationen sowie einer aufgeheizten und aggressiven Stimmung konfrontiert wurden – eine Situation, die sie als überfordernd empfanden.

Die meisten IP haben **Opfer in ihrem Umfeld**, sei es in Form von (entfernten) Bekannten oder Verwandten, oder sie kennen jemanden, der wiederum eine nahestehende Person verloren hat. Eine Ausnahme bilden diejenigen, die keine familiären Bezüge zu Israel haben und/oder selbst teils noch nie dort waren (IP9, IP3).

53 Simchat Torah ist ein jüdisches Fest, das das Ende und den Neuanfang des jährlichen Tora-Lesezyklus feiert.

IP23: „And I've heard stories because, you know, Israel is very small and everyone knows someone. Someone my sister knew, someone my mom knows. Yeah.“

Von sechs der Interviewpartner:innen wurden Personen aus dem näheren Freundes- oder Bekanntenkreis ermordet.

Zu den Sorgen um ihre Angehörigen und Freund:innen kamen erste Befürchtungen hinzu, welche weitreichenden Folgen der Angriff haben würde – sowohl in Israel als auch weltweit. Die Annahme, dass auf den 7. Oktober ein größerer Krieg folgen würde, wurde vielfach geteilt und war mit unterschiedlichen Sorgen und Ängsten verknüpft. Die IP stellten sich Fragen wie: Wie wird sich all das auf die israelische Gesellschaft auswirken? Müssen Freund:innen und Verwandte an die Front? Welche Konsequenzen könnte dies für Jüdinnen:Juden weltweit haben? Viele äußerten die Befürchtung, dass spätestens nach Israels Gegenwehr die weltweite Solidarität schwinden und der Antisemitismus steigen würde – eine Sorge, die sich bewahrheitete.

IP31: „Ich hatte auch sehr viele Sorgen, was das ja für, wie gesagt, das Leben für Juden und Jüdinnen in Diaspora bedeutet, weil ich wusste, es werden jetzt so viele anstrengende Gespräche kommen. Ich wusste, jetzt wird eine Phase kommen, in der es so viele Enttäuschungen gibt, so viele Enttäuschungen, was anbelangt, was Menschen sagen, aber auch, was Menschen nicht sagen.“

3.2.2. Reaktionen im nichtjüdischen Umfeld

Einige Personen im Umfeld der IP bagatellisierten und relativierten den genozidalen Terror des 7. Oktober, noch bevor ein einziger palästinensischer Zivilist im Zuge des daraus folgenden Krieges ums Leben gekommen war. IP18 berichtet von dem großen relativierenden „Aber“, das ihm gleich an seinem ersten Arbeitstag nach dem 7. Oktober begegnete.

IP18: „Und dann ist natürlich so eine negative Seite, wie man hier in Deutschland, gleich am Montag, als ich im Office war [...] da gab es schon so Kommentare gleich am Anfang so: ‚Oh, hast du das gesehen, was da passiert ist? Ganz, ganz schlimm, aber.‘ Dieses Aber war schon am ersten Tag da. ‚Aber es ist so schlimm, wie Israel ist, es ist doch verständlich, die armen Palästinenser.‘ Und das ist schon am Anfang und auch am Anfang, wo das noch frisch ist, was passiert ist, dass das ein ganz schlimmer Terrorüberfall ist. Das Schlimmste, ja, seit der Shoah.“

Auf dieses große „Aber“ trafen die IP am Arbeitsplatz, in der Schule sowie in Freundschafts-, Partnerschafts- und Familienbeziehungen mit nichtjüdischen Personen. Berichtet wurde unter anderem von einer Schuldirektorin, die den jüdischen Kindern zwar ihre Solidarität zusicherte, sie jedoch aus Sorge um den Schulfrieden und aus vermeintlicher „Rücksicht“ auf die muslimischen Schüler:innen um Verschwiegenheit bat (IP4). Neben der Bagatellisierung schildern viele IP ein enttäuschendes Schweigen in ihrem beruflichen und privaten Umfeld – ein Schweigen, das sie zwischen Unsicherheit und völliger Empathielosigkeit einordnen.⁵⁴ Einige wenige IP

54 Sowohl die Bagatellisierung als auch die durch ein „Aber“ nahegelegte Täter-Opfer-Umkehr spiegeln sich in den quantitativen Ergebnissen der Antisemitismusstudie von Beyer et al wider. So stimmen 20 % der Aussage „Der kürzlich verübte Überfall der Hamas auf Israel zeigt, dass Juden besonderen Schutz brauchen“ tendenziell nicht oder gar nicht zu. Gleichzeitig äußerten 35,5 % Zustimmung oder tendenzielle Zustimmung zu der Aussage, „der kürzliche verübte Überfall der Hamas auf Israel ist als Befreiungsschlag der unterdrückten Palästinenser zu verstehen“ (Beyer et al. 2024, S. 18).

machten jedoch auch für sie positiv überraschende Erfahrungen der Solidarität durch Vorgesetzte oder Kolleg:innen.

IP17: „Also von meinen ganzen nichtjüdischen Kontakten haben mich vielleicht drei Leute kontaktiert, also mir geschrieben oder mich angerufen. Also unter anderem mein Chef, wovon ich sehr, wirklich sehr positiv überrascht war. Und das fand ich auch wirklich sehr lieb und nett von ihm. Aber im Endeffekt haben sie nicht mehr gemacht in der Arbeit. Ich glaube, ich war halt total verheult und natürlich traurig und sowieso depressiv oder ich weiß es nicht. Und niemand hat mich angesprochen in der Arbeit. Also die haben es alle gesehen und ich dachte mir die ganze Zeit: ‚Warum sprechen sie mich nicht an?‘ Sie sehen, ich bin traurig oder sie sehen, mir geht es nicht gut oder irgendwas ist. Und da war ich sehr, sehr, sehr enttäuscht, auch von meinem Team. Und dann habe ich mein Team gesprochen und die haben auch alle gesagt: ‚Ja, wir wussten nicht, ob du darüber sprechen willst.‘ Ist halt so ein bisschen so diese deutsche Art. Die wissen nicht, wie man sich in solchen Situationen irgendwie benehmen soll oder wie sie sich verhalten sollen.“

IP13: „I mean, I got a lot of emails from colleagues around the world. A lot of friends approached me and asked me, how do I feel? And, I mean, a lot of people already knew that I'm moving. So, I mean, a lot of people really, I mean, I felt quite hugged or loved by a lot of people from different countries.“

In den Erfahrungen der IP wird zudem deutlich, wie **Social Media** vielfach als Verstärker von Shoah-Assoziationen und potenziellem Trauma fungierte:

IP11: „I saw on social media actively how this is happening. I even saw my own neighbors separating for the last time in their life. You can see it still on Instagram. It's still there.“

Die Mörder präsentierten ihre Taten stolz der Öffentlichkeit. Die live übertragenen Entführungen, Plünderungen und Verbrennungen dienten als psychologischer Terror, der gezielt die jüdische Community weltweit treffen sollte.

IP30: „Man traumatisiert sich durch Nachrichten, Videos und Berichte oder auch Gespräche mit Bekannten und Freunden, man traumatisiert sich brutal selber. [...] also ich würde sagen, jeder deutsche Jude, den ich kenne, hat das gemacht, hat auf Instagram Videos und Berichte gepostet, um auch den nicht jüdischen Menschen, mit denen man befreundet ist oder die einem folgen auf Instagram, denen auch zu zeigen: ‚Leute, schaut mal, was hier los ist, hier passiert ist, wirklich ein Genozid versucht worden.‘ [...] Ich muss sagen, das einzige, was wir, glaube ich, damit erreicht haben, ist, wir haben uns selber traumatisiert.“

Die folgenden beispielhaft formulierten Typologien stehen stellvertretend für mehrere Interviews, spiegeln die Erlebnisweisen des 7. Oktober wider und fassen die zentralen Erkenntnisse über die unmittelbare Wirkung des Ereignisses zusammen:

Das Bild „**Die Welt ist stehengeblieben**“ (IP15) verweist auf ein verändertes Zeiterleben sowie die Unfähigkeit, in den Alltag zurückzukehren. Es spiegelt das Gefühl des Erstarrens, die tiefe Verunsicherung und die Angst um die Zukunft der eigenen Familie wider.

Die Metapher „**Leben wie im Film**“ (IP6) versinnbildlicht, erstarrt von außen auf das eigene Leben zu blicken und verweist auf eine (temporäre) De-Realisierung und Dissoziation. Die Ereignisse erscheinen zu unwirklich, es passiert zu viel auf einmal und die emotionale Wucht all dessen macht eine Distanzierungsbewegung notwendig. Zusätzlich erlebt man sich selbst wenig als handlungsmächtiges Subjekt, und übernimmt viel mehr eine heteronome Haltung, dem Weltgeschehen ausgeliefert zu sein. So wird man zum Zuschauenden der eigenen Erfahrungen.

Viele Interviewpartner:innen schilderten, dass bei ihnen bereits am 7.10. unmittelbar die affektive wie kognitive Erkenntnis einsetzte, dass der Angriff allen Jüdinnen:Juden weltweit galt – und damit auch sie selbst „mitgemeint“ sind. In der Schlussfolgerung: **„Wir alle sind gemeint“** (IP28, IP4) spiegelt sich der Vernichtungswille der Hamas und verweist auf eine existenzielle Gefahr sowie die Notwendigkeit, sich mit grundlegenden Fragen der eigenen Existenz auseinanderzusetzen. Zugleich zeigt sich hier die Wahrnehmung, Teil eines jüdischen Kollektivs zu sein. Die Verletzung oder der Verlust eines einzelnen Menschen wird dabei nicht als isoliertes Ereignis irgendwo in einem anderen Land wahrgenommen, sondern als Angriff und Schmerz, der Jüdinnen:Juden weltweit – und somit das Individuum persönlich – trifft. Während die Metapher des „Volkskörpers“ meist nationalistisch und exkludierend konnotiert ist, gründet sich das Empfinden eines jüdischen Kollektivs eher in der gemeinsamen Verfolgungserfahrung und einem geteilten historischen Schicksal.

Diese kollektive Verbundenheit verstärkt das individuelle Gefühl der gemeinsamen Bedrohung und unterstreicht die tiefe emotionale und existenzielle Erschütterung, die der 7. Oktober ausgelöst hat.

Bei der sprachlichen Rahmung **„apokalyptisches Ausmaß“** (IP28) wird das Ereignis in seiner Drastik und Außeralltäglichkeit im Sinnhorizont von Endzeitlichkeit hervorgehoben. Der Hass, die Brutalität, die Menschenverachtung sowie die Art und Intensität der Gewalt des 7. Oktober ergeben zusammen mit der Erkenntnis, dass „wir alle gemeint“ sind, letztlich die **„genozidale Botschaft“**.⁵⁵ Die Propagandastrategie der Hamas, ihre Taten zu filmen und zu verbreiten, zielte darauf ab, diese „Botschaft“ auch weltweit allen Jüdinnen:Juden zu übermitteln. Dass die von der Hamas gezeichneten und verbreiteten Bilder von den Interviewpartner:innen als apokalyptisch beschrieben werden, verweist auf den spezifischen Charakter des Vernichtungsantisemitismus. Denn die Apokalypse verweist auf zentrale Elemente des Antisemitismus, auf den dichotomen, als final beanspruchten Kampf zwischen „Gut und Böse“ sowie dem damit verbundenen Erlösungsversprechen. Diese sind in all seinen Formen weitergetragen worden und zentraler Antreiber des Vernichtungstrebens.⁵⁶ Auch dem Antisemitismus der Hamas sind sie inhärent.⁵⁷

Vielen Interviewpartner:innen wurde durch weltweite sowie private Reaktionen der Eindruck vermittelt, dass sie spätestens nach dem Beschluss Israels zur Bodenoffensive in Gaza nun auf der „schlechten/bösen“ Seite stünden, was sie als die plötzliche Erkenntnis **„Now I’m on the bad side“** (IP23) formulieren. Die Dämonisierung Israels übertrug sich in personifizierter Form auf sie selbst.

Interviewpartner:innen schildern zudem, wie ihnen ihr eigenes Jüdischsein als negativ konnotiertes Differenzmerkmal vor Augen geführt wurde. Damit einher geht die Erkenntnis, dass sie im Zweifelsfall keine Hilfe erhalten und sich ausschließlich auf die jüdische Gemeinschaft verlassen können – eine für viele erschreckende Erfahrung, die ihnen durch das Verhalten ihres nicht-jüdischen Umfelds deutlich wurde. Die Aussage **„Am Ende sind wir Juden (und) auf uns allein**

55 Diner 2025.

56 Vgl. Friedländer 1998.

57 Vgl. zum eliminatorischen Antisemitismus der Hamas Rensmann 2025, S. 203.

gestellt“ (IP18, IP7, IP11, IP31) symbolisiert das fehlende Vertrauen in scheinbar fortschrittliche und vordergründig nicht antisemitische Gesellschaften sowie in deren Gesetzgebung und Rechtsprechung, die es nicht schaffen, Jüdinnen:Juden angemessen zu schützen.

IP30: „Ich war fest davon überzeugt, dass der Großteil der Welt einstehen wird, damit Juden sicher sind. Da wird sowas wie die Shoah nicht noch mal passieren, dass man nicht zulassen wird, dass so was wie der 7.10. überhaupt passieren kann. [...] Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass sowas überhaupt passiert, dass eine Hamas so stark wird und dass auch die Welt das zugelassen hat [...], mein Weltbild hat sich erstmal verändert. Ich denke, niemand wird uns beschützen, wir müssen uns selbst beschützen. Es muss ein starkes, unabhängiges Israel geben, um zu verhindern, dass sowas wie die Shoah nochmal passiert. Da habe ich vorher anders gedacht. Ich habe gedacht, die Weltbevölkerung, die Weltgemeinschaft wird immer mit dafür sorgen, dass es nicht nochmal passieren kann.“

3.2.3. Der 7.10. als Trauma

Die Interviews geben Hinweise darauf, dass sich der 7.10. und seine Nachwirkungen auf verschiedene Weisen als traumatisierend verstehen lassen.

Im Sinne eines **sequenziellen Traumaverständnisses** ist der gesellschaftliche Umgang mit einem potenziell traumatischen Ereignis und den davon Betroffenen ein zentrales Element für die Frage, ob und wie das Erlebte verarbeitet werden kann oder sich als Trauma verfestigt.⁵⁸ Während einige Interviewpartner:innen die Art der Gewalt als „das Schlimmste“ beschreiben, beziehen viele andere diese Formulierung nicht nur auf die Tat selbst, sondern insbesondere auf das Schweigen und die Tatenlosigkeit ihres Umfelds und der Gesellschaft. Einige stellen darüber hinaus einen expliziten Bezug zur Shoah her, der sie mit der Erkenntnis konfrontiert, dass sie – anders als vielleicht angenommen – im Falle einer Wiederholung der Geschichte erneut nicht auf den Schutz ihrer nichtjüdischen Mitmenschen in Deutschland bzw. weltweit hoffen können.

Der 7. Oktober wirkt zudem **symbolvermittelt und transgenerational**, wie sich im sprachlichen Ineinanderfließen der Begriffe „7.10., 9/11, 9.11.“ in den Interviews zeigt. Direkte Vergleiche (IP2, IP30, IP31) sowie diverse Versprecher (IP3, IP15) illustrieren die affektive wie kognitive Nähe dreier einschneidender, katastrophaler Ereignisse im Erleben der IP: der genozidale Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023, die Terroranschläge des 11. September 2001 sowie die Reichspogromnacht am 9. November 1938. Darin sind zwei Aspekte enthalten: Der 7. Oktober 2023 als symbolvermitteltes Trauma, das an den Terroranschlag von al-Qaida am 11. September 2001 erinnert, sowie der 9. November 1938 – die Reichspogromnacht als Auftakt der Shoah – in seiner Doppelfunktion als symbolvermitteltes und transgeneratives Trauma, das durch den 7. Oktober wachgerufen wird.

Die Sozialpsychologin Angela Kühner hat im Kontext der Diskussion um kollektive Traumata den Begriff des **symbolvermittelten Traumas** geprägt.⁵⁹ Als Beispiel für ein solch symbolvermitteltes Trauma führt sie den Terroranschlag von 9/11 an, bei dem die gesamte westliche Welt „mitgemeint“ war und das Weltvertrauen statistisch messbar verloren ging. Ein symbolvermitteltes Trauma „ist in diesem Sinne ein vielfach vermitteltes kollektivierte Trauma, das über eine

⁵⁸ Vgl. Keilson 1984; Langer et al. 2020.

⁵⁹ Vgl. Kühner 2008. S. 60.

konstruierte kollektive Identität wirkt.⁶⁰ So wie erst die nachträgliche diskursive Bearbeitung des Erlittenen in gemeinsam geteilten (bspw. nationalen) Narrativen (der eine Kollektivierung der Opfer durch die Täter:innen vorausgegangen sein kann) es kollektiviert, kann die Teilhabe an einer kollektiven Identität zur ‚Ansteckung‘ mit dessen Traumata führen. Damit verschiebt sich der theoretische Referenzrahmen von psychologischen Verständnissen der Beschädigung seelischer Gesundheit hin zu sozial und kulturwissenschaftlichen Konzeptionen des kulturellen Gedächtnisses, des gesellschaftlichen Unbewussten und der kollektiven Identität.“⁶¹

Der 7.10. wird jedoch nicht von der ganzen westlichen Welt wie 9/11 erlebt, sondern nur von ihrem jüdischen Teil. Im Sprechen über den 7.10. wird die Kluft zur nichtjüdischen Umwelt deutlich. IP7 erzählt über seine Ernüchterung dazu:

IP7: „Da wurde ich kurz nach dem 7.10. auf ein Panel eingeladen, als Vertreter von einer jüdischen Organisation zu sprechen. Da ging es dann um das Erstarken der extremen Rechten in Deutschland. Also gar nicht um den 7.10. Da hatte ich dann im Vorgespräch mit dem Moderator quasi den 7.10. erwähnt. Und da war dann wirklich: ‚Was war am 7.10.?‘ ‚Was ist das?‘ Und da ist mir dann natürlich noch mal klar geworden, dass auch das Thema natürlich fast wie eine, ich will jetzt nicht sagen ‚Bubble‘, aber das ist einfach nicht die gesamte, nicht alle, nicht bei allen, überhaupt nicht präsent ist. Ja und dass es auch viele Menschen gibt, für die der 7.10. überhaupt gar keine Rolle gespielt hat, meiner Meinung nach.“

Im Gespräch mit dem Moderator verwies IP7 auf den 7. Oktober – in der Annahme, dass dieses Datum inzwischen symbolisch untrennbar mit dem Angriff der Hamas verbunden sei und keiner weiteren Erklärung bedürfe. Doch „der 7.10.“ löst bei seinem Gegenüber keine unmittelbare Assoziation aus. Bei IP7 führt dies zu der Deutung, dass es auch viele Menschen gibt, für die der 7. Oktober keine große Rolle gespielt hat, weshalb sich dessen nachhallende Präsenz auf eine (jüdische) Bubble beschränkt. Es ist davon auszugehen, dass der Moderator – insbesondere im Kontext des beruflichen Umfelds – zumindest in irgendeiner Form von dem Angriff gehört hatte. „Das Massaker der Hamas“ wäre ihm vermutlich ein Begriff gewesen. Dass jedoch die sprachliche Verknüpfung des konkreten Datums mit einem einschneidenden Erlebnis, anders als bspw. bei 9/11 bzw. „der elfte September“ ausbleibt, veranschaulicht die Differenz in der Bedeutung, die diesem Tag symbolisch beigemessen wird. Nichtjüdische Menschen weltweit fühlten sich – im Gegensatz zu Jüdinnen:Juden – größtenteils nicht mitgemeint.

Der 9. November 1938, die Reichspogromnacht und der Auftakt zum Genozid an den europäischen Jüdinnen:Juden durch die Nationalsozialisten, wird von einigen Interviewpartner:innen bewusst als Vergleichsfolie für die weltweite Welle antisemitischer Gewalt im Anschluss an den 7. Oktober herangezogen.

IP2: „Nach dem 7. Oktober, [...] der ganze Antisemitismus in Europa [...] wo zum Beispiel das Geschäft meines Schwiegervaters vorne beschmiert wurde mit ‚Death to Zionism‘, das durchgestrichen wurde, und daneben wurde ein Davidstern gemalt. Es war wirklich wie im Zweiten Weltkrieg, wie bei der Reichskristallnacht.“

60 Vgl. ebd.

61 Langer et al, 2020, S. 35f.

IP31: „Sehr viele Parallelen, die man gesehen hat, wenn man an die Reichspogromnacht dachte, [...] Szenen, die so in so vielen Schilderungen der Großeltern so präsent waren, von Fensterscheiben, die eingeschlagen wurden oder wie man als Student vom Campus gejagt wurde oder ja, das sind so alles so Erzählungen, die auf einmal so in die eigene Gegenwart transportiert wurden.“

Bei IP3 verknüpft sich der 9.11.1938 zunächst unbewusst mit dem 7.10.2023, was erst anhand seines Versprechers ins Bewusstsein gelangt. Diese Verbindung verweist darauf, wie bedrohlich und einschneidend der 7.10. in ihm nachhallt.⁶²

IP3: „Und wie sich die Dinge verändert haben seit dem neunten elften, also nicht großartig, muss ich ehrlich gesagt sagen. [...] In der Schule haben wir darüber geredet wegen dem neunten elften, was da passiert ist und so weiter. [...]

I: „Genau, wir sprechen über den 7.10. Ja, den siebten Oktober. Wie hast du den erlebt?“

IP3: „Habe ich neunten elften gesagt?“

I: „Ja, du hast neunten elften gesagt, aber ich habe mir gedacht, du meinst den siebten zehnten...“

Wie nah diese beiden Daten auch affektiv teils unaushaltbar ineinander rücken, wird bei IP13 sichtbar. Er ist vor kurzem aus beruflichen Gründen von Israel nach München gezogen, beschreibt seine Belastung als eher gering und erklärt, sich in Deutschland wesentlich sicherer zu fühlen als in Israel. Aber die Konfrontation mit Gedenkveranstaltungen zum 9. November war für ihn unaushaltbar:

IP13: „It was weird for me because we just came here to Munich and then in November. [...] The 9 November. I remember myself in the Jewish community building looking on these pictures and asking myself, I can't really sustain right now these stories. You know, like, I felt like, you know, like the 7 October was like an, you know, like an earthquake. And then to realize that I'm in Munich and, you know, like, to realize that, you know, it has, you know, this whole history around it. I couldn't digest it in the first weeks here. I felt like, please, I can't really expose. I can't really being exposed now to the night of November. I can't look at these pictures.“

In seiner Erzählung beschreibt IP13 den 7.10. als Naturkatastrophe, er ringt um Worte, sagt häufig „you know“ und „like“ in einer Suchbewegung, um die passende Beschreibung für sein Erleben zu finden – aber die sprachliche Symbolisierungsfähigkeit kommt an ihre Grenzen. Manifest, für Leib und Leben, ist Deutschland wie er sagt „one of the safest places to be right now“. Emotional und affektiv jedoch nur, solange er im zeitlichen Hier und Jetzt bleibt:

IP13: „But, I mean, I feel that I still can't really go back to the history also with, you know, all the occasions and events that we were being through this year.“

Die Erinnerung an das, was vor knapp 90 Jahren geschah, wäre in Kombination mit den Ereignissen, die sich erst wenige Monate zuvor in Israel zugetragen haben, zu viel. Das Wissen um die Taten und Schicksale – die zudem nicht irgendwo, sondern genau dort geschehen sind, wo er sich nun nach dem 7. Oktober in Sicherheit fühlt – verstärkt diese Belastung. Die Zeiten und das Erleben drohen ineinanderzuzufießen, und IP13 möchte sich bewusst davor schützen, nicht „zurück in die Geschichte“ gehen. Wie viele unserer IP, ist auch er Enkel eines Shoah-Überlebenden und gehört damit zur sogenannten dritten Generation. Traumata können transgenerational weitergegeben werden, was insbesondere für die Weitergabe von Shoah-Traumata an die

62 Was insbesondere auch deshalb spannend ist, weil er im weiteren Verlauf des Interviews mit Nachdruck betont „sich einfach nicht damit“ (also dem 7.10.) auseinandergesetzt zu haben und deshalb auch nicht stark davon betroffen zu sein.

Nachfahren von Überlebenden gut erforscht ist. Judith S. Kestenberg verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff des „Zeittunnels“, um ihr Konzept der Transposition zu veranschaulichen.⁶³

„Das Erleben der Kinder von Überlebenden, wie durch einen Tunnel in die Zeit der Verfolgung ihrer Eltern zu gelangen und gleichzeitig in Gegenwart und Vergangenheit zu leben. Die traumatische Vergangenheit der Eltern wird zu einem Teil der eigenen gegenwärtigen Realität. In dieser nehmen die in der Shoah ermordeten Verwandten, welche die Kinder nie kennengelernt haben, die in der elterlichen Trauer jedoch für sie spürbar präsent sind, eine wichtige Rolle ein. Die Identifikation mit den oftmals depressiven Eltern kann bei den Kindern zu dem unbewussten Erleben führen, dass die Eltern tot und nur wiederzubeleben seien, wenn es gelinge, die verlorenen Objekte zurückzubringen. Kestenberg beschreibt, dass die depressiven und angsterzeugenden Gefühle der Kinder beim Hinabsteigen in den Tunnel somatisiert werden [...]“⁶⁴

Auch in Haydée Faimbergs Konzept des „Telescoping of Generations“⁶⁵ überlagern sich die Generationen in ihrer Identität und ihrem zeitlichen Erleben. IP13 möchte sich bewusst davor schützen – scheint jedoch zumindest latent etwas von dem drohenden Gang in den Zeittunnel zu ahnen, dem Erleben seiner Großeltern, das ihm durch den 7. Oktober affektiv näher gerückt ist, als er je vermutet hätte. Hinsichtlich der Folgen des 7. Oktober ist der Befund relevant, dass unabhängig von klinisch auffälligen Problematiken, die in der zweiten und dritten Generation häufig noch „unter dem Radar“ bleiben, die Vulnerabilität gegenüber psychisch belastenden Ereignissen erhöht ist.⁶⁶ Diese erhöhte Vulnerabilität hat unmittelbare psychische Auswirkungen, die den Alltag einschränkten und im Abschnitt zu den Folgen (3.4) erläutert werden.

3.2.4. Der 7.10. als Epiphanie

Der 7. Oktober stellte für einige IP nicht nur die vielfach zitierte Zäsur, sondern eine Epiphanie dar. Epiphanien sind krisenhafte Erfahrungen, die eine unumkehrbare Veränderung infolge eines Erlebnisses nach sich ziehen – ein Erlebnis, nach dem nichts mehr so ist wie vorher, man selbst ein anderer geworden ist und die eigenen Lebensperspektiven eine neue Bedeutung erhalten.⁶⁷

IP14 beschreibt den 7. Oktober als „einschneidendes Erlebnis, bei dem der Schock bis heute anhält.“ Darüber hinaus formulieren manche IP radikale Veränderungen in ihrem Selbst- und Weltverhältnis. Es wird von einem Zusammenbruch des Weltvertrauens, von einem Einschnitt und einem Leben „davor und danach“ sowie von „Tod und Wiederauferstehung“ gesprochen.

IP13: „I felt, you know, like my life is, I mean, my, how to say, like, my confidence in so many phenomena and so many concepts was just, you know, collapsed.“

IP7: „Also das ist natürlich eine, eine Zäsur, etwas auf jeden Fall, was die Welt, unser Handeln, unser Dasein in ‚DAVOR und DANACH‘ geteilt hat. Das ist schon sehr massiv, diese Teilung ‚davor und danach‘.“

IP11: „I just changed so much. It’s like I died and I’m alive again.“

63 Vgl. Kestenberg 1998.

64 Langer et al. 2020, S.26.

65 Faimbergs 1988.

66 Vgl. für die dritte Generation z.B. Scharf/Mayseless 2011; zu erhöhter Vulnerabilität bei Krebsdiagnosen in der zweiten Generation Baider et al. 2000.

67 Vgl. Denzin 1989; Denzin 2017, S. 52f.

Einige Interviewte beschreiben eine tiefe Sprachlosigkeit nach dem 7. Oktober. IP4 bezeichnet die Verletzung der eigenen Psyche als „persönlichkeitsverstörend“ und erklärt, dass man „den Schrecken nicht in Worte fassen“ könne. Diese Formulierung erinnert – bei aller historischen Unvergleichbarkeit – an Hans Keilsons Beschreibung der Shoah-Überlebenden, die mit Erfahrungen konfrontiert waren, „wohin die Sprache nicht reicht“.⁶⁸ Keilsons Beobachtung verweist auf ein fundamentales psychisches Phänomen: dass extreme, traumatisierende Erfahrungen häufig sprachlich nicht oder nur bruchstückhaft fassbar sind. Auch wenn sich die historischen Kontexte nicht vergleichen lassen, so zeigt sich in beiden Fällen die existenzielle Grenze des Sagbaren.

IP4: „Ich glaube, diese Zeit war die persönlichkeitszeichnendste Zeit für unsere Generation bis hoffentlich immer und bis heute auf jeden Fall. Das war atemberaubend wortwörtlich, also nicht in Worte zu fassen, was man dann fast schon im Liveticker und im Livevideo sehen müssen. [...] Und das war sehr prägend und sehr verstörend, persönlichkeitsverstörend. Was soll ich anders nennen? Weil man auch vor allem sich so selbst da drin wiedergefunden hat und sich selbst gespiegelt hat und seine Familie gespiegelt hat und irgendwie sein Leben in dem Ganzen irgendwie so gesehen hat. Das war ja direkter Angriff auf einen selbst.“

Jedes Trauma ist eine Epiphanie, aber nicht jede Epiphanie ist ein Trauma. Unabhängig davon, ob man den 7. Oktober aus soziologisch-sozialpsychologischer Sicht als symbolvermitteltes Trauma für einen Großteil der jüdischen Welt begreift oder im klinisch-psychologischen Sinne Traumafolgestörungen bei einzelnen Betroffenen annimmt, lässt sich das geschilderte Erleben der jungen jüdischen Münchner:innen als Epiphanie kategorisieren. Darin eingelagert sind vielfältige Auswirkungen auf die eigene Identität, kollektive Bezüge innerhalb und außerhalb jüdischer Gruppen, Zukunftspläne und das Sicherheitserleben. Diese Auswirkungen werden verstärkt durch den Antisemitismus, der nach dem 7. Oktober weltweit zunehmend erstarkt ist. Er knüpft teilweise an biografisch frühere Antisemitismuserfahrungen sowie an kollektiv tradierte geschichtliche Antisemitismuskonzepte an und entfaltet in dieser Verbindung seine Wirkung.

3.3. Antisemitismuserfahrungen nach dem 7.10.

Die Wahrnehmung und Erfahrungen mit Antisemitismus unterschieden sich vor dem 7. Oktober stark unter den Befragten. Für diejenigen, die bisher wenig Erfahrungen mit Antisemitismus gemacht hatten, war der 7. Oktober ein entscheidender Wendepunkt. Denn die antisemitischen Erfahrungen haben bei allen IP zugenommen. Auch wenn Antisemitismus grundsätzlich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen verortet wird, berichten die Interviewpersonen besonders häufig von israelbezogenem Antisemitismus aus muslimischen sowie antiimperialistisch-linken Milieus – daneben wird auch Antisemitismus aus rechten Kreisen benannt, verbunden mit großer Besorgnis über den wachsenden Einfluss der AfD.⁶⁹ Die weitgehende gesellschaftliche Gleichgültigkeit gegenüber mitgetragendem oder stillschweigend normalisiertem Antisemitismus, der oft nicht als solcher benannt oder sanktioniert wird, sowie die Allgegenwärtigkeit von Fake News in den sozialen Medien, die immun gegen

⁶⁸ Keilson 1984.

⁶⁹ Diese Sorge ist vor dem Hintergrund der Studie von Decker et al. 2024 berechtigt: In ihrer Befragung zeigten die Anhänger:innen der AfD die höchsten Zustimmungswerte zu antisemitischen Ressentiments über alle Dimensionen, Decker et al. 2024, S. 146.

Richtigstellungen sind, erzeugt bei vielen die Erlebnisfigur einer „**verkehrten Welt**“, in der Antisemitismus normalisiert wird, und jüdische Perspektiven nicht mehr ins Gewicht fallen. Die Befunde bestätigen eindrücklich die bereits in der Öffentlichkeit geäußerten Einschätzungen, wonach „Juden nicht zählen“⁷⁰ und ihnen traditionell viel an Zumutungen abverlangt wird.⁷¹

3.3.1. Vorfälle

Erlebte und berichtete Vorfälle nach dem 7. Oktober

Die dokumentierten Vorfälle zeigen einen massiven Anstieg antisemitischer Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung nach dem 7. Oktober.⁷² Die Berichte der IP verdeutlichen, dass sich Antisemitismus nicht nur auf physische Angriffe beschränkt, sondern sich auch in struktureller und sozialer Form äußert – von Boykottierungen und Anfeindungen im Bildungs- und Arbeitskontext über Verschwörungsmythen und Schuldabwehrstrategien bis hin zu direkten Bedrohungen und Angriffen im öffentlichen Raum. Die vielfältigen Kontexte veranschaulichen, dass Antisemitismus in verschiedenen Lebensbereichen der Betroffenen präsent ist und jüdisches Leben in Deutschland zunehmend unsicherer macht. Die Interviewpartner:innen schilderten eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle, die sie selbst nach dem 7. Oktober erfahren oder in ihrem Umfeld miterlebt und als bedeutsam wahrgenommen haben. Diese lassen sich in verschiedene Kategorien unterteilen:

1. Antisemitismus an Universitäten und im Bildungsbereich

- Nachspielen der Ritualmordlegende im sogenannten Pro-Palästina-Camp an der Universität.⁷³

IP 24: „...da wurde diese Ritualmordlegende bedient, in dem ...ein jüdisches oder ein palästinensisches Baby in so Blut gecouvert wurde, also so eine Puppe und dann genau, dann drüber stand ‚Israel begeht Organraub‘.“

- Antisemitische Sticker an der Universität und im gesamten Stadtbild (IP11).
- Nach Vorstellungsrunde in der Universität Anfeindungen durch Kommiliton:innen nach Erwähnung eines Auslandsjahres in Israel, „es kann nicht sein, dass du aus Israel bist, wir hassen Israel!“ (IP33).
- Einbringen antiisraelischer Texte zum Nahostkonflikt in den Unterricht durch Lehrkräfte (IP29).
- Antisemitische Statements in der Schule, z.B. von Kindern, die auf Tischen oder in ihren Unterlagen die Losung „Juden sind Schweine“ malen.

70 Vgl. Engel 2025.

71 Vgl. Schwarz-Friesel 2022.

72 Vgl. auch RIAS Bayern, Jahresbericht 2024, der mit 1.515 dokumentierten Vorfällen einen neuen Höchststand antisemitischer Ereignisse in Bayern verzeichnet – mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Über 80 % dieser Vorfälle enthielten israelbezogene Elemente; mehr als ein Drittel ereignete sich im Kontext antiisraelischer Demonstrationen, in denen Delegitimierung, Dämonisierung und NS-Vergleiche häufig dokumentiert wurden (RIAS Bayern 2025: S. 16-17).

73 Vgl. Linkes Bündnis gegen Antisemitismus München 2024.

- Antisemitische Berichterstattung in den Nachrichten (IP14, IP20, IP30, IP2):
 - Israel wird einseitig als Aggressor dargestellt.
 - Fake-News der Hamas werden übernommen und später nicht korrigiert.
 - Die Erstangriffe werden in Berichten über militärische Reaktionen verschwiegen.
- Bedrohung durch einen Security-Mitarbeiter der Universität nach der Aussage, dass man gegen die Hamas sei (IP1).
- Verfolgung, Bedrohung und Beleidigung durch Studierende nach dem Entfernen eines Posters mit der Aufschrift „Genozid in Gaza“ (IP11).
- An ausschließlich den jüdischen der beiden Workshopleiter:innen gerichtete „Free Palestine!“-Rufe auf dem Nachhauseweg durch zwei Schüler:innen nach einem Workshop zu Diskriminierung und Antisemitismus in ihrer Schulklasse (IP5).
- Mobbing jüdischer und israelisch-stämmiger Kinder an Schulen, Verschwörungserzählungen/Fake-News über die IDF (IP27).

2. Antisemitische Anfeindungen im öffentlichen Raum

- Hasskampagnen gegen jüdische Restaurantbesitzer:innen, u. a. durch schlechte Bewertungen und Vorwürfe, das Essen schmecke „nach Blut“ (Anspielung auf die Ritualmordlegende) (IP15).
- Verhöhnung der Opfer des 7. Oktober, z. B.: Setzen auf den Stuhl für die jüngste, inzwischen ermordete Hamas-Geisel Kfir Bibas und Lustigmachen über ihn (IP19).⁷⁴
- Antisemitische Schmierereien, z. B. das durchgestrichene Wort „Jude“ im Aufzug am Arbeitsplatz (IP19).
- Kind/junger Jugendlicher zeigt Hitlergruß auf einer Demonstration und sagt: „You need to free Palestine from you people“, Androhung von Gewalt bei Dokumentation des Vorfalls, Polizei bringt Täter:innen nur zur Bahn, nicht auf die Wache (IP11).
- Anfeindungen aus einem vorbeifahrenden Auto auf dem Weg zur Synagoge gegen orthodoxe jüdische Männer (IP1).
- Drohgeste mit erhobener Faust in Richtung einer IP im Bus, nachdem Mitfahrer Davidsternkette bemerkt und seine Frau darauf hingewiesen hatte (IP16).
- Drohungen bei Mahnwachen für die Geiseln (IP18).
- Plakate für die Geiseln werden abgerissen, antisemitischer Inhalt der Tat wird abgestritten (IP5).

⁷⁴ Es wurden in mehreren Städten Aktionen für die Geiseln durchgeführt, bei denen festlich gedeckte Schabbat-Tische aufgestellt worden sind. Auf jedem Stuhl hing ein Bild einer Geisel. Damit sollte öffentlich darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Geiseln nicht mit ihren Familien am Schabbat-Tisch sitzen können.

- Otherring im Arbeitskontext, zum Beispiel anhand verzogener Gesichter unter Kolleg:innen beim „Outing“ als jüdisch oder israelisch (IP11, IP23); Nachfrage von Chef einer IP, ob er nun Israel nicht kritisieren dürfe, nachdem er erfuhr, dass seine junge Mitarbeiterin jüdisch ist (IP34).
- Pathologisierung von Jüdinnen: Juden als traumatisiertes Volk, nachdem der beruflich höher gestellte Gesprächspartner einer weiteren IP erfuhr, dass sie Familie in Israel hat (IP35).⁷⁵

3. Direkte Bedrohungen, Gewalt und Sachbeschädigungen

- Online-Drohungen und antisemitisches Doxing, u. a. mit Fotos der Arbeitsstelle der Betroffenen. Für IP19 hatte dieser Hass sogar ein ganz reales Bedrohungsszenario in der analogen Welt zur Folge. Angetrieben dadurch, den Falschinformationen etwas entgegenzusetzen zu wollen, hat sie das erste Mal in ihrem Leben Beiträge online kommentiert, woraufhin ihr gedroht wurde, dass man „sie finden“ würde. Kurz darauf erhielt sie eine Nachricht mit dem Foto ihrer Arbeitsstelle und weiteren Drohungen. An diesem Beispiel sowie dem Ereignis vom 7.10. wird deutlich, dass die verbalen Drohungen in physische Gewalt überführt werden können, was zu einer Grundverunsicherung und existenziellen Fragen im Alltag führt.
- Körperliche Angriffe und Verletzungen, u.a. Schubsen und Bespucken (z.B. IP11, IP1), Angriffe auf dem Weg zur Arbeit; in einem weiteren Beispiel polizeilich geprüfte Morddrohungen mit Involvierung iranischer Auftragskiller (IP4, IP2, IP14).⁷⁶
- Sachbeschädigungen, z. B.: Zerkratzen des Autos (IP32), Schneeballwürfe auf das Fenster, in dem eine Chanukkia⁷⁷ steht (IP27), antisemitische Bedrohungen am Klingelschild mit jüdischem Nachnamen (IP2).
- Drohungen durch Schriftzüge wie zum Beispiel „fuck jews“ am Geschäft von Freund:innen (IP14), „death to zionism“ und ein durchgestrichener Davidstern am Geschäft von Verwandten (IP2).
- Antisemitische Anfeindungen und Drohungen bei Fußballspielen:

IP2: „Also die Sprüche, keine Ahnung, ‚Hitler hat vergessen, euch Juden zu vergasen‘ oder und und.“

- Erwähnte Bedrohung durch den Anschlag auf das israelische Konsulat in München (IP18, IP21, IP24, IP17).

⁷⁵ Siehe hierzu auch Fußnote 52.

⁷⁶ Einige Interviewpartner:innen bezogen sich im Gespräch auf den medial aufgegriffenen Vorfall, bei dem mutmaßlich im Auftrag des iranischen Regimes geplante Anschläge auf jüdische und israelische Personen in Deutschland und Frankreich vereitelt wurden. Sie berichteten, die von den in diesem Zusammenhang öffentlich gewordenen Drohungen Betroffenen persönlich zu kennen. Vgl. dazu Der Spiegel 2024.

⁷⁷ Eine Chanukkia ist ein neunarmiger Leuchter, der während des jüdischen Lichterfests Chanukka verwendet wird – an jedem der acht Abende wird eine weitere Kerze entzündet, die neunte dient als Helferkerze („Schamasch“).

- Verbaler und körperlicher Angriff auf einen Mann, der mit Kippa durch die Altstadt lief (IP1).⁷⁸
- Anfeindungen bei Mahnwachen für die Geiseln, Beschimpfung als „Scheiß-Jüdin“ (IP35).

4. Antisemitische Verschwörungserzählungen und Schuldabwehr

- Verschwörungsmythen, z. B. Vorwurf, für den Mossad zu arbeiten und ein Haus in Gaza reserviert zu haben (IP20), antisemitische Verschwörungserzählungen auf Partys, z. B. Jüdinnen:Juden steckten hinter den Anschlägen von 9/11 (IP9).
- Anfeindungen beim Aufhängen von Plakaten für die Geiseln verbunden mit der aggressiven, verschwörungstheoretischen Behauptung, die Entführungen habe es nie gegeben (IP5).
- Schuldabwehr-Antisemitismus in Hasskommentaren, z. B. unter einem Video zur Shoah-Geschichte der eigenen Familie wie im Fall von IP31: „An deinen Händen klebt palästinensisches Blut.“
- Täter-Opfer-Umkehr, zum Beispiel Beschimpfung jüdischer Personen als „Nazis“ und „Faschisten“ (IP18, IP11, IP24); Aussage „Netanyahu ist der neue Hitler“ (IP35); Gleichsetzung von Israelis und Nazis.

IP 31 rekapituliert: „Die Israelis machen heute das Gleiche mit den Palästinensern wie die Nazis mit den Juden.“

- Gedenken an die Shoah missachten: Statue der Geschwister Scholl in Kufiya hüllen⁷⁹; bei sogenannter „pro-palästinensischer“ Rede auf die in den Boden gravierten Flugblätter stellen (IP22).

5. Boykott und berufliche Diskriminierung

- Boykottaufrufe gegen jüdische oder mit Israel verbundene Unternehmen, u. a. Boykott durch Zwischenhändler, weil das Unternehmen nach Israel liefert; Vermeidung der Nennung israelischer Geschäftsstandorte durch große Firmenpartner; Absage einer geplanten Geschäftseröffnung in Israel durch den Franchise-Geber (IP12).
- Ungleichbehandlung in akademischen und beruflichen Kontexten, z. B. Aufforderung zu einem zusätzlichen „Ethik-Statement“ bei Forschungsanträgen in Kooperation mit einer Universität im europäischen Ausland aufgrund israelischer Herkunft oder früherer Affiliation an einer israelischen Universität (IP13).

⁷⁸ Vgl. BR 24 2024.

⁷⁹ Die Statue der Geschwister Scholl – symbolische Figuren des Widerstands gegen den Nationalsozialismus – mit einer Kufiya zu verhüllen, deutet sie zu Widerstandskämpfer:innen gegen Israel um. Diese Umdeutung folgt dem Narrativ des Schuldabwehrantisemitismus, das Israel (und mit ihm Jüdinnen:Juden) auf eine Stufe mit den nationalsozialistischen Täter:innen stellt. Auch an der Alice Salomon Hochschule wurde eine Statue – in diesem Fall die der jüdischen Namensgeberin, die 1937 aufgrund der nationalsozialistischen Verfolgung ins US-amerikanische Exil gezwungen wurde – mit einer Kufiya verhüllt und mit der Aufschrift „Palestine“ versehen. Vgl. Aktionswochen gegen Antisemitismus 2025.

6. Soziale Isolation und zwischenmenschliche Ablehnung

- Ablehnung der Kinder von Bekannten durch Mitschüler:innen in der Grundschule (IP32).

IP32 rekapituliert: „Wegen dem, was ihr mit den Palästinensern macht.“

- Nachbar:innen (tunesischer Herkunft) grüßen nach dem 7. Oktober nicht mehr und gratulieren nicht mehr zum Geburtstag (IP19).
- Aufforderung an eine israelischstämmige Münchnerin, „dahin zurückzugehen, wo sie herkommt“ (IP11).
- Vielfaches direktes Zusenden von Links per E-Mail oder Messenger durch eigene Freund:innen und Bekannte, die Fake News über Israel enthalten (IP14).
- Aufgedrängte Diskussionen zu Israel/Palästina mit antisemitischen Narrativen auf gemeinsamer Dienstreise durch Arbeitskollegen (IP26).
- Dämonisierung auf Instagram, u.a. als „Kindermörder“ (IP24) oder „Teufel“ (IP25).

IP 25: „Hat dann auf meinem Kommentar kommentiert: ‚Ihr wart schon, ihr seid und ihr wart schon immer die Teufel.‘“

Hier zeigt sich das klassische antisemitische Bild von Jüdinnen:Juden als dem absolut Bösen, dem Teufel und Gegenprinzip an sich im manichäischen Weltbild. Gerade der Verweis auf die historische Kontinuität „ihr seid und wart immer schon...“ und der Einschluss von IP25 als in Deutschland lebender Jude in das Gesamtkollektiv „ihr“ verdeutlicht, dass dieser Vorwurf über einen eventuellen Israel-Bezug hinaus *alle Juden* meint. Es handelt sich um diverse Formen des Antisemitismus, vor allem um israelbezogenen Antisemitismus, aber auch um Schuldabwehr-antisemitismus, modernen Antisemitismus, der mit Verschwörungsmythen einhergeht, rassistischen Antisemitismus sowie um jahrhundertlang tradierte antisemitische Narrative. Die erlebten **Ausprägungen antisemitischer Gewalt** sind vielfältig und umfassen unter anderem Einschüchterungen und Angriffe, Täter-Opfer-Umkehr, Entsubjektivierung bis hin zur Entmenschlichung, Marginalisierungen und Othering-Prozessen, Ausschlussstrategien durch Vermeidung und subtile Ablehnung, Boykottaktionen, Entzug von Empathie sowie die Bagatellisierung antisemitischer Vorfälle. In den allermeisten Fällen wird der Antisemitismus vom Umfeld toleriert oder nicht aktiv verurteilt. Die antisemitischen Erfahrungen verdichteten sich bei den IP zum Erleben, dass man niemandem trauen kann – alte Freund:innen wandten sich ab, wurden vielleicht sogar zur Bedrohung, in jedem Lebensbereich kann einem Antisemitismus begegnen, auch in besonders vulnerablen Situationen, in denen man auf Hilfe oder Schutz angewiesen wäre, bis hin zu Bedrohungen durch Security-Kräfte und neonazistische Personenschützer.⁸⁰

Die **Akteur:innen, von denen Antisemitismus ausgeht**, sind vielfältig und die IP haben unterschiedliche Einschätzungen dazu, welche Gruppe auf welcher Ebene in diesem Kontext die treibende Kraft ist. Die meisten Interviewten haben jedoch die größte Angst in der Gegenwart von

arabischen oder muslimischen Menschen mit islamistischem Gedankengut, da sie ihnen im Kontext der Gewalt islamistischer Terroristen und ihrer eigenen Erfahrungen das größte Potential für nicht nur verbale, sondern auch körperliche Angriffe zuschreiben. Diese Zuschreibung ist häufig von inneren Konflikten begleitet, da sie das Misstrauen und die erhöhte Vorsicht in Gegenwart unbekannter Menschen, die sie der genannten Gruppe zuordnen, zugleich als potenziell rassistisch empfinden und stets abwägen, offen für neue, positive Erfahrungen zu sein oder den Selbstschutz in den Vordergrund zu stellen. Bei **rechtem Antisemitismus und Neonazis** hingegen „weiß man, woran man ist“, wie mehrere IP betonen. Die Instrumentalisierung von Antisemitismus durch rechte Parteien im Dienste rassistischer Programmatiken wird vielfach thematisiert. Auch der AfD wird zugeschrieben, dass sie ihren rechten Antisemitismus früher oder später offener zeigen wird und somit eine Gefahr für Jüdinnen:Juden ist. Manche verorten das Problem als aktuell noch mehr den Osten betreffend, andere, wie IP21, erklären, dass sie große Sorge vor der Dunkelziffer an Sympathisant:innen mit rechtsextremem Gedankengut haben, diese aber versuchen zu verdrängen, wodurch im bewussten Erleben eine geringere Angst vor dieser Gruppe besteht. Als **ideologisch** hoch gefährlich ordneten mehrere IP ein, was sie „**linken**“ oder „**intellektuellen**“ **Antisemitismus** nennen, der von vermeintlich progressiven Gruppen im Universitätsmilieu ausgehe. Andere nennen auch hier klar den **islamistischen Antisemitismus sowie Antisemitismus unter Muslim:innen**. Der **israelbezogene Antisemitismus** verläuft quer zu diesen Kategorien und wird von Angehörigen aller Gruppen geteilt. Mehrere IP machten Ausschlusserfahrungen innerhalb von Communities, die sie als progressiv und links einordneten, wie der veganen Szene (IP11) und der queeren Community (IP19). IP19 beschreibt ihre Erfahrung:

IP19: „Und darunter waren halt auch viele Freunde, auch z.B. in der queeren Community, wo ich sehr viele Freunde habe. Das hat mich sehr erstaunt, weil ich immer jemand war, der auf allen Prides war, auf allen queeren Veranstaltungen und plötzlich hatte ich das Gefühl, die ganze Community, der ich mich so zugehörig und wo ich mich auch wohlfühlt habe, die hat sich komplett gegen mich gewandt und ich muss mich rechtfertigen.“

„**Verschwörungstheoretiker**“, die „ihren Antisemitismus“ sowohl auf Nazi-Demos als auch auf dem sogenannten pro-palästinensischen Camp an der Universität ausleben, wurden darüber hinaus genannt.

Einige IP besorgt hauptsächlich der **Alltagsantisemitismus aus „der bürgerlichen Mitte“**, von **Menschen ohne jegliche biographischen Bezüge zum Nahostkonflikt**. Dieser begegnet ihnen bspw. in der Empathielosigkeit und dem Bagatellisieren des 7.10. durch Kolleg:innen auf der Arbeit, im Zusammenhang mit Passant:innen, die Gedenkaktionen für die Geiseln der 7.10. mit „Free Palestine!“-Rufen stören, im Hass in den Augen der österreichischen und deutschen nicht-muslimischen Studierenden ohne Migrationsgeschichte auf den Protestcamps und in Kommentarspalten unter Nachrichten zu Israel oder jüdischen Themen.

IP18: „Die deutschen normalen Leute hier, die sind da ja, also das sind normale, das sind keine AfD-Wähler oder das sind auch keine Linke, sondern das ist so normale, die Mitte der Gesellschaft.“

IP31: „Also ich verstehe immer noch viel mehr eine krasse Emotionalisierung, wenn ich jetzt an libanesische Kommilitoninnen denke oder einfach an Studierende, die auch einfach biografisch einen Hintergrund haben, wo das Verhältnis zu Israel emotional aufgeladen ist, also so verständlich. Aber ich habe einfach sehr viele österreichische und deutsche Studierende erlebt, die so emotional waren, und wo ich wirklich so einen Hass in den Augen gesehen habe und irgendwo auch so irgendwie einen Bock auf Krawall und so eine Emotionalisierung, die für mich auf den ersten Blick einfach nicht verständlich war.“

3.3.2. Alltagskulisse

Die **Orte und Kontexte des Geschehens** sind allgegenwärtig: im Zuhause, auf dem Weg zur Synagoge, Plakatierungen auf der Straße, in der U-Bahn, beim Friseur, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungsvermietung, auf dem Sportplatz, in der KfZ-Werkstatt, bei der Taxifahrt, in der Schule, in der Universität, bei der Psychotherapie, im Krankenhaus, auf einem Konzert, in der Arztpraxis, auf einer Party, bei der Polizei, im digitalen Raum, auf Demonstrationen und öffentlichen Plätzen. Die Antisemitismuserfahrungen der Interviewpartner:innen **durchdringen vielfältige Aspekte des Alltags**. Dabei begegnen sie häufig antisemitischen Ressentiments und Weltbildern, Stereotypen und Vorurteilen, offener sowie latenter Bedrohung. Die Diskriminierung erstreckt sich nicht nur auf direkte Beleidigungen oder Ausgrenzung. Auch subtile Formen von Antisemitismus, wie etwa ein ständiges Infragestellen der Erfahrungen und Zugehörigkeiten der Betroffenen, sind Teil des Alltags. Marginalisierungen, die nicht unmittelbar antisemitisch aber hochgradig unsensibel gegenüber der jüdischen Lebensrealität sind, erlebten IP und ihre Angehörigen auch im Bildungskontext – wie bspw. das Schreiben einer wichtigen Deutschklausur unmittelbar nach der unterrichtlichen Lektüre eines Jugendbuches zur Shoah, zu der die jüdischen Schüler:innen sich emotional nicht in der Lage sahen. Die jüdischen Schüler:innen schnitten in der Folge schlecht ab, durften die Klausur jedoch nach einer Intervention wiederholen (IP32). Der virulente Antisemitismus zieht eine **Alltagskulisse nach sich, die von Zumutungen in alltäglichen sozialen Interaktionen geprägt ist**. Eine typische Form der Alltagszumutungen besteht darin, mit dem Thema des Überfalls der Hamas und des Gaza-Kriegs als „Smalltalk“ konfrontiert zu werden, in der die antiisraelische Haltung als Common Sense gerahmt wird und die Betroffenen schweigen, sich zurückziehen müssen oder zur Rechtfertigung und Offenlegung ihrer jüdischen Identität oder in Konflikte gedrängt werden. Aufgrund antisemitischer Erfahrungen und der aktuellen Stimmung stellt jede Situation mit unbekanntem Menschen, in denen die IP ihre jüdische oder israelische Identität offenbaren müssten, eine Zumutung dar, die mit der begründeten Sorge vor Ablehnung, Ausgrenzung bis hin zu Angriffen verbunden ist. Die IP beschreiben einige solcher verunsichernden Situationen:

IP19 berichtet von einer Fahrt im Taxi, bei der sie gefragt wird, ob der eigene Nachname jüdisch sei (und es panisch abstreitet). IP8 erzählt, wie sie während einer Schwangerschaftsuntersuchung aufgrund ihres mizrachischen⁸¹ Nachnamens von der von ihr als arabisch gelesenen Assistentin der Gynäkologin gefragt wird, welche Sprache sie neben Englisch noch spreche und in dieser vulnerablen Situation große Angst hatte, sich als israelisch erkennen zu geben, weshalb sie weitere sprachlich-kulturelle Bezüge vehement abstritt. IP20 schildert eine weitere Situation

81 „Mizrachisch“ (‚östlich‘ auf Hebräisch) bezeichnet jüdische Personen mit familiären Wurzeln in arabischen, nordafrikanischen oder persischen Ländern.

in der Kfz-Werkstatt, in der sie vom von ihr als türkisch gelesenen Mitarbeiter aufgrund ihres Aussehens gefragt wird, woher sie komme und sich unter Druck gesetzt fühlt, sich als israelisch outen zu müssen, während das Gegenüber einen türkischen oder arabischen Hintergrund annimmt, weshalb sie darauf besteht, ausschließlich aus Deutschland zu kommen, auch wenn ihr zunächst nicht geglaubt wird.

Der Alltag wird auch von diversen weiteren, oft unerwarteten Zumutungen, bspw. in Form von erzwungenen, emotionalisierten Politisierungen in beliebigen Kontexten, geprägt. An mehreren Stellen wird deutlich, wie Gespräche über Israel zunächst scheinbar harmlos oder sachlich beginnen, dann jedoch in offene Feindseligkeit kippen können – etwa wenn eine kritische Haltung gegenüber Israel in persönliche Angriffe oder Drohungen übergeht. So berichtet IP21 von ihrer jungen Schwägerin, die in ihrem Arbeitsumfeld zunächst ein informatives Gespräch mit drei arabischen Männern über Israel führte – bis diese sie schließlich mehrfach aggressiv aufforderten, sie solle nicht mehr nach Israel reisen, da es sich um ein „geraubtes Land“ handele. Für die 24-Jährige wurde die Situation zunehmend unangenehm und auch als bedrohlich empfunden.

IP23 aus Israel führt aus, wie sie mit einem potenziellen Nachmieter palästinensischer Herkunft, dessen Social Media Profil voll von antisemitischer Propaganda war, von der Vermieterin in der Wohnung allein gelassen wurde mit dem Hinweis, dass sie zusammen „in ihrer Sprache sprechen“ könnten und große Angst hatte.

Mehrere IP berichten zudem, wie auch die allgegenwärtige Konfrontation mit dem Slogan „Free Palestine“ je nach Kontext eine solche Zumutung darstellen kann. Denn häufig erleben die IP diese Äußerung als direkte Reaktion auf sichtbare jüdische Symbole, im Kontext aggressiv aufgeladener Demonstrationen, in denen auch Antisemitismus geduldet ist, als Reaktion auf die Thematisierung von Shoah oder aktuellem Antisemitismus (z.B. IP5) sowie als Reaktion auf betont unpolitisches Gedenken an die israelischen Geiseln. Darüber hinaus geht sie in der Bildsprache nicht selten mit der Darstellung eines Palästinas einher, das die gesamte Fläche Israels einnimmt und in dem kein Platz für jüdisches Leben vorgesehen ist. Durch all diese Aspekte fordert diese Parole die offene, selbstverständliche Manifestation jüdischer Identität und Symbole der IP heraus oder verunmöglicht sie in der Folge sogar. Eine bereits genannte Szene aus der Liste antisemitischer Vorfälle verdeutlicht die Drastik von nicht nur impliziten, sondern auch expliziten Verwünschungen der eigenen Identität im öffentlichen Raum, wenn eine Studentin auf das „Outing“ der Bekannten einer IP (33) als jüdisch-israelisch in einer Vorstellungsrunde mit Hass reagieren. Wenn sie sagen „es kann nicht sein“, „es kann nicht sein, dass du aus Israel bist, denn wir hassen Israel“, geht es nicht um eine bloße Identitätsabsprache (wie wenn sie sagen würden, sie wäre in Wahrheit nicht israelisch, sondern Angehörige einer anderen Nation, da sie das Land nicht anerkennen) oder Boykottaufrufen (z. B. man darf nicht nach Israel reisen, wegen der politischen Situation), sondern um die Ächtung ihrer Identität. Mit einem Verbot belegt wird diese aus dem Normalitätsentwurf ausgeschlossen und mit ideologischem Hass belegt – ohne Ansehen von ihr als realem Subjekt. Ein wesentlicher Teil ihrer Identität darf nicht existieren, was letztlich auch ihr Dasein als Mensch infrage stellt. Die Beispiele veranschaulichen eine Realität, in der man nicht weiß, in welcher Situation, auf welche Art und Weise man als junger Mensch im Alltag mit einem judenfeindlichen Klima konfrontiert werden könnte.

Einerseits wurden zahlreiche antisemitische Erfahrungen gemacht, andererseits vielfältige Alltagsinteraktionen erlebt, in denen nach der Herkunft und Identität gefragt wurde. Den meisten IP war es nicht möglich, so selbstverständlich mit ihrer jüdischen und israelischen Identität offen zu agieren, als ob es keinen Antisemitismus gäbe, da ihren Erfahrungen entsprechend das Outing jüdischer und israelischer Identitäten häufig mit negativen Folgen verbunden war. Die nichtjüdische Umwelt wurde im Kontext der Antisemitismuserfahrungen nach dem 7.10. von den meisten Befragten als passiv oder gleichgültig wahrgenommen. Wo keine unmittelbare antisemitische Aggression erlebt wurde, beschrieben viele eine ausgeprägte Empathielosigkeit, Bagatellisierung und Relativierung antisemitischer Vorfälle oder schlichtes Schweigen. Einige Interviewte berichten auch von Formen „stiller“ Solidarität – sie haben den Eindruck oder wissen, dass Freund:innen oder Personen aus ihrem Umfeld grundsätzlich auf ihrer Seite stehen, sich jedoch nicht öffentlich dazu bekennen. Als zentrales Motiv wird immer wieder Angst vermutet: Angst vor beruflichen Nachteilen, vor sozialen Konflikten, Ausgrenzung oder gar dem Abbruch von Beziehungen – kurzum: die Angst, selbst ähnliche Konsequenzen zu erleben wie die jüdischen Freund:innen. Diese Zurückhaltung wird durch öffentlich sichtbare Fälle verstärkt, in denen auch nichtjüdische Personen, die sich mit Jüdinnen:Juden oder Israel solidarisierten, massiven Anfeindungen, Boykottaufrufen oder Hetzkampagnen ausgesetzt waren.

3.4. Unterstützungsstrukturen und Umgangsweisen

3.4.1. Institutionelle Ressourcen

In München und Deutschland gibt es eine Vielzahl an Anlaufstellen, die Unterstützung bei antisemitischen Vorfällen bieten.⁸² Dennoch werden diese Angebote von Betroffenen nur selten in Anspruch genommen. Gründe hierfür sind häufig Unsicherheiten über deren Wirksamkeit sowie negative Erfahrungen mit Behörden und Institutionen.

Insbesondere rechtliche Schritte – wie etwa das Erstellen einer Anzeige bei der Polizei – wurden von den interviewten Personen nur vereinzelt genutzt. Wenn doch, resultierte dies meist in frustrierenden Erfahrungen. Denn häufig war das Ergebnis, dass zahlreiche antisemitische

82 Es gibt in München und Deutschland diverse Anlaufstellen, die Unterstützung in Fällen von Antisemitismus bieten. Dazu gehören:

- Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe: Dr. Ludwig Spaenle.
- Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen, Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München.
- Zentraler Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Justiz: Andreas Franck.
- Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus.
- BEFORE und B.U.D. – Beratung und Unterstützung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.
- Zentrum Bayern Familie und Soziales – Anlaufstelle zur Klärung von Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG)
- Polizeipräsidium München (Kommissariat für Prävention und Opferschutz) und die Möglichkeit, beim Amtsgericht München ein Näherungs- oder Kontaktverbot zu beantragen.
- Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (ZWST) – Berlin.
- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) und OFEK e.V., die Beratung und Dokumentation anbieten.
- Psychotherapie, die über Krankenkassen zugänglich ist, jedoch selten genutzt wird.
- Social-Media-Meldefunktionen, die allerdings oft ineffektiv sind.

Handlungen nicht strafbar sind – was übergeordnet das Gefühl verstärkt, mit dem Erlebten allein gelassen zu sein.

IP7: „Ist es nicht strafbar, Antisemit zu sein? In Deutschland noch nicht [...]. Natürlich ist das dann für viele, für uns Jüdinnen und Juden schwer auszuhalten, also dass Antisemitismus erlaubt ist, aber Antisemitismus ist nun mal nicht verboten. Es ist nicht verboten, Juden nicht zu mögen oder Judenhass zu verbreiten. In weitesten Teilen ist es nicht verboten. Ja, es gibt strafbare Inhalte. Und dann natürlich einerseits diese emotionale Komponente von vielen Mitbetroffenen, die dann natürlich für die sozusagen schwer zu verstehen ist, dass etwas nicht zur Anzeige gebracht wird oder eine Anzeige nicht weiterverfolgt wird oder dass Plattformen bestimmten Hass nicht entfernen, weil sie dazu nicht verpflichtet sind oder auch keine Motivationsverpflichtung haben.“

Diese Ergebnisse decken sich mit Erkenntnissen aus qualitativen Studien, die zeigen, dass Jüdinnen:Juden in Deutschland dem rechtlichen Schutz vor Antisemitismus häufig skeptisch gegenüberstehen und rechtliche Mittel im Alltag kaum in Anspruch nehmen.⁸³ Einige interviewte Personen (IP) berichteten von einer als unsensibel oder empathielos empfundenen **Routiniert-heit** der Polizei im Umgang mit antisemitischen Vorfällen. So äußerte sich beispielsweise IP19 auf die Frage, ob sie jemals in Erwägung gezogen habe, aufgrund von Bedrohungen zur Polizei zu gehen:

IP19: „Nein, aber nicht, weil ich nicht das Bedürfnis hatte, sondern weil ich das Gefühl hatte, die Polizei kann mir nicht weiterhelfen.“

Das von IP21 geäußerte Vertrauen in israelische Sicherheitskräfte – und nicht in die deutsche Polizei – verweist auf ein zentrales Spannungsfeld im Sicherheitsempfinden jüdischer Menschen in Deutschland. Ähnlich wie IP 18, der sich eher durch die IDF (Israel Defense Forces) als durch deutsche Sicherheitskräfte geschützt fühlt („lieber mit der IDF an der Seite als einem deutschen Polizisten, der noch nie eine Pistole benutzt hat“), stellt auch IP21 ihre individuelle Sicherheitswahrnehmung nicht in Bezug zur Polizei oder zum Rechtsstaat in Deutschland, sondern orientiert sich an einem transnationalen Sicherheitsbezugspunkt: dem Staat Israel. Diese Perspektive ist mehr als nur Ausdruck persönlicher Präferenz. Vielmehr verweist sie auf ein strukturelles Misstrauen gegenüber deutschen Sicherheitsinstitutionen, das auf historischen Erfahrungen, aktuellen antisemitischen Vorfällen sowie auf erlebter Gleichgültigkeit oder mangelnder Sensibilität im Kontakt mit Behörden basiert. Die Polizei wird in diesen Erzählungen nicht als primärer Schutzgarant wahrgenommen, sondern als Institution, die mitunter Distanz, Unverständnis oder gar Bürokratie statt aktiven Schutzes vermittelt.

IP21: „...ist ja letzten Sonntag mit dem Konsulat hier passiert und dann wurde gesagt, alle jüdischen Einrichtungen werden jetzt krasser geschützt. So einen Tag später, ich bringe mein Kind zur Krippe, um 9 Uhr bin ich da, ich bin kurz rausgegangen, um mir einen Kaffee zu holen, weil wir sind gerade in der Eingewöhnung. Um 09:10 Uhr sehe ich, dass die Polizei wegfährt und die kam halt einfach nicht wieder. Die kommt halt dann irgendwann am Nachmittag und dann, also ganz ehrlich, ich habe auch mehr Vertrauen in unsere Sicherheitsleute als in die Polizei.“⁸⁴

Einige Interviewpersonen berichten von enttäuschenden oder belastenden Erfahrungen mit der Polizei im Zusammenhang mit antisemitischen Vorfällen. So beklagt IP18 etwa, dass die polizeiliche Hilfe bei einer Bedrohungssituation während einer Mahnwache viel zu spät eingetroffen sei – ein Umstand, der das Gefühl mangelnder Priorisierung und Schutzbereitschaft durch

83 Vgl. Bernstein/Diddens 2024a; Bernstein/Diddens 2024b.

84 IP21 bezieht sich hier offensichtlich auf den Anschlag auf das israelische Konsulat in München vom 5. September 2024.

staatliche Stellen verstärkte. Noch drastischer schildert IP 15 die Erfahrungen im Kontext seines Geschäfts, das Ziel massiver antisemitischer Kampagnen wurde. Trotz täglicher Polizeipräsenz vor Ort musste es letztlich geschlossen werden. Besonders belastend war für ihn, dass eine Anzeige wegen antisemitischer Aussagen – etwa der Bemerkung, man könne „die nächste Filiale in Dachau aufmachen“ – folgenlos blieb. **Das Ausbleiben juristischer Konsequenzen** wurde nicht nur als persönlicher Rückschlag erlebt, sondern auch **als Signal mangelnder Ernsthaftigkeit im Umgang mit antisemitischen Angriffen**. Im Unterschied zur Erstellung einer Anzeige bei der Polizei, wird die Meldemöglichkeit antisemitischer Inhalte auf den verschiedenen Social-Media-Plattformen häufiger genutzt, da sie niedrigschwelliger zugänglich ist. Dennoch bleibt sie oft wirkungslos und führt zu Frustration. Solche Erfahrungen untergraben nicht nur die individuelle Sicherheit, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe, da sie das Gefühl verstärken, mit antisemitischer Gewalt und Hetze weitgehend allein gelassen zu sein.

Auch die Nutzung anderer **institutioneller Unterstützungsangebote – wie etwa Psychotherapie oder Beratungsstellen** – bleibt insgesamt gering. In den meisten Interviews wird die Möglichkeit einer psychotherapeutischen Unterstützung zwar grundsätzlich als verfügbar, aber aktuell (noch) nicht als notwendig eingeschätzt. Die Inanspruchnahme ist häufig mit persönlichen Hemmschwellen verbunden. So setzt sie ein vertrauensvolles Verhältnis voraus, das insbesondere zu nichtjüdischen Therapeut:innen erst aufgebaut werden müsste. Dabei besteht Unsicherheit darüber, ob und in welcher Weise diese Personen Themen wie Israelhass oder Antisemitismus tatsächlich verstehen – oder möglicherweise selbst Vorurteile (re-)produzieren. Obwohl Psychotherapie gesellschaftlich-institutionell über die Krankenkassen finanziert wird und somit formal leicht zugänglich erscheint, zeigen die Interviews eine ambivalente Haltung: Einerseits wird die Unterstützung als individuell noch nicht erforderlich bewertet, andererseits – wie in den Aussagen mehrerer IP („wir alle brauchen wahrscheinlich Therapie“, z.B. IP18, IP30) – wird sie als kollektives Bedürfnis innerhalb der jüdischen Gemeinschaft anerkannt. Diese Einschätzung verweist auf eine geteilte Erfahrung von Belastung und Verarbeitung, die über das rein Individuelle hinausgeht.

Gleichzeitig kritisiert IP 35 die **gesellschaftliche Tendenz, Jüdinnen:Juden pauschal zu pathologisieren** – etwa, indem ihnen unterstellt werde, als „traumatisiertes Volk“ zu agieren. Diese Zuschreibung führe dazu, dass ihre Perspektiven auf politische Konflikte – insbesondere in Bezug auf den Krieg in Gaza oder auf Israel allgemein – als irrational oder überemotional delegitimiert würden. In dieser Spannung zwischen realem psychosozialen Unterstützungsbedarf und gleichzeitiger gesellschaftlicher Stigmatisierung therapeutischer Inanspruchnahme wird deutlich, wie tief antisemitische Narrative selbst in wohlmeinenden Kontexten fortwirken können.

Einige Interviewpersonen berichten von **Herausforderungen in psychotherapeutischen Settings**, die sich nicht allein aus individuellen Hemmungen, sondern aus gesellschaftlichen und identitätsbezogenen Spannungsverhältnissen ergeben. So schildert IP 21, dass sie sich ihrer Therapeutin gegenüber nicht vollständig öffnen könne – obwohl sie diese fachlich durchaus schätzt. Der Grund liegt in einer inneren Unsicherheit, da die Therapeutin einen pakistanischen Elternteil habe. IP 21 bezeichnet ihre Sorgen zwar selbstreflexiv als möglicherweise „paranoid“ und ist sich bewusst, dass sie muslimisch gelesenen Personen mit solchen Bedenken

potenziell „Unrecht“ tun könnte. Dennoch erzeugt diese Konstellation eine emotionale Blockade, die eine tiefere therapeutische Arbeit verhindert. Das Beispiel zeigt exemplarisch, wie politische Konflikte (etwa rund um Israel/Palästina) in therapeutischen Beziehungen mit-schwingen können – nicht notwendigerweise durch explizite Aussagen, sondern durch implizite Zuschreibungen, unausgesprochene Erwartungshaltungen oder eine spürbare politische Aufladung des Gesprächsrahmens, die das Vertrauensverhältnis empfindlich stören kann. Auch IP 11 erzählt von einem solchen belastenden Moment im therapeutischen Prozess: Der Therapeut habe versucht, die persönlichen Erfahrung der Patientin zu relativieren, indem er das Thema Antisemitismus in einem größeren politischen Kontext einordnete. Anstatt die konkrete individuelle Betroffenheit ernst zu nehmen, verwies er auf eine vermeintliche Ausgewogenheit – mit der Aussage, er behandle „auch Patienten von der anderen Seite“, wobei es unklar bleibt, was er mit der „anderen Seite“ meint.

IP11: „I went to a psychologist, this did not help me. I just took it out. And once he said a really, really stupid thing that I really did not want to go again for a while. I think it was pretty implicit. But he said: ‚Oh yeah, I know somebody like, they come into me also people from the other side of the conflict.‘ And I also: ‚Shut up. Shut the fuck up. Honestly, just don’t talk with me about the other side. There is no other side when your people, you know, is getting slaughtered.‘”

Für IP11 bedeutete diese Aussage nicht nur eine politische Zuschreibung, sondern auch die Auflösung ihres subjektiven Leids in einem schematischen Freund-Feind-Denken und letztlich auch symbolische Gewalt. Raum für eine differenzierte Verarbeitung antisemitischer Erfahrungen blieb unter diesen Voraussetzungen nicht – im Gegenteil: Der eigentliche Schmerz wurde relativiert, statt anerkannt. IP19 berichtet von einem therapeutischen Gespräch, in dem zwar vordergründig Empathie signalisiert wurde, das tatsächliche Ausmaß des empfundenen Schmerzes jedoch nicht durchdrang:

IP19: „Ich weiß nur, dass sie (die Therapeutin) irgendwie gesagt hat, dass es schrecklich ist und dass es ihr wahnsinnig leidtut und dass sie total solidarisch ist, weil es auch ziemlich am Anfang war und sie das total verstehen kann. Aber ich soll versuchen, in meinen Alltag zurückzufinden und soll nicht allzu viele Gedanken daran verschwenden. Also folglich Beweis dafür, dass sie nicht so wirklich verstehen konnte, wie tief der Schmerz ist.“

Die Therapeutin äußert zunächst Bedauern, Mitgefühl und Solidarität – sie erkennt an, dass das Erlebte „schrecklich“ sei und zeigt sich emotional berührt. Diese Reaktion erfüllt auf den ersten Blick die Erwartungen an eine empathische Haltung. Doch im weiteren Verlauf fordert sie IP 19 dazu auf, „nicht allzu viele Gedanken daran zu verschwenden“ und „in den Alltag zurückzufinden“. Diese Wendung wird von IP 19 als ein Bruch erlebt: Sie deutet die Aussage als Beleg dafür, dass die Therapeutin den „tiefen Schmerz“ nicht wirklich verstanden habe. Die therapeutische Empfehlung zur „Rückkehr in den Alltag“ mag aus professioneller Sicht sinnvoll erscheinen, wird aber von der betroffenen Person als Bagatellisierung einer tiefen Verletzung wahrgenommen. Der gut gemeinte Versuch, zu stabilisieren, schlägt in eine Form impliziter Delegitimierung um. Alle drei Beispiele machen deutlich, wie die notwendige Offenheit und emotionale Sicherheit, die für eine wirksame Bearbeitung antisemitischer Belastungserfahrungen erforderlich wären, durch reale wie gefühlte Barrieren erheblich erschwert werden. Sie zeigen auch, dass Therapie – selbst wenn formal zugänglich – nicht automatisch ein sicherer Raum ist, sondern durch gesellschaftlich vermittelte Spannungen mitgeprägt wird.

Auch **symbolische politische Gesten** können in diesem Kontext als **wichtige Ressource** wahrgenommen werden. In Bezug auf München wird insbesondere die Teilnahme von Politiker:innen an Solidaritätsdemonstrationen als wohltuender Akt der Unterstützung gewertet. Maßnahmen wie das Verbot antisemitischer Demonstrationen oder der Beschluss, keine städtischen Räumlichkeiten an die BDS-Bewegung zu vergeben⁸⁵, vermitteln das Gefühl, nicht allein gelassen zu werden – sondern politisch Rückhalt zu erfahren. Solche Gesten bieten Anknüpfungspunkte für Zugehörigkeit, Anerkennung und Hoffnung. Besonders deutlich wird dies in der wiederholten Bezugnahme mehrerer Interviewpersonen auf die Präsenz der israelischen Flagge am Münchner Rathaus – ein Zeichen, das als sichtbares Bekenntnis zur jüdischen Gemeinschaft interpretiert und emotional als Ressource empfunden wird.

IP13: „...coming here to, like, you know, one of the biggest cities in Germany and to see the Israeli flag every day (on the municipality) was. I mean, I can't express how I felt. It was like, I felt like someone hugs me, you know, like every day when I just approach it, like.“

Diese emotionale Reaktion auf die Sichtbarkeit der israelischen Fahne in einem öffentlichen Raum verweist auf ihre Bedeutung als Symbol kollektiver Sicherheit und Zugehörigkeit. Für viele Jüdinnen:Juden ist sie nicht in erster Linie Ausdruck eines politischen Nationalbewusstseins, sondern ein Zeichen für Schutz, Solidarität und Überleben. IP13 beschreibt, dass der Anblick der Fahne am Marienplatz sich jedes Mal anfühle, als würde ihn jemand umarmen. Diese Form der emotionalen Bindung erinnert an das Bild der überlebenden Geisel Eli Sharabi nach der Freilassung: Er trug die israelische Fahne nicht ausgebreitet wie Sportler:innen nach einem Sieg oder Soldat:innen nach einer Eroberung, sondern wickelte sie fest um seinen Körper – wie eine Rettungsdecke oder eine schützende Umarmung. Auch beim „March of the Living“ hüllten sich viele jüdische Jugendliche in israelische Fahnen, wenn sie den Weg zwischen Auschwitz und Birkenau abschreiten – ein Moment größter Verletzlichkeit. Diese Beispiele zeigen, dass die israelische Flagge für viele nicht bloß ein Nationalsymbol ist, sondern eine zutiefst existenzielle Bedeutung hat: als Zeichen einer kollektiven Schutzmacht, gerade in Zeiten von Angst, Unsicherheit und Bedrohung. Umso paradoxer ist es, dass es aktuell kaum ein Symbol gibt, das im öffentlichen Raum mit einem höheren Risiko für antisemitisch motivierte Angriffe verbunden ist. Allerdings werden jene Gesten von den IP als nicht ausreichend wahrgenommen. Die Wirkung dieser Maßnahmen bleibt oft begrenzt und wird noch begrenzter durch gegenteilige Entscheidungen zuständiger Gerichte bezüglich des antisemitischen Gehalts einiger Parolen auf den Demonstrationen (wie „from the river to the sea“). Zudem wird festgestellt, dass Solidarität in der Regel nur von wenigen konkreten Politiker:innen ausgeht und kaum nichtjüdische Münchner:innen an Solidaritätsveranstaltungen teilnehmen.

85 Im Jahr 2017 fasste der Münchner Stadtrat einen Beschluss, der BDS als antisemitisch einstuft und eine Vergabe städtischer Räume für Veranstaltungen mit entsprechenden Inhalten ausschloss. Nachdem in einem Fall gegen die Nichtüberlassung von Räumlichkeiten geklagt wurde, entschied das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2022 letztinstanzlich, dass eine themenbezogene Einschränkung der Vergabe öffentlicher Einrichtungen der Kommune einen nicht gerechtfertigten Eingriff in die Meinungsfreiheit darstellt, der Stadtratsbeschluss bzgl. der Raumvergabe also rechtswidrig ist. Ausführlich hierzu: Rat der Landeshauptstadt München 2023.

IP30: „Es war eine Solidaritätsbekundung für die Opfer des siebten Oktobers. Und es war super traurig, obwohl die Politik mitgemacht hat, die Stadt München mitgemacht hat. Es wurde groß beworben. Wir waren an die 1000 Menschen am Odeonsplatz und von diesen 1000 Menschen waren geschätzt 700 Menschen jüdisch, aus der jüdischen Gemeinde in München. Es gab kaum Unterstützung, kaum Solidarität, kein Black Lives Matter, wo Leute die Stadt komplett befüllen. Das Ganze ist mehrfach passiert und es wurde immer weniger. Dann gab es aber eine Solidaritätsbekundung gegen rechts in München [...] da waren 30.000 Menschen [...]. Es gibt einerseits Hoffnung, wo man sagt, ‚okay, die Menschen gehen auf die Straße gegen rechts, damit ja auch gegen Antisemitismus. Aber warum gehen diese Leute, wenn man das Ganze nennt, gegen rechts auf die Straße, aber wenn man es gegen Antisemitismus nennt, traut sich keiner.‘ Es traut sich auch keiner, wenn man für Israel eine Solidaritätsbekundung macht, weil man will sich nicht, mit Israel will man nicht. Das ist dann doch eben traurig [...], zu sehen, [...] für uns stehen wir halt doch sehr oft alleine da. Und für uns meine ich nicht für Israel, sondern für uns deutsche Juden.“

Dadurch entsteht das Bild eines zwar engagierten, aber gesellschaftlich isolierten und nicht ausreichend wirkmächtigen Verbündeten. Diese symbolische Unterstützung – so wertvoll sie auch empfunden wird – reicht allein nicht aus, um ein umfassendes Gefühl von Sicherheit im Alltag zu vermitteln.

3.4.2. Individuelle Ressourcen, Umgangsweisen und Strategien

Mit Blick auf die individuellen Bewältigungsstrategien der Interviewpersonen lässt sich zwischen spontanen emotionalen Reaktionen auf die Ereignisse und eher planvoll entwickelten Strategien unterscheiden. Die emotionalen Reaktionen zeigen ein breites Spektrum an Bearbeitungsweisen, die sowohl psychodynamische als auch gesellschaftlich erlernte Muster widerspiegeln.

Emotionaler Umgang

Verdrängung/Ausblendung von Antisemitismus (vor dem 7. Oktober – danach unmöglich): Einige IP beschreiben, wie sie oder ihre Familienangehörigen vor dem 7. Oktober die Existenz von Antisemitismus in ihrem Alltag nicht wahrnahmen, ausblendeten oder verdrängten. Erst die massiven antisemitischen Reaktionen im Zuge der Ereignisse brachten eine ernüchternde Konfrontation mit der Realität.

IP3: „Also wir hatten niemals Kontakt mit Antisemitismus. Also zumindest in der letzten Zeit, meine Eltern vielleicht irgendwann früher, aber was ich mitbekommen habe, meine gesamte Familie, wir hatten nie irgendwie großartig Kontakt damit.“

Des Weiteren schildert die IP3, dass sie ihre jüdische Identität nicht in der Öffentlichkeit zeigt, denn „man will nicht die falsche Aufmerksamkeit auf sich lenken“, sie schildert, dass es nach dem 7.10. „gefühlte unmöglich“ geworden ist.

IP3: „So ist es halt ziemlich sicher für mich...Aber ich denke mal, wenn man jetzt in der Gemeinde ist, die weniger Securities hat oder mit einer Kippa rumläuft oder in der falschen Schule ist, kann es schon kritisch sein.“

Auch IP28 beschreibt, wie der 7. Oktober 2023 eine tiefgreifende Veränderung in der Wahrnehmung von Antisemitismus innerhalb der eigenen Familie ausgelöst hat. Die zuvor verbreitete Vorstellung, dass Antisemitismus in Deutschland kaum mehr existiere, sei durch die Ereignisse dieses Tages erschüttert worden:

IP28: „Das hat für viele, irgendwie habe ich das Gefühl, sehr viel, sehr viel nochmal verändert, wie man sich selber sieht, wie, also ich glaube z.B. auch vielen war das weniger bewusst, aber meine Schwester z.B. hatte vorher immer das Gefühl, Antisemitismus gibt es ja gar nicht oder gibt es ja kaum und hat das auch jetzt erst nach dem siebten Oktober viel mehr empfunden und dass da was aufgebrochen ist und dass Leute sich trauen andere Sachen zu sagen als früher und anders zu handeln und das, ja, also da würde ich schon sagen, dass das viel, viel nochmal verändert hat.“

Bagatellisierung („nicht so gemeint“): In einigen Fällen zeigen IP die Tendenz, antisemitische Äußerungen oder Handlungen herunterzuspielen. Dies kann eine Schutzstrategie sein, um den psychischen Schmerz zu minimieren oder soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten. Dabei wird häufig angenommen, dass man „es nicht so gemeint“ oder man „eigentlich nichts gegen Juden“ habe.

IP3: „Dann einmal z.B., ich glaube, es war irgendwie vor der Turnhalle, hat ein Freund irgendwie so, ich glaube irgendwas gesagt, so einen antisemitischen Witz oder sowas. Eigentlich ein Freund von mir, aber ist ihm mehr so rausgerutscht und der hat sich dann auch entschuldigt, also eigentlich direkt entschuldigt und ja, ich vermute mal, wahrscheinlich sage-, sagen, machen, machen halt nicht-jüdische Leute manchmal so antisemitische Witze da, Witze ja, ist bei den Juden so, aber mehr so aus Spaß. [...] Ich glaube, die meisten Leute, die wollen gar nicht, die sind gar nicht irgendwie so krass gegen Juden oder das Judentum. Die wollen einfach nur so, dass da nicht so ein großes Thema ausgemacht wird.“

Emotionaler Rückzug: Einige IP beschreiben einen Rückzug auf emotionaler Ebene, der mit einer zunehmenden inneren Verslossenheit einhergeht. Gefühle werden entweder nicht mehr bewusst zugelassen oder sind schwer zugänglich.

IP7: „Grundsätzlich schätzen mich aber Menschen in meinem Umfeld ein, dass ich jemand bin, der emotional verschlossener wird und von daher tue ich mir auch schwer, da gewisse Emotionen quasi wirklich jetzt mit dem, mit dem 7.10, zumindest mich daran zu erinnern, was seitdem in der Zwischenzeit einfach passiert ist.“

Spaltung: Ein weiteres Muster stellt die kognitive Abspaltung dar: Die Bedrohung wird bewusst von anderen Lebensbereichen getrennt, um handlungsfähig zu bleiben – etwa im beruflichen Kontext.

IP8: „When I had, for example, deadlines in work, I just did kind of a separation in my brain. I didn't want all this situation to damage also that I would lose my job or everything. So I did a separation in my brain.“

Fatalismus: Einige Interviewpartner:innen beschreiben eine resignative Haltung gegenüber Antisemitismus: Er wird als dauerhafte gesellschaftliche Realität erlebt, gegen die es – so der Eindruck – kaum wirksame Mittel gibt. Dabei erscheint es manchen unwahrscheinlich, dass überzeugte Antisemit:innen jemals grundlegend ihre Haltung ändern könnten. Ob diese Resignation auf die Überzeugung zurückgeht, dass überzeugte Antisemit:innen prinzipiell nicht erreichbar sind, oder auf die Wahrnehmung unzureichender gesellschaftlicher Gegenmaßnahmen, bleibt in den Aussagen teils offen.

IP1: „[...] es gab ja auch schon immer Antisemitismus und den wird es auch immer geben. Und deswegen, ja, das nimmt man halt so hin.“

Optimismus & Resilienz: Andere reagieren mit einem bewussten Rückgriff auf kollektive historische Stärke. Sie betonen die Überlebensfähigkeit des jüdischen Volkes und verknüpfen ihr

persönliches Durchhaltevermögen mit einem „israelischen Lebensgefühl“, das auch in Krisenmomenten Hoffnung und Lebensfreude bewahrt.

IP12: „But, you know, in the end, the Jews always stayed around. We are one of the most ancient people, ethnicity. And if you look also in the history, the Egyptians that built the pyramids, it's not the Egyptian of right now. The Romans, it's not the same. Romans, the Greeks, it's not the same, but the Jews are the same. It's the same people. We are staying around. And the world tried to do ethnic cleansing already before the Holocaust. So I think that us, as a claim that we will survive it.“

Ernüchterung („Naivität verloren“, „Realistischer geworden“): Für einige IP bedeutete der 7. Oktober eine Art Wendepunkt in ihrem Weltbild. Die Vorstellung, in einer sicheren, freundlichen Umgebung zu leben, wurde durch die Realität antisemitischer Gewalt erschüttert. Sie beschreiben einen Verlust von Naivität und ein stärkeres Misstrauen gegenüber ihrer Umwelt.

IP2: „Wie gesagt, es ist eine Art Blase geplatzt. Man kennt die Geschichten, man weiß alles, oder man hat es direkt von den Großeltern gehört. Aber seitdem ist eine Art Naivität verschwunden. Man geht nicht mehr durch die Welt und denkt, dass alle freundlich und happy sind. Man ist wachsamer geworden, kritischer. Man achtet mehr darauf, man ist quasi ein bisschen wacher geworden.“

Flucht ins Handeln: Einige IP finden Entlastung, indem sie sich bewusst in Arbeit oder gesellschaftliches Engagement stürzen – sei es zur Ablenkung, zur Wiedergewinnung von Selbstwirksamkeit oder um aktiv gegen Antisemitismus vorzugehen.

IP2: „Für mich hat es wirklich am meisten geholfen, mich in die Arbeit zu stürzen und dadurch abzulenken.“

IP24: „Also mein Umgang war halt wie gesagt, dass ich mich einfach jüdische Bubble geflüchtet habe und mich halt auch dann angefangen habe extrem zu engagieren, dass das eigentlich so neben meinem Studium ein großer Hauptbestand meines Lebens ist. Vielleicht auch in irgendeiner Art und Weise sich so ein bisschen selbstwirksam oder versuchen irgendwie, ja, vielleicht ist es auch für einen selbst viel und irgendwie das Gefühl haben, was zu machen. Aber ja, das hat mir dann auch ein Stück weit geholfen.“

Als **individuelle Ressourcen** werden verschiedene Aspekte benannt:

Religion: Für einige IP stellt die Intensivierung religiöser Praktiken sowie eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Judentum eine zentrale Ressource dar. So wird etwa von Gesprächen mit Rabbinern berichtet oder von einem spirituellen Rückhalt durch jüdische Mystik.

IP1: „Naja, zum einen beschäftige ich mich mit jüdischer Mystik, wie der Kabbala. Das höre ich mir immer sehr gern beim Rabbiner an.“

„Well-being“ Strategien (Sport, Meditation, „etwas für sich tun“): Zahlreiche IP berichten von individuell entwickelten Strategien zur Förderung des körperlichen und seelischen Wohlbefindens. Zeit für sich selbst, Selbstverbot des übermäßigen Konsums von Social Media zu dem Thema 7.10. und Gaza-Krieg, Sport, Meditation oder andere Hobbys werden gezielt eingesetzt, um Stabilität zu erhalten.

Gespräche mit Freund:innen oder mit vertrauten Personen, in denen Sorgen geteilt und ausgetauscht werden können, stellen eine häufig genannte Ressource dar. Das Grundgefühl der Reziprozität bzw. der Annahme „Du weißt schon, wie ich es meine“, „Ich weiß schon, wie Du es meinst“ und das Gefühl, verstanden zu werden, wirken entlastend.

Die eigene Familie wird von vielen IP als Quelle von Sinn und Kraft beschrieben. Gleichzeitig kann sie auch Anlass zur Sorge sein, etwa in Bezug auf die Sicherheit von Angehörigen – wodurch sie eine ambivalente Ressource bleibt.

Jüdische Gemeinschaft und Geschichte dient als Ressource von Resilienz und Hoffnung, aber auch zuweilen als Ort des Rückzugs, wobei die IP sich dabei nach dem 7.10. häufig auf die weltweite jüdische Gemeinschaft beziehen.

IP7: „Die Zugehörigkeit zum jüdischen Volk, welches eigentlich auf der ganzen Welt, also in der ganzen auf der ganzen Welt auch zu Hause ist natürlich und damit auch weltweit eben Menschen zu haben, Jüdinnen und Juden zu haben, mit denen man auf ganz besondere Art und Weise eben auch verbunden ist.“

Familiäre Narrative, Deutungsmuster und Strategien stellen ebenfalls bedeutende Bewältigungskontexte dar. Sie reichen von Verdrängung bis hin zu empowernden Strategien.

Familiäre Verdrängung: Ein dominantes Narrativ besteht dabei darin, dass es nach 1945 keinen Antisemitismus mehr im großen Ausmaß bzw. in der unmittelbaren Nähe gebe – oder zumindest, dass niemand in der Familie je davon unmittelbar „richtig“ betroffen gewesen sei, obwohl es konkrete Vorfälle immer wieder gegeben hat.

Resignative Akzeptanz: Einige IP berichten, dass innerhalb der Familie Antisemitismus als permanente Realität akzeptiert und sogar normalisiert wird – jedoch ohne damit verbundene Handlungsstrategien.

IP28: „Also ich glaube, es gibt Akzeptanz, ja, also Fatalismus so, also gerade jetzt auch weil meine Großeltern in Deutschland geblieben sind, die haben auch klar gesehen, dass es immer noch dann gab und dass Antisemitismus jetzt nicht auf einmal verschwunden ist nach 45. Aber ich glaube eine gewisse Akzeptanz, Akzeptanz [dass es Antisemitismus gibt].“

Nie wieder Opfer sein: In diesem Narrativ geht es um Wehrhaftigkeit, Stolz und eine starke, sichtbare jüdische Identität. Es betont auch die Bedeutung Israels und das aktive Eintreten für jüdische Interessen. Unter anderem wird davon berichtet, dass es gerade aus der familiären Geschichte des Verdeckens jüdischer Identität in der Zeit des Nationalsozialismus oder unmittelbar danach heraus als Pflicht erlebt wird, gerade sichtbar in der Öffentlichkeit jüdisch zu sein, obwohl es mit Gefahr verbunden werden kann.

IP35: „Ich bin dann [...] manchmal auch ganz bewusst so ein bisschen naiv. [...] Weil wenn ich jetzt schon anfange, mich zu verstecken, dann kann ich eigentlich gleich gehen, denke ich mir [...]. Also deswegen ist eigentlich das Ganze, also das Verstecken ist für mich generell keine Option. Ich glaube auch gerade, weil ich vielleicht aus einer Familie komme, wo das Ganze wirklich komplett totgeschwiegen wurde und ich vielleicht auch gerade deswegen so aus Rebellion gegenüber meiner eigenen Familie das Gefühl habe, ich muss es um jeden Preis praktisch irgendwie nach außen tragen.“

Als **familiäre Strategien** wurden berichtet:

Rechtzeitige Flucht und Auswanderung als individuelle Überlebensstrategie; **Verbergen der jüdischen Identität**, z. B. durch das Abnehmen von Symbolen (Mesusa⁸⁶, Davidstern) oder Anpassungen im digitalen Raum; **Aktives Entgegenreten** im Sinne des „Nie wieder Opfer sein“-

⁸⁶ Die Mesusa ist ein kleines Behältnis mit einem Pergamentstreifen, auf dem zentrale jüdische Gebete stehen; sie wird traditionell von Jüdinnen:Juden an Türrahmen in Wohnungen angebracht.

Narrativs, einige Familien engagieren sich offensiv – durch Schreiben an Lehrkräfte oder aktives Eingreifen bei Vorfällen.

IP29: „Also jedes Mal, wenn sie [ihre Mutter] irgendwas von uns gehört hat, dass irgendwas in der Schule passiert ist oder so, hat sie dann direkt Briefe und alles an die Lehrer geschrieben [...] und ist dann auch über eine Sprechstunde gegangen und so.“

Individuelle Strategien lassen sich unterteilen in folgende Kategorien:

Aufklären & Erklären: Viele IP beschreiben Aufklärungsversuche über Antisemitismus – oft als ermüdend oder „Kampf gegen Windmühlen“. Es wird zunehmend abgewogen, ob Aufklärung im Einzelfall sinnvoll erscheint.

IP30: „Da wird den Leuten, den Kindern erklärt mit den Eltern, warum das so falsch ist. Es wird versucht Nähe zu zeigen, ganz bewusst Nähe zu zeigen, zu sagen: ‚Hey, schau mal, wir sind ja alles Juden, die du hier gerade hast. Vor dir sitzen Kinder, so wie wir. Wir reden ganz normal mit dir, wir können ganz normal mit dir spielen. Wir sind ganz normale Leute, wie deine Eltern, die Kinder, mit denen du in den Kindergarten gehst oder in die Schule, wir sind gar nicht anders.‘“

Kämpfen & Konfrontieren: Diese Strategie zeigt sich im bewussten öffentlichen Engagement: Organisation von Demonstrationen, Teilhabe in jüdischen und politischen Gruppen, Stolz auf jüdische Identität, klare Gegenrede.

IP15: „Und das sind so Sachen, du traust dich nicht mehr wirklich öffentlich was dazu zu sagen. Du machst dich klein. Und das ist halt immer das Problem, was ich halt hatte und auch wo ich mit vielen Freunden immer aneck, weil viele zufällig sagen, ‚ja, aber du hast ja recht, aber irgendwie, das macht doch alles keinen Sinn und das ist doch alles für den Arsch.‘ Wo ich immer sage, ‚ja, aber wir haben halt immer noch eine Stimme und noch ist es halt nicht gekippt.‘ Und ich finde schon was, jeder muss halt sein Maul aufreißen.“

Einige IP zeigen auch praktische Handlungsmuster. IP11 begann, stets spezielle Utensilien bei sich zu tragen, um evtl. antisemitische Sticker besser entfernen zu können. IP18 versuchte mit Freund:innen ins Gespräch zu kommen und ihre Beweggründe für antisemitische Postings zu hinterfragen.

IP18: „Ich habe gesagt: ‚Okay, kannst du mir erklären, wieso du das postest oder was ist der Hintergrund, hast du dich informiert?‘“

Intersubjektivität erzwingen gegen manichäisches Weltbild („kill them with kindness“). Diese Strategie zielt auf Menschlichkeit und Verbindung in zwischenmenschlichen Situationen – als Gegenmodell zur entmenschlichenden Logik des Antisemitismus. Es geht um das Bedürfnis, als (guter) Mensch anerkannt zu werden. Die Hoffnung, durch persönliche Offenheit Empathie zu erzeugen, motiviert einige Interviewpersonen dazu, ihre individuelle Betroffenheit sichtbar zu machen – auch dann, wenn sie selbst keine starke emotionale Verbindung zu Israel haben. So versucht etwa IP6, über geteilte Emotionen Solidarität zu erzeugen. Sie sprach mit ihren nichtjüdischen Freund:innen darüber, wie es ihr geht und was der 7. Oktober (sogar) mit ihr macht – gerade weil sie keine enge Beziehung zu Israel hat. Auf diese Weise wollte sie verdeutlichen, wie real und folgenreich die Ereignisse sowohl für Israelis als auch für jüdische Menschen in Deutschland sind. Auch IP9 macht deutlich, dass sie das Recht auf eine eigene, identitätsgebundene Deutung des Nahostkonflikts einfordert – als legitime Perspektive jüdischer Erfahrung. Sie zeigte Verständnis für die Sichtweise ihres Gegenübers, das aus

emotionaler Verbundenheit und identitärer Zugehörigkeit (vermutlich zu Palästina bzw. dem Islam) argumentierte. Gleichzeitig forderte sie im Gegenzug Anerkennung für ihre eigene Situation als Jüdin – und damit für die Pluralität von Betroffenheit und Perspektiven. IP23 beschreibt ihr Vorgehen der radikalen Freundlichkeit, das negativen bzw. antisemitischen Zuschreibungen konsequent Gutes im Handeln entgegensetzt – unter dem Stichwort: „kill them with kindness“.

IP23: „Kill them with kindness. So there was a student I met. She was Muslim. And when I told her I'm from Israel, she was not so happy. She thought, I'm German. When I told her I'm from Israel, she was not so nice to me, but I was always nice and including her. And at the end, I complimented. So before we finished working together, I complimented the necklace that she made. And then she made me a necklace, which was so nice, I still wear it sometimes. Not right now, because I'm home. Just be a nice. Yeah, just be nice. And if someone wants to argue, I just walk away, because I'm not gonna change anyone's opinion by arguing, but rather just by being a good person.“

Vermeiden & Verstecken: Zu den Umgangsweisen des Vermeidens und Versteckens zählen sowohl freiwillige als auch erzwungene Formen der Selbstverleugnung in Bezug auf die jüdische bzw. israelische Identität. Dazu gehört das bewusste Meiden von riskanten Themen oder konkreten sozialen Situationen, ebenso wie das Verstecken sichtbarer jüdischer Symbole (z. B. Davidstern, Mesusa) aus Gründen des Selbstschutzes. Teilweise berichten IP auch davon, dass ihnen von Anderen (z. B. Familienangehörigen) geraten wurde, sich zu verstecken oder vorsichtiger aufzutreten. In einigen Fällen wird sogar die Auswanderung als mögliche Option thematisiert. Vermeidung kann sich auf verschiedene Weisen ausdrücken: Entweder wird das Thema „7. Oktober“ insgesamt ausgeblendet – insbesondere im digitalen Raum, etwa durch das Deaktivieren von Social Media-Accounts – oder Gespräche über Antisemitismus werden bewusst vermieden, etwa durch Themenwechsel oder Rückzug aus der Situation.

IP3: „Ich habe mich einfach nicht damit auseinandergesetzt.“

IP6: „Also mir hat das sehr geholfen, mein Instagram auszumachen, meinen Alltag weiterzuleben.“

Auch ein Rückzug in die Familie und/oder jüdische Community sowie in „trusted circles“ von auch nichtjüdischen Freund:innen zählt zum vermeidenden Umgang.

IP14: „Ich glaube, eine Strategie ist, sich in einen ‚trusted circle‘ zurückzuziehen, also in einen Kreis von Leuten, bei denen man weiß, dass sie einem wohlgesonnen sind.“

IP29: „Ich habe irgendwie eingesehen, dass man nur mit anderen jüdischen Leuten wirklich sich darüber austauschen kann. Also ich finde, natürlich ist es wichtig, auch Leute aufzuklären und alles Mögliche, aber ich weiß nicht, ich glaube, ich müsste mich auch viel mehr informieren und viel mehr into it sein. Und ich habe halt keine Ahnung, irgendwie nach einer Zeit konnte ich das auch nicht mehr und hatte auch nicht mal wirklich die Zeit dafür, das die ganze Zeit alles anzuschauen und alles mitzuverfolgen und so. Und dann habe ich auch ein bisschen Angst bekommen, in so Diskussionen reinzukommen, weil ich halt auch an einem bestimmten Punkt halt einfach Angst hatte, dass ich einfach nicht mehr weiß, was ich sagen soll und so. Und deswegen, keine Ahnung, vielleicht habe ich mich dann so, was das angeht, vielleicht bisschen zurückgezogen.“

Die jüdische Identität wird in vielen Fällen zunehmend versteckt. Dies zeigt sich etwa im Abnehmen oder nach innen Hängen der Mesusa, der Änderung von Namen in Apps oder dem bewussten Verzicht darauf, Hebräisch in der Öffentlichkeit zu sprechen. Auch der Besuch jüdischer Orte und Veranstaltungen wurde in diesem Zusammenhang reduziert oder ganz vermieden. In einigen Fällen geht das Verhalten über das bloße Verstecken hinaus: Bei der aktiven (Selbst-)

Verleugnung wird nicht nur verschwiegen, sondern sogar abgestritten, jüdisch zu sein – entweder „freiwillig“ aus Angst vor Konsequenzen oder infolge äußeren Druckes. So berichten IP beispielsweise von Vorgesetzten, die aus Gründen der „Konfliktvermeidung“ am Arbeitsplatz dazu aufgefordert hätten, ihre Zugehörigkeit nicht offenzulegen.

Erweiterte Sicherheitsmaßnahmen: Neben diesen Maßnahmen des Blending-In werden zum Teil weitergehende Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Dazu zählen etwa das Meiden öffentlicher Verkehrsmittel, das gezielte Recherchieren zu legalen Möglichkeiten der Bewaffnung sowie die ernsthafte Erwägung von Auswanderung. Interessanterweise wird nicht nur Israel als mögliche Zuflucht genannt (teilweise ist die Auswanderung bereits erfolgt), sondern auch andere Länder, wie z. B. Ungarn (IP21).⁸⁷

Zwischen Stolz und Angst – ambivalente Sichtbarkeit jüdischer Identität: Ein zentrales Dilemma, mit dem sich viele Interviewpersonen konfrontiert sehen, besteht im Spannungsfeld zwischen Stolz und Angst. Diese gegensätzlichen Gefühle stehen in einem inneren Widerstreit, wobei in der Regel das Sicherheitsbedürfnis überwiegt und das konkrete Handeln bestimmt. Diese Dynamik hat nicht nur Auswirkungen auf das individuelle Leben, sondern auch auf die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Deutschland insgesamt. Die Unsichtbarmachung jüdischer Identität beeinflusst möglicherweise auch die gesellschaftliche Wahrnehmung und kann – mittelbar – antisemitische Einstellungen begünstigen oder Hemmungen verstärken, diesen aktiv und solidarisch entgegenzutreten.

IP29: „Eigentlich würde ich am liebsten irgendwie noch stolzer drauf sein und noch offener damit umgehen und denen halt einfach zeigen, dass ich da bin und dass wir alle da sind und dass man uns nichts anhaben kann und dass wir kämpfen so lange wie wir können und dass wir uns nicht aufgeben und so. Und natürlich ist es dann umso wichtiger, so seine schöne Identität beizubehalten und sich nicht zu verstecken und sowas. Aber es ist halt auch einfach schwierig, weil so gegenüber steht halt einfach die Angst, dass man halt nicht genau weiß, was halt passieren kann, wenn man sich jetzt dazu äußert oder wo man, keine Ahnung, offener damit umgeht oder was weiß ich. [...] Ich wünschte, ich könnte irgendwie noch selbstbewusster sein, aber irgendwo hat man auch irgendwie Angst.“

IP22: „Also grundsätzlich eigentlich ist man jetzt noch stolzer auf die Identität. [...] Aber im Sinne von wie man sich-, der Zwiespalt, wie man sich öffentlich jüdisch gibt. Eine Seite ist, man schreckt davor zurück, die andere Seite ist jetzt erst recht. Und je nachdem wo man hinget, ist bei mir entweder das oder entweder das. Und z.B. bei der Arbeit zeige ich jetzt meine jüdische Identität noch mehr, obwohl ich es eigentlich gar nicht bräuchte, weil woanders ist es mir aber gar nicht so wichtig bzw. da bin ich eher mehr reserviert. [...] Es ist halt, ja, also entweder oder.“

Um sowohl dem Bedürfnis, die eigene jüdische Identität selbstbewusst zu leben – was von mehreren IP als zentrale Bewältigungsstrategie nach dem 7. Oktober beschrieben wird – als auch der (re-)aktivierten Angst vor antisemitischer Gewalt gerecht zu werden, wählen viele IP eine Strategie der **Situationsdifferenzierung**. Dabei wird das eigene Jüdischsein kontextabhängig sichtbar oder unsichtbar gemacht: In Alltagssphären, die als (relativ) sicher und/oder individuell bedeutsam empfunden werden, wird jüdische Identität verstärkt und selbstbewusst gezeigt. In anderen Kontexten hingegen, in denen Bedrohung oder sozialer Druck überwiegen, wird auf

⁸⁷ Angesichts des gesellschaftlich weit verbreiteten Antisemitismus in Ungarn wirkt diese Option zunächst abwegig. Von IP21 wird der dortige Antisemitismus jedoch subjektiv als weniger gewaltsam eingeschätzt.

Sichtbarkeit bewusst verzichtet. Besonders deutlich zeigt sich diese Aufspaltung bei zwei männlichen IP (IP 7, IP 30), die in ihrer öffentlichen bzw. beruflichen Rolle explizit als jüdisch auftreten, im privaten oder alltäglichen Leben jedoch keinesfalls als jüdisch erkennbar sein möchten, wenn sie sich im öffentlichen Raum bewegen.

Reaktionen auf Sichtbarkeit und Engagement: Die Entscheidung, sichtbar zu sein oder sich öffentlich zu äußern, ist häufig mit negativen Reaktionen verbunden. Viele IP berichten, dass selbst wohlwollende oder dezidiert nicht-konfrontative Beiträge – etwa das Eintreten für die Freilassung der Geiseln – massiven Gegenreaktionen ausgesetzt waren. Jegliche Form jüdischer oder israelbezogener Sichtbarkeit, selbst wenn sie sich nicht explizit zum Krieg äußert oder keine politische Positionierung einnimmt, wird zur Zielscheibe. Engagement wird pauschal als israel-solidarisch oder pro-zionistisch interpretiert und daraufhin verbal oder sozial sanktioniert. Versuche der Verständigung oder Aufklärung stoßen häufig auf Ablehnung, emotionale Abwehr oder aggressive Zuschreibungen. Bei persönlichen Angriffen werden an antisemitischen Feindbildern konturierte Kampfbegriffe wie „Zionist“, „Kolonisator“ oder gar „Genozidbefürworter“ genutzt. Diese stark emotionalisierte Debattenkultur lässt kaum Raum für Differenzierung. Selbst sachliche Richtigstellungen – etwa nach medialen Falschmeldungen – kommen beim Gegenüber nicht mehr an.

3.5. Folgen

Der 7. Oktober war – wie eingangs beschrieben – für viele Interviewpersonen eine Art **Epiphanie**: ein schlagartiger, lebensverändernder Erkenntnismoment⁸⁸, dessen Auswirkungen sich durch den in der Folge massiv angestiegenen Antisemitismus weiter verstärkten. Dieser neue Antisemitismus knüpft in vielen Fällen an biografisch frühere Erfahrungen der IP an und entfaltet gerade in dieser Verbindung seine volle Wirkungskraft. Die aktuellen antisemitischen Erfahrungen schaffen eine **unzumutbare Alltagskulisse**, geprägt von unterschiedlichen Formen von Gewalt – verbal, symbolisch, sozial oder physisch. Diese verdichten sich für viele Betroffene zu einem permanenten Gefühl der Bedrohung, zu einer Erlebnisfigur des Antisemitismus als „**unsichtbare Gefahr**“. Diese verweist auf die Ambivalenz, mit der viele IP ringen: Auf der einen Seite steht die Angst, „paranoid“ zu wirken oder anderen unrecht zu tun; auf der anderen Seite steht die reale, vielfach bestätigte Erfahrung von Ausgrenzung und Bedrohung. Dieses Spannungsverhältnis wirkt sich negativ auf das Selbstbild aus und erschwert die Entwicklung eines stabilen Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühls. Diese innere Zerrissenheit spiegelt sich auch in den individuellen Bewältigungsstrategien wider, die zwischen aktivem Engagement und völliger Rückzugsbewegung oszillieren. Sie sind geprägt vom bereits beschriebenen Dilemma zwischen Stolz und Angst – ein Dilemma, das insgesamt zu einer noch stärkeren Verdeckung jüdischer Identität sowie ihre Verdrängung aus der Öffentlichkeit führt als vor dem 7. Oktober. Die emotionalen und psychosozialen Folgen sind tiefgreifend: **Gefühle von Verzweiflung, Ohnmacht, Isolation, Traurigkeit, Gelähmtheit** und anhaltendem Stress stehen neben Momenten von **Wut, Stolz und dem Bedürfnis nach Handlung und Sichtbarkeit**. Verstärkt wird die Belastung durch das häufig als empathielos empfundene Verhalten des Umfelds sowie durch den ständigen

88 Vgl. Denzin 1989; Denzin 2017.

Rechtfertigungsdruck, dem sich die IP ausgesetzt sehen – sei es im Alltag, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz oder in digitalen Räumen. Diese dauerhafte Belastungssituation kann sich auch klinisch manifestieren – etwa in Form psychischer oder körperlicher Beschwerden. Darüber hinaus beeinträchtigt sie zentrale Lebensbereiche: das Gefühl gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Identität, freundschaftliche und familiäre Beziehungen, das Sicherheitserleben, das Berufsleben sowie die langfristige Lebens- und Zukunftsplanung.

3.5.1. Psychische und körperliche Gesundheit

Die jungen jüdischen Münchner:innen im Alter von 18 bis 35 Jahren berichten von vielfältigen psychischen und körperlichen Belastungssymptomen, die sie in direktem Zusammenhang mit dem Antisemitismus nach dem 7. Oktober sehen. Genannt werden unter anderem: **Bauchschmerzen, Konzentrationsprobleme, depressive Episoden, Burnout, Symptomatiken einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), Panikattacken, Schlafstörungen, Alpträume, Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit, emotionale Gelähmtheit, ein Gefühl anhaltender Traurigkeit sowie Ängste, verfolgt oder angegriffen zu werden** – bis hin zu der daraus resultierenden **Schwierigkeit, überhaupt das Haus zu verlassen**.⁸⁹ Diese Symptome traten bei vielen IP in der Folge des 7. Oktobers auf, haben sich seither teils verstetigt, weil die IP von den Bildern des 7.10. weiterhin „verfolgt“ (IP28) werden, oder angesichts des zunehmenden Antisemitismus weiter verschärft. Die psychischen und körperlichen Reaktionen sind Ausdruck eines anhaltenden Stresserlebens, das sich nicht auf Einzelereignisse beschränkt, sondern als chronischer Zustand beschrieben wird. IP1 schildert seine Verfolgungsangst:

IP1: „Ja, ich hatte Angst, hier in Deutschland angegriffen zu werden. Und ich hatte auch einmal das echte Gefühl, dass ich beim Joggen von einem muslimischen Menschen verfolgt wurde. Ich hatte richtig Angst, dass ich hier angegriffen werde, dass Leute kommen und mich hier abstechen.“

Diese Aussage ist eine Momentaufnahme einer individuellen Angstreaktion in einem Zustand hoher psychischer Belastung. Sie macht deutlich, wie sich das Sicherheitsempfinden in alltäglichen Situationen – unabhängig von objektiven Gefahrenlagen – verändern und an stereotype Zuschreibungen heften kann, wenn zuvor erlebte Bedrohungen und gesellschaftliche Spannungen internalisiert werden.

Alpträume wurden von mehreren IP explizit im Zusammenhang mit dem 7.10. erwähnt. Auch der Publizist und Shoah-Überlebende zweiter Generation Richard Schneider greift dieses Motiv auf, wenn er schreibt: „Die jüdischen Alpträume sind zurück. Überall, die Erfahrungen von Generationen. Der Schock weckt die Erinnerungen an alle überwunden geglaubten Traumata – an die des KZ, die Flucht, die Vergasungen, die Erschießungen und Vertreibungen.“⁹⁰ Die Formulierung verweist auf ein kollektives Wiederaufbrechen transgenerationaler Traumata, das sich durch die Ereignisse vom 7. Oktober in das gegenwärtige jüdische Erleben eingeschrieben hat.

⁸⁹ Eine potenzielle IP hat infolge massiver Anfeindungen und Bedrohungen nach dem 7.10 an ihrer Fakultät das Studium abgebrochen, ist schwer chronisch erkrankt und wandert nun nach Israel aus. Mit ihr wurde ein Gespräch nach dem Ende der Datensammlung, ein Tag vor ihrer Auswanderung geführt, das hier nicht aufgenommen wurde.

⁹⁰ Der Spiegel 2023.

IP3 berichtete, seinen letzten Albtraum nur wenige Tage vor dem Interview erlebt zu haben. Ein zentrales Motiv, das sich in den Träumen vieler Interviewpersonen wiederfindet, ist das Getötetwerden oder das Miterleben der Ermordung anderer – häufig begleitet von einem Gefühl des Ausgeliefertseins oder einem verzweifelten Überlebenskampf. Auffällig ist zudem, dass ähnliche Traumotive bereits in den Erzählungen von Angehörigen der zweiten und dritten Generation von Shoah-Überlebenden vor dem 7. Oktober zu finden sind. Berichtet wurden bereits in anderen Studien wiederkehrende Szenarien von Flucht, Gefangenschaft, Verstecken und der Notwendigkeit, unsichtbar zu bleiben oder andere zu retten – Motive, die auch im wachen Bewusstsein präsent seien.⁹¹ In der Reaktivierung dieser Traumata im Kontext des 7. Oktober zeigt sich eine Fortsetzung transgenerationaler Erfahrungen der Bedrohung, die durch aktuelle Gewalt- und Angstlagen aktualisiert werden.

IP27: „I think that a few times that someone is getting killed or that I am going to be killed.“

IP19: „Ich hatte ganz schlimme Albträume, dass meine Tochter beim Nova Festival war und dass sie als Geisel genommen wurde in Gaza und dass wir sie befreien müssen. Und ich glaube, keine Mutter der Welt möchte sich das ausmalen. Und das war natürlich nur ein Traum, aber es hat mich sehr, sehr traumatisiert.“

IP30: „Das sind auch die Bilder, die man eben mehrere Wochen konsumiert hat und Videos, die verarbeitet man halt und dann träumt man auch davon. Egal, ob man jetzt selbst plötzlich bei dem Terrorangriff dabei ist und loslaufen muss, oder ob man einfach das noch mal sieht, was man selber sich schon angeschaut hat. Oder auch von den Geiseln, von den Geiseln träumt, wie es denen gerade geht, wo sie gerade sind.“

Im Zusammenhang mit den Erzählungen über Albträume beschreiben einige Interviewpartner:innen auch das Phänomen eines nächtlichen Schreis, durch den sie oder ihre Familienmitglieder abrupt aus dem Schlaf gerissen werden. Besonders eindrücklich sind in diesem Zusammenhang die Schilderungen von IP11: Sie berichtet, dass dieser für sie zunächst unerklärliche Schrei bereits vor dem 7. Oktober aufgetreten sei, längere Zeit aber ausgeblieben war, durch die Ereignisse jedoch gewissermaßen „reaktiviert“ wurde. Bei IP12 trat ein solcher Schrei das erste Mal nach dem 7.10. auf. Diese Erfahrungen erinnern an die **Nachwirkungen des transgenerationalen Traumas** bei Kindern von Shoah-Überlebenden, die die Psychoanalytikerin Ilany Kogan in ihrem Buch „Der stumme Schrei der Kinder“ beschreibt.⁹² Leerstellen und „schwarze Löcher“ werden dabei mit unbewussten Phantasien gefüllt und können bedrohliche Alltagsängste, Rückzug oder Depressivität zur Folge haben. Unsere Interviewpartner:innen gehören zwar nicht der zweiten, größtenteils aber der dritten (und teilweise der vierten) Generation an.

Doch nicht nur auf den Schlaf, sondern auch das Alltagsleben hatte der 7.10. weitreichende Auswirkungen. IP15 berichtet eindrücklich von den **Einschränkungen seiner Arbeitsfähigkeit** und der Verdachtsdiagnose einer **PTBS**.

⁹¹ „Und dazu gehören auch die Albträume, die die Shoah-Überlebenden, aber auch ihre Nachkommen in zweiter und dritter Generation kennen. Die Szenarien ähneln sich: auf der Flucht, in geschlossenen Räumen, in Gefangenschaften oder im Versteck sein. Man spürt die Gefahr, man wird gestoppt, muss sich oder Andere retten, man muss ausbrechen, man muss sich unsichtbar machen, man weiß nicht, wem man trauen kann, man muss etwas riskieren, man muss fliehen, aber wenn es nicht gelingt, muss man sich gut verstecken können, keinen sichtbaren Platz einnehmen. Wiederum eine Enkelin von Shoah-Überlebenden ist müde von solchen Träumen, über die sie lange gar nicht gesprochen habe, damit nicht der Eindruck erweckt werde, sie sei verrückt. Die Traumotive, fliehen oder sich verstecken zu müssen, sind auch durchaus im wachen Bewusstsein verankert.“ (Bernstein 2023, S. 84).

⁹² Kogan 1989.

IP15: „Ich war im Oktober, November, Dezember, ich war gar nicht mehr arbeitsfähig. Also ich war auch nicht mehr ansprechbar. Ich habe dann einfach mitten im Gespräch mit Leuten zu heulen angefangen und sowas. Also ich konnte auch nicht mehr arbeiten und nichts. [...] Also ich habe echt so das Gefühl, ich hätte eigentlich so eine posttraumatische Belastungsstörung, wenn ich das so von meinen Jungs höre, die in der Armee waren, wenn die mir das erzählen, das fühlt sich sehr, sehr ähnlich an. Also ich bin auch sehr schnell aus, fertig. Also ich kann mich auch, ich habe nicht mehr diese Energie, die ich davor hatte. Das heißt, ich bin sehr schnell quasi an meinem Limit und das kann ich normalerweise von 100 % auf 200 % für die Zeit schalten. Jetzt ist es so, ich bin bei 60 %, manchmal bei 80, aber 100, da bin ich schon ich dann am Kämpfen und wenn ich dann bei 100 bin und es wird 110, dann breche ich schon zusammen und das ist was, das kenne ich von mir z.B. gar nicht.“

IP11 entwickelte im direkten Zusammenhang mit Antisemitismus nach dem 7.10. Symptome, die sie selbst als „fast **Burnout**“ deutete. Sie konnte zeitweise nicht mehr zur Arbeit gehen und stand kurz davor, ihr Studium nicht abzuschließen. IP13 spricht von einer anhaltenden Traurigkeit, die er selbst bereits als mögliche **Depression** einordnet, wobei er jedoch bislang keine psychotherapeutische Unterstützung in Anspruch genommen hat. Bei IP15 wiederum wird die Belastung von ihm selbst und seinem Umfeld als mögliche posttraumatische Belastungsstörung (**PTBS**) gedeutet. IP18 beschreibt, wie der Anschlag auf das israelische Konsulat bei ihm starke **Bauchschmerzen** auslöste.⁹³ IP13 berichtet, der dauerhafte Stress habe sich auch physisch bemerkbar gemacht – durch **Schlaflosigkeit, körperliche Erschöpfung** und das plötzliche Auftreten zahlreicher **grauer Haare**, was ihn selbst überrascht habe. Auch Freund:innen vom IP13 hätten bei sich ähnliche, teils unerklärliche körperliche Veränderungen beobachtet, die sie mit den Belastungen nach dem 7. Oktober in Verbindung bringen.

3.5.2. Lebenspraktische Folgen

Die Nachwirkungen des 7. Oktober hatten bereits spürbare und teils gravierende Auswirkungen auf die Lebensrealität der Interviewten. IP15 sah sich – wie viele jüdische Gastronom:innen in Deutschland⁹⁴– gezwungen, sein Restaurant zu schließen. IP14 entschied sich, den Kauf eines Hauses kurz vor der Vertragsunterzeichnung doch nicht abzuschließen. IP19 hat den Plan zur Gründung einer gemeinsamen Selbstständigkeit aufgrund von antiisraelischen Postings des vorgesehenen Geschäftspartners auf Eis gelegt und steht deshalb vor einer noch unklaren beruflichen Zukunft. IP20 ist in der Folge nach Israel ausgewandert, während IP13 aufgrund der Sicherheitslage mit seiner Familie früher als geplant von Israel nach München auswanderte. Auch IP22 war massiv betroffen: Sie stand kurz davor, ihre Bachelorarbeit aufgrund psychischer Belastungen nicht abschließen zu können. Besonders drastisch schildert IP11 die Situation an ihrer Universität: Antisemitische Poster, Sticker und Parolen im Gebäude, auf Laptops von Kommiliton:innen sowie direkte Anfeindungen und Bedrohungen führten schließlich dazu, dass ihr der weitere Besuch der Universität unmöglich wurde.

IP34 und IP35 berichten davon, wie sich ihre asymmetrische Abhängigkeit von Vorgesetzten auf das Erleben antisemitischer Situationen auswirkt. IP34 schildert, dass ihr Vorgesetzter, nachdem er von ihrer jüdischen Identität erfahren hatte, sie fragte, ob er nun Israel nicht mehr

93 Etwa die Hälfte der Interviews wurde vor dem Anschlag durchgeführt.

94 Vgl. Zeit Magazin 2024; vgl. zu Frankfurt a.M. Die Welt 2023; zu Berlin Jüdische Allgemeine 2024; zu München Deutschlandfunk Kultur 2016.

kritisieren dürfe. In diesem Moment wurde für sie die berufliche Hierarchie besonders spürbar – eine offene Gegenrede erschien ihr angesichts des Machtgefälles nicht möglich. Sie entschied daraufhin, am Arbeitsplatz grundsätzlich weder über Israel noch über das Judentum zu sprechen. Auch IP35 beschreibt eine tiefgreifende Irritation in einer Begegnung mit einer beruflich höher gestellten, anerkannten Person aus dem Berufsfeld, in dem sie sich selbst in Zukunft etablieren möchte:

IP35: „Und da kamen ja dann halt auch einfach extreme Aussagen, so nach dem Motto, Israel sei, also das ganze israelische Volk sei eigentlich psychisch erkrankt aufgrund des Traumas und das wäre quasi auch die Ursache allen Übels jetzt im Nahen Osten⁹⁵, was ich auch ziemlich heftig fand. [...] Und das eben, nachdem er auch gehört hat, dass ich Verwandte in Israel habe. Und der legte dann diesbezüglich halt so richtig los. Und dann stand ich halt auch daneben, wusste natürlich, dass ich rein beruflich ihm absolut untergeordnet bin.“

3.5.3. Veränderte Beziehungen

Die Ereignisse des 7. Oktober und die darauffolgende Welle des Antisemitismus hatten spürbare Auswirkungen auf persönliche Beziehungen. Mehrere Interviewte berichten von belasteten Freundschaften, zunehmender emotionaler Distanz zu Kolleg:innen sowie von Konflikten im engen Familienkreis oder mit nichtjüdischen Lebenspartner:innen. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stand häufig ein divergierendes Erleben der Ereignisse am 7. Oktober und ihrer psychischen sowie identitätsbezogenen Auswirkungen. Die Deutung der Situation erfolgte für viele jüdische Interviewte im Kontext einer kollektiven (Leidens-)Geschichte, an der nichtjüdische Partner:innen und Schwiegerfamilien keinen emotionalen oder biografischen Anteil haben. Das Gefühl, mit den eigenen Ängsten und Erfahrungen nicht ernst genommen zu werden, führte zu Entfremdung oder zur bewussten Vermeidung bestimmter Gesprächsthemen. So wurden Konflikte oftmals dadurch umgangen, dass Themen wie der Nahostkonflikt oder der 7. Oktober vollständig aus dem familiären oder partnerschaftlichen Austausch ausgeklammert wurden.

IP29: „Z.B. mein Freund, der ist halt so, der ist halt deutsch und so und der ist halt, keine Ahnung, der hat in mancher Hinsicht halt eine andere Meinung und so. Und der hat mir da schon zugehört und so, wo ich halt, so am Anfang halt, so ein bisschen was erzählt habe darüber. Und er meinte halt so, ja, ihm tut es schon leid und so, aber, keine Ahnung, Israel hat ja auch das und das gemacht und keine Ahnung. Ich bin dann immer, jedes Mal, wo er halt das angefangen hat, habe ich halt auch gesagt, so: ‚Ja, lass es so, ich will nicht drüber reden, so.‘ Und dann habe ich halt auch dann irgendwann mal einfach aufgehört, über solche Dinge mit ihm zu reden.“

Vereinzelt wurden jedoch auch gegenteilige Erfahrungen geschildert: Einige Interviewpartner:innen betonten das unterstützende und empathische Verhalten nichtjüdischer Partner:innen, das in einer Zeit der Unsicherheit zur Stärkung der Beziehung beitrug. Aber auch innerhalb jüdischer Partnerschaften kam es zu Spannungen, etwa wenn unterschiedliche biografische Bezüge zu Israel oder divergierende Haltungen zu Sichtbarkeit und Sicherheit aufeinandertrafen. So beschreibt IP11 beispielhaft einen Konflikt mit ihrem Verlobten im Kontext einer Demonstration:

⁹⁵ Diese Äußerung ist keine Einzelmeinung, sondern spiegelt ein weiter verbreitetes Stimmungsbild wider. Nach der Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 stimmen 38 % der Befragten ganz oder teilweise der Aussage zu, dass es besser wäre, wenn Jüdinnen:Juden den Nahen Osten verlassen würden (Decker et al., S. 63).

IP11: „Then in the demo, I knew that if I go with a David, like with my David Star or something in Germany, that I will get bad reactions. And like, my boyfriend was wearing it explicitly. No, my boyfriend, my fiancé was wearing it explicitly. And I said to him, ‚please don't do that, I'm scared.‘ And he said, ‚no, it's my country. I will go with whatever flag I want. And you will feel safe.‘ Little did he know. He got spitted on his direction. We got cursed on the way.“

Die Szene veranschaulicht eindrücklich das **Spannungsfeld zwischen dem Bedürfnis nach Sichtbarkeit und Stolz** einerseits, und **dem Wunsch nach Schutz und Unauffälligkeit** andererseits – ein Dilemma, das nicht nur gesellschaftlich, sondern auch in intimen Beziehungen zu emotionalen Auseinandersetzungen führen kann. Auch bei IP26 kam es zu Konflikten mit ihrem Vater, da dieser dem Wunsch, seine Davidsternkette nicht mehr oder nur noch verdeckt auf der Arbeit zu tragen, nicht nachkommen wollte. Diese Spannungen und Ambivalenzen treten jedoch besonders deutlich in Familien mit jüdisch-nichtjüdischer Zusammensetzung zutage. Acht der Interviewpersonen lebten zum Zeitpunkt des Interviews in einer Beziehung mit eine:r nichtjüdischen Partner:in; zwei definieren sich selbst als jüdisch, obwohl sie nur einen jüdischen Vater haben; mehrere weitere berichten von nichtjüdischen Mitgliedern in ihrer erweiterten Familie. Einige erzählen diesbezüglich von bedingungsloser Solidarität mit Jüdinnen:Juden und Israel nach dem 7. Oktober. Andere hingegen beschreiben Unverständnis und Sorge von Angehörigen, die die Betroffenheit nicht nachvollziehen können und/oder die Nähe zu Israel als Gefahr für die Familie betrachten. So berichtet IP 15, dass er davon abgehalten werde, nach Israel zu fliegen. Andere, wie IP 12, berichten, dass Auswanderungspläne nach Israel für die nichtjüdische Partnerin nun nicht mehr vorstellbar seien.

Mehrere Interviewpartner:innen berichteten auch von spürbaren **Veränderungen** in ihren **intergenerationalen Beziehungen**. Im Vordergrund stand dabei die Einsicht – oftmals begleitet von einem schlechten Gewissen –, dass die bisherigen Einschätzungen ihrer Eltern oder Großeltern zum anhaltenden Antisemitismus und dessen Gefahren nicht übertrieben, sondern berechtigt waren. Diese neue Perspektive wurde insbesondere in Familien mit einem starken Shoah-Bezug als intensiv erlebt. Die Interviewten beschrieben ein wachsendes Verständnis für die Ängste und Emotionen der älteren Generationen, die sie zuvor kaum nachvollziehen konnten, deren Wucht sie nun jedoch selbst erfahren. Auch **in Bezug auf die nachfolgenden Generationen, insbesondere die eigenen Kinder**, zeigten sich Veränderungen. Interviewpartner:innen, die selbst Eltern sind, betonten die gestiegene Bedeutung der Vermittlung jüdischer Identität im familiären Alltag. Traditionen werden bewusster gepflegt und mit neuer Intensität zelebriert. Dieser Prozess ist nicht allein defensiv motiviert, sondern auch Ausdruck eines aktiven Wunsches, jüdisches Leben sichtbar zu gestalten, zu verteidigen und weiterzugeben. Als Beispiele nannten die Interviewten unter anderem häufigere Synagogenbesuche, das sichtbare Tragen religiöser Symbole, wie das Chai-Symbol an einer Kette, sowie die Einführung neuer ritueller Praktiken – etwa das Anlegen von Tefillin⁹⁶ –, die zuvor im persönlichen Alltag keine Rolle gespielt hatten.

96 Tefillin sind kleine lederne Gebetskapseln mit biblischen Texten, die im Judentum beim Morgengebet an Kopf und Arm gebunden werden – sie gehören zu den klassischen rituellen Objekten im jüdisch-religiösen Alltag von Männern.

IP12: „...our kid, is also not Jewish by law. But then it became to me way more important to do Brit Mila⁹⁷ and. And to. Yeah, it's like. Like before I was. I would say I would consider myself as an atheist. Like, I would say also that people that are religious, that are kind of, like, childish and that it's nonsense and stuff like this. And since then (7.10), I. There was a small period that I was thinking, like, maybe I will put Tefillin sometime just because, like, to connect to my roots and stuff like this and maybe I will do it, but I don't know. So it was for a question. It was more connecting me to my Jewish roots. Yes.“

Besonders bei jüngeren Interviewten zeigt sich eine ausgeprägte „Jetzt erst recht!“-Haltung, in der sich Widerstand und Stolz miteinander verbinden. Diese Haltung geht mit dem bewussten Wunsch einher, jüdisches Leben sichtbar zu machen und eine positive Identität gegen die Erfahrung von Antisemitismus zu behaupten. So betont IP27, dass der Umzug ihrer Familie von Israel nach Deutschland eine zentrale Rolle für die Identitätsentwicklung ihrer Kinder spiele. Da jüdisches Leben im öffentlichen Raum in Deutschland deutlich weniger präsent sei, bemühe sich die Familie aktiv darum, jüdische Traditionen und Inhalte bewusst in den Alltag der Kinder zu integrieren. Diese bewusste Sichtbarmachung geht jedoch mit ambivalenten Gefühlen einher: Viele Eltern äußern die Sorge, dass ihre Kinder weniger unbeschwert aufwachsen könnten als sie selbst und jüdische Identität in stärkerem Maße mit Ausgrenzung oder Bedrohung verknüpfen. In diesen Schilderungen wird ein zentrales Spannungsfeld sichtbar: Die negativen Erfahrungen mit Antisemitismus stehen im Widerspruch zum Wunsch, eine selbstbewusste und positive jüdische Identität an die nächste Generation weiterzugeben.⁹⁸ So beschreibt IP6 die Sorge, ihre Tochter könne antisemitische Reaktionen erleben, wenn sie in der Öffentlichkeit hebräische Lieder aus dem Kindergarten singt – ein Eingreifen oder Verbot würde jedoch zugleich das Gefühl vermitteln, dass jüdisches Leben versteckt oder unterdrückt werden müsse. Zwischen Schutzbedürfnis und Sichtbarkeitswunsch entsteht ein Dilemma, das viele jüdische Eltern beschäftigt.

3.5.4. Gesellschaftliche Zugehörigkeit und Identität

Durch **gesellschaftliches Schweigen und Erfahrungen von Exklusion** hat sich für viele Interviewpartner:innen die Kluft zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen spürbar vertieft. Es mangelte an Solidarität – gerade in einer Zeit, in der Jüdinnen:Juden auf Unterstützung und empathische Begleitung besonders angewiesen gewesen wären. Viele beschreiben das Verhältnis zur nichtjüdischen Umwelt als geprägt von Missverständnissen, Unwissenheit und einem grundlegenden Mangel an Einfühlungsvermögen. Dieses Gefühl wird zusätzlich verstärkt durch die Wahrnehmung, dass die Mehrheitsgesellschaft kaum ein Bewusstsein für die alltägliche Realität antisemitischer Bedrohungen und Vorfälle entwickelt. In Gesprächen erleben viele IPs, dass sie ihre Perspektive immer wieder erklären, rechtfertigen oder verteidigen müssen – eine Erfahrung, die mit emotionaler Erschöpfung, Frustration und Resignation einhergeht. Diese ständige Erwartung der Selbstaufklärung führt zu **Rückzugsbewegungen aus nichtjüdischen sozialen Kontexten**, wie sie auch im Rahmen der beschriebenen Bewältigungsstrategien deutlich werden. Die fehlende Empathie in kritischen Momenten erschwert das Entstehen tiefer sozialer Bindungen: Beziehungen bleiben oft oberflächlich oder rein funktional, während echtes Vertrauen und Nähe kaum entstehen können. Diese Erfahrungen intensivieren bei vielen das

97 Beschneidung.

98 Diese Tendenz nach dem 7.10 wurde auch in der Studie „Hammer und Amboss“ beobachtet (Bernstein/Diddens 2025).

Gefühl, dass jüdisches Leben in Deutschland nicht als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft akzeptiert wird, sondern stets unter Vorbehalt steht – bedingt, erklärungsbedürftig und potenziell anstößig. Auch aus Sicherheitsgründen sehen sich manche Interviewte gezwungen, diese gesellschaftliche Trennung weiter zu vertiefen. So beschreibt IP17 eindrücklich die Entscheidung, ihr Kind ausschließlich auf eine jüdische Schule zu schicken:

IP17: „Wir haben sowieso eigentlich nur noch diese eine Wahl, dass man unsere Kinder in jüdische Einrichtungen schickt. Aber wie traurig ist es, dass ich nur sagen kann, ich kann mein Kind nur in eine jüdische Schule schicken, weil ich nicht will, dass er sich in ein paar Jahren dann verstecken muss in der Klasse, weil da so viele Anti-Israel-Leute sind. Also nicht Anti-Israel-Leute, aber viele Kinder vielleicht, die in Familien so aufwachsen und die dann auch mit diesem Hass aufwachsen und dass mein Sohn sich verstecken muss, dass er jüdisch ist und dass er Israeli ist.“

Einige Interviewpartner:innen ziehen historische Parallelen zur **Shoah** und zum gesellschaftlichen Klima in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg – verbunden mit der **Sorge vor einer möglichen Wiederholung**, wie IP2 sich vor dem Hintergrund der Geschichte seiner Großeltern vergegenwärtigt.

IP2: „Nach dem siebten Oktober ist es eine Blase geplatzt, so eine Bubble. Man hat immer gedacht, man kennt die Geschichten von den Großeltern oder von den Eltern, man sitzt auf gepackten Koffern, ‚wir sind ja quasi zweite Generation‘. Man hat sich immer gedacht, es war immer im Hinterkopf irgendwo, aber es war aber nicht so real und es ist so ein bisschen wie eine Blase geplatzt von was wirklich passieren kann und dass es halt doch wieder passieren kann.“

Der zunehmende Antisemitismus, konkrete Formen antisemitischer Gewalt – wie das Markieren von Häusern oder antisemitische Parolen auf Demonstrationen –, das Schweigen und die Tatenlosigkeit großer Teile der Bevölkerung sowie der erstarkende Rechtspopulismus werden als zentrale Elemente benannt, die diese Erinnerungen wachrufen. In vielen Fällen werden dadurch bereits bestehende transgenerationale Traumata reaktiviert; Interviewte berichten von Flashbacks, Ängsten und einer verstärkten inneren Alarmbereitschaft. Andere Interviewpartner:innen distanzieren sich hingegen bewusst von solchen Vergleichen – sei es, um die Erinnerung an die Shoah als singuläres Ereignis wachzuhalten, oder um die gegenwärtige Situation nicht zusätzlich zu dramatisieren und sich selbst zu schützen. Dennoch betonen auch diese Stimmen, dass sie in der aggressiven Vernichtungsbotschaft mancher antisemitischer Äußerungen und Handlungen eine bedrohliche Kontinuität erkennen. Die explizite oder implizite Botschaft, dass es eine zweite Shoah geben könnte, wenn es nach dem Willen von Antisemit:innen ginge, wird als erschütternd wahrgenommen – auch wenn sie (noch) nicht zur Realität geworden ist.

IP30: „Die Shoah ist für mich ein ganz eigenes Thema, weil ich mit nichts vergleichen möchte. Aber Fakt ist, dass du hier Menschen hast, die an dir und deinem Volk, egal ob in Israel oder im Ausland lebend, eine zweite Shoah ausüben würden, wenn sie es könnten.“

Infolge der Erfahrungen rund um den 7. Oktober und der anschließenden Welle antisemitischer Reaktionen beschreiben viele Interviewpartner:innen tiefgreifende Verschiebungen in ihrer Selbst- und Weltdeutung – insbesondere in Bezug auf Identität, Zugehörigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Ein zentraler Aspekt ist die Erfahrung des Verlassenwerdens durch das gesellschaftliche und globale Umfeld. Die Aussage von IP30: **„Die Welt wird nicht für uns entstehen“**

bringt eine bittere Erkenntnis auf den Punkt, die viele Interviewte in ähnlicher Weise formulieren. Sie leitet sich aus dem ausbleibenden weltweiten Aufschrei ebenso ab, wie aus dem Schweigen und der Passivität im persönlichen Umfeld. **Das eigene Jüdischsein als Provokation** zu erleben, ist eine weitere häufig genannte Erfahrung. Wie IP15 formuliert, werden viele Interviewte mit negativen Reaktionen konfrontiert, sobald sie sich als jüdisch zu erkennen geben – sei es durch das Tragen religiöser Symbole, das Thematisieren jüdischer Perspektiven oder das bloße Bekanntwerden ihrer Identität. Auch IP11 fasst dieses Gefühl der Ausgrenzung prägnant zusammen: **„I cannot be part of the society anymore.“** Gleichzeitig geht der soziale Ausschluss oft mit einer verstärkten Identifikation mit dem Judentum einher. Fast alle beschreiben, dass sie **„jüdischer geworden“** seien – teils durch eigene Reflexionsprozesse, teils durch Zuschreibungen von außen. Die Reaktion auf diese neue Sichtbarkeit ist ambivalent, wird aber häufig auch als Ressource verstanden.⁹⁹ Ähnlich zeigt sich **eine verstärkte Identifikation mit Israel**. Viele Interviewte erleben, dass sie mit Israel gleichgesetzt werden – unabhängig von persönlicher Herkunft, politischen Haltungen oder biografischem Bezug. Die antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober führen bei zahlreichen IPs zu einem Gefühl der Solidarität mit Israel und unterstreichen dessen Bedeutung als Zufluchtsort. In diesem Zusammenhang sprechen einige sogar davon, **„israelischer geworden“** zu sein. Diese komplexen Entwicklungen zeigen sich auch im Blick auf die nachfolgende Generation. IP27 formuliert den Wunsch, ihre Kinder als „jüdische Deutsche“ aufwachsen zu sehen – ein Wunsch, der jedoch von starken inneren Ambivalenzen begleitet ist:

IP27: „Just integrating among other society because that’s what we have to do. But it’s, you know, it’s, it gives me a lot of, you know, mixed emotions because also, you know, it means that I’m here, but my parents are not here, and my grandparents flew out of here, antisemitism and because of the Holocaust, and then we’re coming back here.“

Doch nicht alle Erzählungen sind getragen von Stolz oder Widerständigkeit. Manche Interviewte berichten von einem erschütterten Verhältnis zur eigenen jüdischen Identität. IP13 bringt dies mit dem Satz: **„It sucks to be Jewish“** pointiert auf den Punkt – eine Aussage, die das Gefühl vermittelt, dass jüdische Identität zur Bürde werden kann, wenn sie vor allem durch Antisemitismus markiert ist. Besonders deutlich wird diese Verschiebung in der Reflexion von IP31, die als junge jüdische Person zunächst ein durchweg **positives, selbstbewusstes Verhältnis zu ihrer Identität** entwickelt hatte – ein Gefühl, das durch die Ereignisse nach dem 7. Oktober nachhaltig erschüttert wurde.

IP31: „Ich glaube fragen die einfach sehr oft, ob ich so eine kurze goldene Phase des jüdischen Lebens in der Diaspora erlebt habe, weil das habe ich am Anfang [...] erwähnt, dass so ich super stolz immer war, jüdisch zu sein. Für mich war das nur schön und nur etwas, worauf ich stolz war, da nur etwas, aus dem ich Dinge ziehen konnte. Und ich glaube, wenn das jetzt wieder Leute hören würden, würde das auch wieder irgendwelche antisemitischen Gedanken herbei beschwören. Aber ich meine das jetzt gar nicht irgendwie im Sinne von ich habe irgendwelche Vorteile daraus gezogen, sondern es war für mich nur positiv besetzt und das hat sich leider so schnell verändert und ich frage mich, ob es einfach eine sehr, ja, so eine kurze Einzelphase war, die ich miterleben durfte und jetzt doch irgendwie die Zukunft wieder mehr an der Lebensrealität von der Generation meiner Eltern anknüpft.“

99 Vgl. Kapitel 3.4 zu den Bewältigungsstrategien.

Diese Aussagen verdichten sich zu einem kollektiven Stimmungsbild, das zwischen Verletzlichkeit, Resilienz und einem neu verhandelten Selbstverständnis oszilliert – jüdische Identität wird nicht aufgegeben, aber sie verändert sich unter dem Eindruck aktueller gesellschaftlicher Realitäten fundamental.

Auch die **Identität jüdischer Kinder** ist von den aktuellen Ereignissen und deren gesellschaftlichen Reaktionen betroffen. Antisemitische sowie kriegsbedingte Erfahrungen wirken sich deutlich auf die Identitätsentwicklung und psychische Verfassung der jüngsten Generation aus. In den Interviews wurden Beispiele geschildert, in denen Kinder – durch direkte oder indirekte Erfahrungen mit Gewalt, Diskriminierung und Angst – in ihrer Wahrnehmung und ihrem Verhalten nachhaltig geprägt wurden. So erzählt IP11, wie sie als Kind in der israelischen Grundschule erstmals realisierte, was Antisemitismus bedeutet und dass ihre jüdische Identität potenziell mit Bedrohung verknüpft ist – ausgelöst durch das traumatische Bild einer Mitschülerin, die nach einem Steinwurf verletzt in die Schule kam. Auch IP28 erinnert sich daran, dass er bereits als Kind jüdisches Leben mit Bedrohung assoziierte – ausgelöst durch die massiven Sicherheitsmaßnahmen, die jüdische Einrichtungen in Deutschland prägen. Ein besonders eindrückliches Beispiel schildert IP6. Ein Kind aus ihrer Verwandtschaft in Israel war zu Besuch in München. Nach der Konfrontation mit einem sogenannten pro-palästinensischen Protestcamp in Universitätsnähe reagierte das Kind im Park panisch beim Anblick von Frauen mit Kopftuch – aus kindlicher Sicht verknüpfte er das in Israel Erlebte und die unmittelbar zuvor im Camp wahrgenommene aggressive Stimmung reflexhaft mit äußerlich sichtbaren Merkmalen und stellte sich einen Angriff vor. Diese Reaktion beruhte auf einer individuellen Angstverarbeitung und spiegelte weder die Realität noch eine bewusste Bewertung der gesehenen Personen wider. Es dauerte lange, bis das Kind wieder beruhigt werden konnte.

Diese Erfahrungen zeigen, wie früh Kinder beginnen, komplexe und bedrohliche gesellschaftliche Realitäten in ihre Weltdeutung zu integrieren. Dabei werden sie nicht nur mit der eigenen Verletzlichkeit konfrontiert, sondern auch mit der Tatsache, dass ihre Identität – etwa als jüdisch oder israelisch – in bestimmten Kontexten mit Gefahren verbunden sein kann. Dies kann zu Verunsicherung, emotionalem Stress und einer vorsichtigen oder defensiven Selbstwahrnehmung führen. Eltern und Bezugspersonen stehen in dieser Situation vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits versuchen sie, die Ängste und Unsicherheiten ihrer Kinder abzufedern, andererseits möchten sie Orientierung geben und eine positive Identitätsentwicklung ermöglichen – auch und gerade in einer Umgebung, die häufig als feindlich oder distanziert erlebt wird.

Trotz der vielfältigen Belastungen und Erfahrungen von Ausgrenzung berichten einige Interviewpartner:innen auch von **neuen Verbindungen und einem gestärkten Gemeinschaftsgefühl**. Dies zeigt sich zunächst in einem gewachsenen innerjüdischen Zusammenhalt. Unterschiede, die zuvor als trennend empfunden wurden – etwa nationale Herkunft (Deutschland, ehemalige Sowjetunion, Israel) oder divergierende Grade an Religiosität – treten in den Hintergrund. Stattdessen kommt es vermehrt zu Austausch und gegenseitiger Unterstützung innerhalb der jüdischen Community, insbesondere in München. Diese Entwicklung wird von den Interviewten als positiv bewertet und mit dem Wunsch verbunden, diesen Zusammenhalt –

etwa über konfessionelle oder institutionelle Grenzen hinweg (z. B. in Form bislang getrennter Kindergärten) – auch langfristig zu stärken. Zudem haben einige IPs nicht nur Freund:innen aus ihrem nichtjüdischen Umfeld verloren, sondern auch neue Beziehungen zu nichtjüdischen Deutschen geknüpft – insbesondere im Kontext eines gemeinsamen Engagements gegen Antisemitismus. Diese neuen Verbindungen werden als solidarisch, unterstützend und emotional bedeutsam erlebt.

Eine **besonders vulnerable Gruppe** im Kontext von Zugehörigkeit sind jedoch jene Personen, die bislang wenig in jüdischen Strukturen verortet waren oder sich mit ihrer identitären Zugehörigkeit schwertun – etwa, weil sie aus interreligiösen Familien stammen oder als sogenannte Vaterjüdinnen bzw. Vaterjuden (zwei Interviewte) von offiziellen jüdischen Institutionen nicht als Mitglieder anerkannt werden. Wenn diese Personen sich selbst als jüdisch definieren, befinden sie sich in einer hervorgehoben schwierigen Situation: Einerseits sind sie antisemitischer Gewalt und Anfeindung ausgesetzt, weil sie von außen als jüdisch wahrgenommen und markiert werden. Andererseits bleibt ihnen der Zugang zu den schützenden Ressourcen jüdischer Gemeinschaft – Zugehörigkeit, institutionelle Anerkennung, historische Verbundenheit – teilweise verwehrt. Diese Situation führt zu einer tiefgreifenden Verunsicherung in Bezug auf Identität, Schutz und Anerkennung – gerade in einem gesellschaftlichen Klima, in dem kollektive Zugehörigkeit zugleich eine emotionale Ressource und ein Schutzraum sein kann.

3.5.5. Sicherheitsempfinden

IP8: „You live in this world under the assumption that you are safe, but then everything is. It’s not safe anymore. [...] You need to hide your identity. Just because [...] you was born as Jewish, even if you are not religious. [...] Just because I’m having different holidays than the rest of the world, I need to feel guilty, I need to feel afraid. This was the way I saw it. I want to live in peace like all the people in the world. And I felt just because I was born in Jewish, I can’t. And I need to hide my identity or feel guilty that I did something wrong, that I’m bad person because I’m Israeli.¹⁰⁰ [...] We are not that happy now. So it’s really difficult to celebrate. If you even celebrate, it’s not 100 % happiness and you don’t feel safe. So there is the chance that the terrorists will come and just shoot you.”

Die Tatsache, dass Israel – für viele der einzige als sicher empfundene Zufluchtsort weltweit – zeitgleich mit dem Anstieg des Antisemitismus in Deutschland und Europa angegriffen wurde, hat bei zahlreichen Interviewten ein tiefgreifendes Unsicherheitsgefühl ausgelöst. Es entsteht der Eindruck, sich nur noch zwischen verschiedenen unsicheren Orten entscheiden zu können: In Israel drohen Angriffe durch die Hamas, in Deutschland und Europa wird man mit antisemitischen Anfeindungen konfrontiert – von Angreifer:innen mit unterschiedlichen politischen, ideologischen und kulturellen Hintergründen. Dieses schwindende Sicherheitsgefühl betrifft nicht nur den unmittelbaren Wohnort, sondern dehnt sich auf die globale Ebene aus. IP28 beschreibt seine Wahrnehmung vor dem 7. Oktober als „trügerische Sicherheit“, die im Nachhinein als Illusion erscheint. Der entscheidende Bruch wurde dabei nicht nur durch die Gewalt selbst, sondern vor allem durch die weltweiten Reaktionen und die ausbleibende Solidarität ausgelöst – selbst in Ländern oder von Gruppen, die zuvor als verlässliche Unterstützer:innen Israels

100 Das Gefühl, aufgrund der israelischen Herkunft als schlechter Mensch wahrgenommen zu werden, findet seine Entsprechung in den Zustimmungswerten zur Aussage, „durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“. Laut Beyer et al. (2024) stimmen dieser Aussage rund 40 % der Befragten zu oder tendenziell zu (vgl. S. 22).

wahrgenommen wurden, etwa in den USA. Aus der „trügerischen Sicherheit“ wurde eine „unsichtbare Gefahr“ – das Gefühl, dass es keinen verlässlichen Zufluchtsort für Jüdinnen:Juden mehr auf der Welt gebe. Viele Interviewpartner:innen beschreiben die Auswirkungen von Konflikten um Israel auf das jüdische Leben in der Diaspora als massiv. IP17 bringt dies prägnant auf den Punkt:

IP17: „Es fühlt sich an, als ob jeder Konflikt in Israel das jüdische Leben hier schwieriger macht. Der Antisemitismus nimmt zu, und man merkt, dass man als Jude immer mehr unter Beobachtung steht. Es wird nicht nur gegen Israel demonstriert, sondern auch gegen Juden in Deutschland. Ich habe das Gefühl, dass wir uns immer mehr zurückziehen und unsicherer werden, unsere jüdische Identität in der Öffentlichkeit zu zeigen.“

Das Sicherheitserleben im Vergleich zwischen Deutschland und Israel stellt sich für die Interviewpartner:innen unterschiedlich dar. Im Zentrum steht dabei häufig die Frage, wie eine konkrete physische Bedrohung – etwa durch Krieg und Terror – gegenüber einer latenten, schwer einschätzbaren antisemitischen Gefahrenlage im Alltag zu gewichten ist. Viele Interviewte erleben seither ein Gefühl globaler Schutzlosigkeit – als ob der letzte vermeintlich sichere Zufluchtsort erschüttert wurde, während die Bedrohungen in der Diaspora gleichzeitig zunehmen.

Der Überfall der Hamas am 7. Oktober hat das Sicherheitsempfinden in Bezug auf Israel bei allen Interviewten erschüttert. Dennoch gibt es Gründe, warum sich Israel für einige weiterhin sicherer anfühlt als Deutschland. Zum einen wird auf das Gefühl verwiesen, den seelischen Schmerz im Kollektiv einer „Wir“-Gruppe zu erleben – man ist nicht allein, sondern Teil einer solidarischen Gemeinschaft. Zum anderen wird betont, dass Antisemitismus in Israel nicht als unsichtbare Gefahr im Alltag lauert, sondern dass Bedrohung und Schutz klarer identifizierbar seien. Einige Interviewpartner:innen äußern zudem Vertrauen in die israelische Armee, die als aktiv schützend wahrgenommen wird – im Gegensatz zur oft als passiv empfundenen Rolle staatlicher Institutionen in Deutschland.

Interviewpartner:innen, die erst seit kurzem in Deutschland leben und zuvor in Israel ansässig waren, bewerten Deutschland oft als vergleichsweise sicher – vor allem, weil die physische Bedrohung durch Angriffe der Hamas in ihrer Wahrnehmung präsenter ist. Gleichzeitig zeigen sich viele von der Intensität des Antisemitismus in Deutschland überrascht, insbesondere vom Gewaltpotenzial der Akteur:innen. Was zuvor als diffuse Vorstellung bestand, konkretisiert sich durch eigene Erfahrungen und Beobachtungen im Alltag. Die relative **Sicherheit in München** wird von den meisten als hoch eingeschätzt – allerdings mit Einschränkungen. So vermeiden einige bestimmte Straßen oder Stadtteile mit stark arabisch oder muslimisch geprägtem Umfeld. Deutschland nehmen die Interviewpartner:innen grundsätzlich als sichersten Ort innerhalb Europas wahr, München wiederum als die am wenigsten antisemitische Stadt in Deutschland – vor allem im Kontrast zu Berlin und Frankfurt. Ein einschneidendes Ereignis, das in etwa die Hälfte der Interviews thematisiert wurde, war der **Anschlag auf das israelische Konsulat in München**. Dieses Attentat führte bei vielen zu einem nachhaltigen Bruch im Sicherheitsempfinden: Auch in München sei man durch islamistischen Terrorismus bedroht – ganz

ähnlich wie in Israel.¹⁰¹ Die Vorstellung, München sei ein sicherer Schutzraum für Jüdinnen:Juden, wurde dadurch erschüttert. Gleichzeitig wurde der vereitelte Anschlag von einigen Interviewten auch als Bestätigung für die Funktionstüchtigkeit der Sicherheitsbehörden interpretiert. Dass der Täter gestoppt wurde, bevor er Menschen verletzen konnte, wurde als Beleg für ein funktionierendes Schutzsystem gewertet – was bei manchen wiederum das Vertrauen in die staatlichen Strukturen stärkte. Ein zentrales Motiv ist das ambivalente Sicherheitsgefühl im Alltag: Viele Interviewte berichten, dass sie sich **innerhalb jüdischer Institutionen sicher fühlen** – etwa in Schulen, Kindergärten oder Gemeinden –, jedoch auf dem Weg dorthin und im direkten Umfeld Unsicherheit empfinden. Besonders der Weg vom Auto zum Eingang der Einrichtung wird – wie von IP6 beschrieben – als besonders gefährlicher Moment erlebt. Wiederholt wurde der Wunsch nach dauerhaftem Schutz geäußert. Die allgegenwärtige Angst vor einem Angriff – sei es auf sich selbst, auf Angehörige oder auf jüdische Einrichtungen – prägt den Alltag vieler Interviewter. Für jüdische Eltern ist insbesondere die Sorge um die Sicherheit ihrer Kinder belastend. Sie wird von Einigen als erdrückend beschrieben. Das Sicherheitsbedürfnis wird dabei nicht nur zur alltäglichen Herausforderung, sondern auch zu einem zentralen Bestandteil des elterlichen Verantwortungsgefühls.

IP21: „Einfach die [...] Angst, dass uns, also dass mir, meinem Kind was passieren könnte, dass man zur falschen Zeit am falschen Ort ist, weil man halt wirklich dann doch, sage ich mal, eine Veranstaltung wahrnimmt. [...] Und auch irgendwo die Angst, dass man auch dadurch einen Teil seiner Identität oder Lebensqualität einfach verliert. Weil das ist halt einfach ein Teil meiner Identität. Und aktuell fühle ich halt einfach, dass ich so die Wahl habe. Willst du dir absolut sicher sein und tust das sozusagen jetzt zweitrangig lassen, was halt auch einfach unfassbar schade ist. Oder sagst: ‚Okay, das interessiert mich jetzt alles nicht.‘ Und dann aber weißt du halt nie, was passiert. Und deswegen auch so dieser Zwiespalt, die ganze ‚Was mache ich jetzt? Mache ich das Richtige? Mache ich eventuell das Falsche? Was ist mir wichtiger? Meine Identität oder [mein] Sicherheitsgefühl.‘“

Für die meisten Interviewten ist das eigene Sicherheitsempfinden seit dem 7. Oktober noch stärker als zuvor an ihre **Unsichtbarkeit als Jüdinnen:Juden im öffentlichen Raum** geknüpft. Sichtbarkeit – etwa durch das Tragen religiöser Symbole oder das Sprechen von Hebräisch – wird zunehmend als Risiko wahrgenommen. Viele berichten, dass sie jüdische Identitätsmerkmale bewusst verbergen oder vermeiden, um sich selbst und ihre Angehörigen zu schützen. Als einer der Hauptgründe für das eingeschränkte Sicherheitsgefühl werden sogenannte **pro-palästinensischen Demonstrationen** genannt, die vielerorts nicht nur als Ausdruck politischer Kritik an bestimmte Handlungen in Israel, sondern als antisemitisch, aggressiv und bedrohlich erlebt wurden. Die Demonstrationen werden von Vielen als direkter Angriff auf jüdisches Leben in Deutschland wahrgenommen – zum Teil auch deshalb, weil antisemitische Parolen offen skandiert und nicht konsequent unterbunden wurden.

Fast alle Interviewten verneinen die Frage, ob sie glauben, dass die **deutsche Zivilgesellschaft** sie im Ernstfall schützen würde. Diese Einschätzung speist sich aus Erfahrungen mit öffentlichem Schweigen, fehlender Solidarität und Untätigkeit im eigenen sozialen Umfeld seit dem 7. Oktober. Die überwiegende Mehrheit ist der Ansicht, dass Antisemitismus in Deutschland nicht

101 Im Hinblick auf den Anschlag auf das israelische Konsulat ist – neben dem grundsätzlichen Botschaftscharakter der Tat – zu berücksichtigen, dass das Anschlagziel aufgrund seiner konsularischen Aufgaben (z.B. dem Aushändigen von Reisepässen) und dem damit normalerweise verbundenen Publikumsverkehr für einen Großteil von Israelis in München ein Ort ist, den sie bereits aufgesucht haben – was der subjektiv wahrgenommenen Bedrohungslage eine zusätzliche Dimension verleiht.

ausreichend erkannt, benannt oder rechtlich verfolgt wird. Die bestehenden Gesetze würden nicht ausgeschöpft, antisemitische Taten nicht konsequent geahndet, und die **Rechtslage** sei – aus Sicht vieler – nicht eindeutig genug formuliert. Hinzu kommt ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen: Antisemitische Denkmuster in Teilen der Justiz und der Sicherheitsbehörden erschweren nach Ansicht einiger IPs die konsequente Umsetzung von Schutzmaßnahmen und Strafverfolgung.

3.5.6. Zukunftsplanung

Die Auswirkungen des 7. Oktober und der nachfolgenden Entwicklungen zeigen sich auch in den Zukunftsentwürfen der Interviewten – sowohl in Bezug auf Beziehungsgestaltung, Familienplanung als auch auf berufliche, wirtschaftliche und geografische Entscheidungen.

Beziehung und Familie: Für viele Interviewpartner:innen gewinnt die Vorstellung, eine:n jüdische:n Partner:in zu finden, an Bedeutung. Dies soll nicht nur helfen, Missverständnisse zu vermeiden, sondern auch die Weitergabe jüdischer Identität an die nächste Generation erleichtern.

Berufliche und ökonomische Unsicherheit: Zugleich berichten viele von konkreten Nachteilen im Berufsleben. Die Angst, aufgrund jüdischer Namen, religiöser Symbole oder biografischer Verbindungen zu Israel diskriminiert zu werden, prägt die Zukunftsplanung. Wie bei IP11, die befürchtet, in Zukunft außerhalb Israels keine Anstellung mehr zu finden, weil sie in der IDF war – oder einfach, weil sie jüdisch und israelisch ist.

IP11: „That I won't get the job because I was at the IDF or because I'm a Jewish Israeli at the moment“

Unternehmer:innen und Wissenschaftler:innen berichten von Boykottaufrufen gegen israelische Institutionen, die ihre berufliche Sicherheit gefährden. IP12 erlebte wirtschaftliche Nachteile durch Boykottversuche gegen sein Familienunternehmen. IP25 überlegt, den jüdischen Vornamen aus dem Pass streichen zu lassen. IP26 erwägt, den nichtjüdischen Nachnamen ihres Mannes anzunehmen – aus Sicherheitsgründen und mit Blick auf die Sichtbarkeit im beruflichen Kontext. Die Sorgen betreffen dabei nicht politische Positionierungen, sondern allein die tatsächliche oder angenommene Verbindung zu Israel oder jüdischen Institutionen. IP13 musste etwa für eine Kooperation im europäischen Ausland ein „Ethik-Statement“ abgeben, um die Zusammenarbeit mit ihm als israelischem Forschungspartner zu rechtfertigen. Und IP10 überlegt, im Rahmen seines Studiums auf ein Auslandssemester in Israel zu verzichten – aus Sorge, dass ein solches Engagement von künftigen Arbeitgeber:innen negativ bewertet werden könnte.

IP10: „Vielleicht ein anderer Punkt, ich studiere bzw. ich werde jetzt anfangen [Fach] zu studieren. Es gibt ja die Möglichkeit, [Teile des Studiums] oder sonstiges im Ausland zu machen. Da würde sich Israel natürlich gut anbieten. Die Frage, die sich dann stellt, ist, wie schaut es auf dem Lebenslauf aus? Vielleicht aus rein pragmatisch beruflicher Sicht, wie wird das wahrgenommen? Vielleicht von zukünftigen Arbeitgebern? Weil, also an sich, aus persönlicher Sicht wäre das nicht, das ist für mich eine super Sache, ich würde es sehr gerne machen. Die Frage ist natürlich dann auch einfach, also rein pragmatisch, wie gesagt, wie würden andere Leute darauf reagieren? Und da muss man natürlich dann auch irgendwie abwägen.“

Existenzielle Verunsicherung: Viele junge Jüdinnen:Juden erleben tiefgreifende Zukunftsunsicherheit.

IP13: „I think that I feel that I have a lot of uncertainty right now about the future. I feel desperate. Not desperate, but a bit lost. [...] We don't really know what we're gonna do. Or we feel like in a junction of what kind of life we actually want. I mean, what kind of life we want to have, what kind of life we want to provide our children. That's, you know, like a couple of really tough questions that we don't really know how to answer right now.“

Bleiben oder Auswandern? Ein ständiges Abwägen zwischen dem Bleiben in Deutschland und der **Auswanderung** prägt die Lebensrealität vieler. **Israel** wird trotz aller Herausforderungen als Zufluchtsort erwogen – auch als Ort der familiären Verbundenheit und kollektiven Identität.

IP26: „Ja, weil eben alles so antisemitisch geworden ist, hat man definitiv angefangen zu überlegen, ‚kann ich hier bleiben und wie lange noch so?‘ [...] Aber ich versuche auch immer rational zu bleiben und zu sagen, ‚ich warte das jetzt ab, ich warte die Wahlen ab und dann werde ich es sehen.‘ [...] Mein Vater hat so ein bisschen drüber geredet, wo er aber sagt ‚Israel ist es nicht, das ist ihm zu unsicher‘. Ich persönlich sage, wenn dann Israel, weil, wo bin ich sicherer als dort? Auch wenn dort Krieg ist, so, dann kann ich wenigstens bei meiner Familie sein und die Kinder beschützen, die es dort noch zu beschützen gibt, auf egal welche Art und Weise.“

Gleichzeitig gibt es große Ratlosigkeit: Auch Israel erscheint nicht mehr als uneingeschränkt sicher. Einige Israelis wollen nach Deutschland einwandern, andere Jüdinnen:Juden, die in Deutschland aufgewachsen sind, möchten eher raus aus Deutschland nach Israel.

IP18: „Man überlegt schon [...] ob man, ich sag mal so, auf gepackten Koffer sitzen muss, ne. [...] normalerweise würdest du sagen ‚okay du gehst nach Israel‘, aber durch 7.10. [...] merkst du auch ‚okay, sicher ist dort auch nichts, ne,‘ also nicht so wie davor und das Gefühl ist schon da, aber man fragt sich schon wohin [...] es ist nicht so, wo man sagt ‚okay ich gehe jetzt, weil die Frage ist wohin, das ist halt offen.‘ [...] Also am besten Alaska oder irgendwo, wo kaum Menschen sind.“

Strukturelle Hürden und Ressourcenabhängigkeit: Zukunftsentscheidungen hängen stark von individuellen Ressourcen ab – wie Sprachkenntnissen, finanziellen Möglichkeiten oder familiären Kontakten ins Ausland. Auch formale Fragen spielen eine Rolle, etwa bei Personen mit ungeklärter oder nicht vollständig nachweisbarer jüdischer Herkunft, die etwa eine Auswanderung nach Israel erschwert. In ihrer Suche nach Optionen nennen manche IP auch zunächst abwegig wirkende Optionen wie Ungarn, wo ebenfalls ein gesellschaftlicher Antisemitismus vorherrscht, den sie jedoch als weniger gewaltsam einschätzen.

Belastete Altersgruppe: Anfang 30. Besonders betroffen von diesen Überlegungen ist die Altersgruppe der Anfang 30-Jährigen. Viele stehen vor der Entscheidung, wo sie mit ihren kleinen Kindern leben und arbeiten wollen – unter zunehmend unsicheren Bedingungen.

Zentrale Themen in den Zukunftsvisionen sind **Verlust der Hoffnung auf Besserung in Deutschland:** Viele haben das Vertrauen in eine Verbesserung der Situation verloren und empfinden eine tiefe Frustration über das gesellschaftliche Klima.

IP27: „Ich sehe keinen Weg, wie es besser werden könnte. Es fühlt sich hoffnungslos an.“

Die **Angst vor Rechtsextremismus und Islamismus** spielt dabei eine besondere Rolle: Die Sorge vor einer Zukunft, die von rechtsextremen oder islamistischen Kräften dominiert sein könnte, ist weit verbreitet.

IP18: „Entweder Rechtsextreme an der Macht, die auch nichts Gutes für uns sind und andere diskriminieren, oder, dass [islamistische] Menschen hier sein werden, die ein anderes Verständnis oder gar kein Verständnis für Demokratie und Freiheit haben und für uns Juden dann insbesondere.“

IP30: „A, weil die AfD immer stärker wird und auch [wegen] den Menschen [...], die aus Ländern kommen, in denen Juden Hass einfach alltäglich ist, die gebrainwashed sind, die aufwachsen mit Antizionismus, mit ‚Israeliten sind böse, sind der Teufel, sind der Feind‘, mit ganz schlimmen Weltansichten, was das angeht, aufwachsen. [...] Ich spreche natürlich nicht von allen, aber es sind viele leider, [...] was man auch auf den Straßen sieht, wie viel Gewaltbereitschaft da ist, was Antisemitismus angeht und die antisemitischen Straftaten, die sich immer mehr erhöhen, die immer salonfähiger werden....Fragen nach dem sichersten Ort für die Familie: Wo können Jüdinnen:Juden noch sicher leben – in Israel, in Deutschland oder anderswo? Was ist der beste Ort für unsere Kinder? Wo können sie ihre Identität freier ausleben? Wo erhalten sie die beste Schulbildung?“

In den Interviews wird deutlich, wie stark sich Zukunftsängste und Verunsicherung seit dem 7. Oktober zugespitzt haben. Besonders eindrücklich artikulieren dies zwei Gesprächspartner:innen, wenn auch auf unterschiedliche Weise. IP1 zieht eine drastische historische Parallele zur Zeit vor der Shoah:

IP1: „Eins zu eins dasselbe. Die Situation ist eins zu eins dasselbe [wie vor dem zweiten Weltkrieg]. Die Frage ist halt, so weit wird es halt nicht kommen. Einmal, weil dieses Land auch überhaupt nicht mehr in der Lage ist, sowas organisatorisch zu stemmen. Also das klingt jetzt zynisch, es ist aber so. Zum anderen, ja, zum anderen gibt es halt dieses Land ja auch nicht mehr stark genug, um sowas zu machen. Also es gäbe dann ja schon in meinen Augen. Also ich denke zumindest dadurch, dass es Israel gibt, geht es halt nicht mehr. Aber die Situation ist eins zu eins dasselbe. Und das Ergebnis wird übrigens auch dasselbe sein, dass es dann halt keine Juden gibt mehr in Deutschland. Also in 40, 50 Jahren gibt es hier keine Juden mehr.“

Zwar wird angenommen, dass es zu einer systematischen Verfolgung wie damals nicht kommen werde, doch gleichzeitig steht das Gefühl im Raum, dass jüdisches Leben langfristig aus Deutschland verschwinden werde – sei es durch zunehmende gesellschaftliche Ausgrenzung, schwindende Sicherheit oder schleichende Erosion von Zugehörigkeit. Auch IP19 beschreibt ein Bild schwindender Zukunft:

IP19: „...dass wir uns einfach bedeckt halten müssen [...] und wir nicht sicher sind und [...] früher, später wegziehen müssen. Aber ich weiß nicht, wohin. [...] Ich kann nicht ausschließen, dass das passieren wird [...]. Hättest du mich vor einem Jahr gefragt [...] hätte ich dir gesagt: niemals. Aber jetzt weiß ich das nicht.“

Dieses Zitat zeigt auf bedrückende Weise, wie stark sich das Sicherheitsempfinden innerhalb kürzester Zeit verändert hat – und wie das Udenkbare zunehmend als reale Möglichkeit erscheint. Beide Aussagen stehen exemplarisch für eine tiefgreifende Verunsicherung: Jüdische Zugehörigkeit wird nicht mehr als selbstverständlich erlebt, sondern als prekär – mit dem möglichen Endpunkt, dass sich jüdische Menschen aus der Gesellschaft zurückziehen oder das Land verlassen (müssen). Die Bilder des „Verschwindens“ (IP1) und des „Wegziehens“ (IP19) verweisen auf eine fundamentale Infragestellung von Zugehörigkeit, Sicherheit und Zukunft in Deutschland.

3.6. Wünsche

Die Interviewpartner:innen äußern eine Vielzahl von Wünschen – an die deutsche Gesellschaft, an politische Akteur:innen, an Bildungsinstitutionen sowie im Hinblick auf die Situation im Nahen Osten. Zentral ist der übergeordnete Wunsch nach einem sicheren und selbstverständlichen jüdischen Leben in Deutschland – insbesondere mit Blick auf die Zukunft der eigenen Kinder. Von der deutschen **Gesellschaft und München** wünschen die IP sich ein breiteres Verständnis in der Bevölkerung davon, was Antisemitismus ist; gehört zu werden; Empathie und Zivilcourage; klare Statements von politischen Verantwortlichen gegen Antisemitismus und zu konkreten Vorfällen; einen stärkeren Einbezug der jüdischen Perspektive in zukünftige Maßnahmen.

Im Zusammenhang mit der Lage in Israel wünschen sich die IP die Freilassung der Geiseln, das Ende des Krieges, einen Sieg gegen die Hamas, den Frieden mit allen Nachbarstaaten, weniger Ideologie und Extremismus sowohl in den palästinensischen Gebieten als auch in Israel und dass sich die palästinensische Bevölkerung letztlich gegen die Hamas und den Terror entscheidet.

Für die Zukunft dominiert der Wunsch nach einem sicheren Ausleben der jüdischen Identität, insbesondere für die Zukunft der Kinder, und einer Zukunft als „normaler Teil der Gesellschaft“. Viele Interviewpartner:innen formulieren den **Bedarf nach einem konsequenteren und entschiedeneren Vorgehen gegenüber antisemitischen Vorfällen** – insbesondere im universitären Kontext und im Umgang mit Demonstrationen, aus denen Antisemitismus hervorgeht. Teilweise wird auch eine Verschärfung der bestehenden Gesetze gefordert, insbesondere im Hinblick auf die Strafbarkeitsgrenzen und das Strafmaß bei antisemitischen Äußerungen oder Handlungen. An den Hochschulen reicht das Spektrum der gewünschten Maßnahmen von Forderungen, das „ganze Register“ auszuschöpfen – etwa durch Exmatrikulation antisemitisch auffälliger Studierender oder, im Fall fehlender deutscher Staatsbürgerschaft, deren Ausweisung – bis hin zu einer zurückhaltenderen Haltung. Letztere ist meist geprägt von Unsicherheit darüber, wie weit Maßnahmen reichen dürfen, ohne die Meinungsfreiheit einzuschränken oder selbst als repressiv zu erscheinen. Diese vorsichtigeren Positionen werden häufiger von Interviewten vertreten, die erst kürzlich aus Israel nach Deutschland gezogen sind und bislang noch wenig eigene Erfahrungen mit antisemitischen Angriffen im deutschen Kontext gemacht haben. Der vielfach geäußerte Wunsch nach offenen Debattenräumen kollidiert in der Realität allerdings oft mit antisemitischen Einstellungen, die sich nicht nur in Ausgrenzung, sondern mitunter auch in Gewaltandrohungen äußern. In solchen Fällen wird die Vorstellung eines offenen Diskurses konterkariert – etwa dann, wenn jüdische Stimmen von vornherein marginalisiert oder als „nicht legitim“ markiert werden. Beispielhaft dafür stehen Vorfälle an Hochschulen wie der Alice Salomon Hochschule Berlin, bei denen Parolen wie „Zios not welcome“¹⁰² zirkulieren. Auch aus München berichten die IP von deutlicher Ablehnung ihrer Person und Diskursverweigerung durch Teilnehmende des sogenannten Pro-Palästina Camps an der Universität – und zwar in

102 Die studentische Gruppe „Tacheles“ hat diese Vorfälle in Bildern auf ihrer Instagram Seite festgehalten (Tacheles 2025), wo sich auch ein offener Brief dazu findet (Tacheles 2025). Vgl. für die mediale Berichterstattung Tagesspiegel 2025.

dem Moment, als sie nach einem Angriff auf das Camp Solidarität zeigen und auf gemeinsame Werte hinweisen wollten.

IP18: „Zwei Leute [sind] da hingegangen mit Olivenbaum und sagten, ‚hört mal zu, wir sind trotzdem alle Menschen und so.‘ Also als Zeichen von Solidarität, dass es in Deutschland in einer Demokratie halt trotzdem Grenzen, also Grenzen gibt, die nicht beschnitten werden dürfen. Und die beiden wurden massiv bedroht [...]. [Wir] haben gesagt: ‚Hey, das, was euch passiert ist, ist nicht gut, das verurteilen wir‘, die haben gesagt, ‚eure Verurteilung ist nichts wert. Ihr seid alle Zionisten, Colonizer, Genozid-Unterstützer und wir wollen nicht dieselbe Luft atmen wie ihr.‘“

In diesem Spannungsfeld wird betont, dass es Aufgabe der Universitäten sei, beides zu ermöglichen: einerseits offene, pluralistische Debattenräume – andererseits aber auch sichere Orte (safe spaces) für Jüdinnen:Juden. Dafür ist es notwendig, ihre Situation und Bedürfnisse ernst zu nehmen und sie aktiv in die Entwicklung geeigneter Maßnahmen einzubeziehen. Nur so können ihre Perspektiven gehört und berücksichtigt werden – nicht als Sonderfall, sondern als integraler Bestandteil einer demokratischen, inklusiven Hochschulkultur.

IP31: „Dass man einerseits wirklich Räume schafft, in denen Diskussionen stattfinden können, ohne dass irgendjemand das Gefühl hat, dass die Meinung nicht erhört wird und man nicht sprechen kann. Und gleichzeitig einfach safe spaces für Juden und Jüdinnen schaffen. Und ich glaube, daran scheitern gerade sehr viele Universitäten. Also ich glaube, sowohl eben offene Diskussionsräume schaffen als auch safe spaces schaffen. Ja, und ich glaube einfach, genau wie das, was gilt gerade auch macht mehr mit jüdischen Studierenden sprechen, wie sie sich gerade fühlen, was sie gerade brauchen. Also ich glaube, es ist immer so eine, es wird immer getan, als ob es ein großes Rätsel wäre und es ist so komplex und wie kann man nur richtig reagieren? Ich glaube, die Menschen, die die Hilfe brauchen, sind da, man kann sie einfach fragen und ich glaube, man muss auch jüdische Studierende und Betroffene mehr nutzen, um auch auf ihre Anliegen zu reagieren.“

Vielfach äußern die Interviewpartner:innen den Wunsch nach Maßnahmen, die das gesellschaftliche Wissen über Antisemitismus deutlich stärken. Dabei geht es nicht nur um ein allgemeines Problembewusstsein, sondern insbesondere um ein tieferes Verständnis für die Virulenz, die historischen Kontinuitäten und die spezifischen Ausdrucksformen antisemitischen Denkens und Handelns. Antisemitische Stereotype, die oft subtil oder codiert auftreten, sollen stärker thematisiert, kritisch reflektiert und in Bildungsarbeit – etwa an Schulen, Universitäten, in der Lehrer:innenausbildung sowie in der politischen Bildung – systematisch vermittelt werden. Ziel ist es, Antisemitismus nicht als Randphänomen, sondern als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu begreifen, der aktiv und differenziert begegnet werden muss.

4. Empfehlungen

Die Ergebnisse zeigen vielfältige Problemlagen jüdischen Lebens in München auf. Diese reichen von einem geschwächten Sicherheitsgefühl über psychische und physische Belastungen bis hin zu Einschränkungen gesellschaftlicher Teilhabe und einer getrübt Zukunftsperspektive, insbesondere bei jungen jüdischen Münchner:innen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich konkrete Handlungsempfehlungen, die auf verschiedenen Ebenen ansetzen: Sie zielen auf die Wiederherstellung von Sicherheit im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen, den Ausbau psychosozialer Unterstützungsangebote sowie eine Stärkung des gesamtgesellschaftlichen Bewusstseins für Antisemitismus. Jüdische Perspektiven müssen konsequent in politische, institutionelle und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um Marginalisierungen entgegenzuwirken und Teilhabe zu ermöglichen.

Die Empfehlungen dieses Kapitels konzentrieren sich auf zwei Schwerpunkte: erstens die **Stärkung bestehender lokaler, institutioneller und individueller Ressourcen**; zweitens die **Entwicklung und Etablierung neuer Strukturen** – insbesondere im Bereich psychosozialer Versorgung, politischer Bildung, Sicherheit, Recht und Forschung.

Die Formulierung der Empfehlungen basiert auf grundsätzlichen fachlichen Einschätzungen und Erfahrungen der Autorinnen. Eine intensive Auseinandersetzung mit bzw. Evaluation von bereits bestehenden Maßnahmen war im Rahmen dieser Studie nicht möglich. Die im „Aktionsplan gegen Antisemitismus“ von 2022¹⁰³ bzw. im Rahmen des Stadtratsbeschlusses „Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken“ von 2024¹⁰⁴ formulierten Maßnahmen lassen jedoch vermuten, dass einige der in diesem Kapitel formulierten Empfehlungen (z.B. im Bereich antisemitismuskritischer (Fort-)Bildungsmaßnahmen, bezüglich der Vertrauensbildung zwischen Betroffenen und Institutionen sowie im Hinblick auf die stärkere Sichtbarkeit von historischem und gegenwärtigem jüdischem Leben) bereits angestoßen bzw. umgesetzt wurden.

4.1. Stärkung lokaler institutioneller und individueller Ressourcen

4.1.1. Stärkung institutioneller Ressourcen

Die Tatsache, dass bestehende Unterstützungsangebote von den Interviewten nur vereinzelt genannt wurden, verweist auf deren geringe **Sichtbarkeit**. Um bestehende Strukturen besser zugänglich zu machen, ist es notwendig, deren öffentliche Präsenz gezielt **zu erhöhen**. Gleichzeitig verweisen Interviewte und Expert:innen auf bestehende, gut funktionierende Programme, deren langfristige Wirkung jedoch häufig durch eine unzureichende und unsichere Finanzierung gefährdet ist. Dies zeigte sich im Zuge des bundesweiten Förderstopps mehrerer Projekte gegen

103 Landeshauptstadt München 2021.

104 Rat der Landeshauptstadt München 2024.

Antisemitismus nach dem Bruch der Ampel-Koalition.¹⁰⁵ Eine nachhaltige finanzielle Absicherung dieser Angebote ist daher von zentraler Bedeutung.

Vertrauensbildung zwischen Betroffenen und Institutionen: Erfahrungen zeigen, dass zwischen Betroffenen und Anlaufstellen Vertrauensdefizite bestehen. Diese müssen durch gezielte Maßnahmen abgebaut werden – etwa durch spezifische Fortbildungen, den flächendeckenden Ausbau vertrauensvoller Ansprechpersonen sowie durch Formate, in denen sich jüdische Münchner:innen anonym oder offen mitteilen können.

Symbolische Sichtbarkeit und öffentliches Bekenntnis: Mehrere Interviewte betonten die Bedeutung symbolischer Gesten wie dem Hissen der israelischen Flagge am Münchner Rathaus oder dem öffentlichen Gedenken an Geiseln. Auch die Präsenz von Funktionsträger:innen bei Demonstrationen wurde mehrheitlich als wichtiges Signal gegen Isolation gewertet. Solche Gesten sollten nicht nur beibehalten, sondern strategisch weiterentwickelt werden.

Städteübergreifende Kooperationen: Die Vernetzung mit anderen Städten im Rahmen von Städtepartnerschaften oder Bürgermeister:innenrunden kann dazu beitragen, bewährte Ansätze zu teilen, Ressourcen effizienter einzusetzen und eine gemeinsame Strategie gegen Antisemitismus auf kommunaler Ebene zu entwickeln.

4.1.2. Stärkung individueller Ressourcen

Aktivismus und zivilgesellschaftliches Engagement: Individueller Aktivismus sowie gesellschaftliches Engagement wurden von den Interviewten als zentrale Ressourcen beschrieben – sowohl zur Stärkung der eigenen Handlungsmacht als auch für die solidarische Gemeinschaftsbildung. Darüber hinaus leisten engagierte Einzelpersonen einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung gegenüber und Bekämpfung von Antisemitismus im öffentlichen Raum. Zur Unterstützung dieses Engagements empfehlen sich Maßnahmen wie die Bereitstellung kommunaler Räume sowie die gezielte finanzielle Förderung lokaler Projekte – beispielsweise durch gemeinsame Ausschreibungen mit zivilgesellschaftlichen Partnerinstitutionen.¹⁰⁶ Solche Fördermaßnahmen entfalten zugleich eine positive symbolische Wirkung im Sinne gesellschaftlicher Solidarität.

Jüdische Kultur und Identität als Resilienzressource: Jüdische Kultur, religiöse Praxis und Gemeinschaftsstrukturen werden von vielen Interviewten als wichtige Quelle der Resilienz in Zeiten gesellschaftlicher Verunsicherung benannt. Dabei wird deutlich, dass nicht alle Personen Zugang zu institutionell organisierten Angeboten haben. Dennoch wählen viele bewusst den Rückzug in die jüdische Community, um dort Schutz, emotionale Sicherheit und kollektive Zugehörigkeit zu erfahren. Daraus ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag: Es gilt, stabile und sichere Rahmenbedingungen für jüdisches Leben zu schaffen – über allgemeine Sicherheitsvorkehrungen hinaus. Besonders wichtig ist dabei der Schutz jüdischer Veranstaltungen, Sportvereine, Kultureinrichtungen und Gastronomiebetriebe. Zugleich braucht es Maßnahmen, die jüdische Kultur stärker im öffentlichen Raum sichtbar machen und damit jüdisches

¹⁰⁵ Jüdische Allgemeine 2025b.

¹⁰⁶ Bspw. Stadtparkassen, lokale Unternehmen, etc.

Leben in alltagsweltlichen Normalitätsentwürfen verankern. Dies kann durch sichtbare Hinweise auf jüdische Feiertage oder die Würdigung historischer und gegenwärtiger jüdischer Persönlichkeiten im Stadtbild geschehen – wie etwa im Rahmen von „Jüdischen Kulturtagen“ oder ähnlichen Initiativen.¹⁰⁷

4.2. Notwendige Maßnahmen und Schaffung/Ausbau lokaler Ressourcen

4.2.1. Psychosoziale Versorgung

Zugang zu sicherer Psychotherapie: Viele Interviewte berichteten von psychischer Belastung, die mit antisemitischen Erfahrungen in Deutschland einhergeht – gleichzeitig äußerten sie Zurückhaltung oder Vermeidung bei der Inanspruchnahme professioneller Hilfe, teils aufgrund konkreter negativer Erfahrungen mit antisemitischen Haltungen im therapeutischen Kontext. Da die Vermittlung jüdischer Therapeut:innen den Bedarf allein nicht decken kann, sind ergänzende Konzepte erforderlich, die einen sicheren, explizit antisemitismuskritischen Rahmen gewährleisten. Als Vorbild oder Anknüpfungspunkt bietet sich unter anderem das Netzwerk „Psychotherapie gegen Antisemitismus“ an.¹⁰⁸ Das in Berlin ansässige Netzwerk „Psychotherapie gegen Antisemitismus“ baut derzeit Regionalgruppen in ganz Deutschland auf. Es ist ausdrücklich zu empfehlen, den Aufbau einer solchen Gruppe auch in München und Umgebung aktiv zu unterstützen, um für Jüdinnen:Juden vor Ort eine vertrauensvolle Anlaufstelle im Bereich der Psychotherapie zu schaffen. In diesem Zusammenhang sollten gezielt psychotherapeutische Institutionen – insbesondere Ausbildungsinstitute – angesprochen und die Einrichtung einer psychosozialen Beratungsstelle geprüft werden.

Temporäre und dauerhafte Safe Spaces: In den Interviews wurde ein erheblicher Bedarf an geschützten Räumen deutlich, in denen innerjüdischer Austausch sowie psychosoziale Unterstützung möglich sind. Solche Safe Spaces könnten einerseits als temporäre Formate ausgestaltet werden, um auf akute Belastungssituationen oder gesellschaftliche Ereignisse flexibel reagieren zu können – etwa in Anlehnung an die „Safer Spaces“ von OFEK.¹⁰⁹ Diese könnten durch verschiedene Träger oder Institutionen in München umgesetzt und an spezifische Zielgruppen angepasst werden. Zugleich zeigen die Studienergebnisse, dass gesellschaftliche Ausschlussmechanismen und biografisch verankerte Herausforderungen, die mit jüdischer Identität einhergehen, nicht nur temporäre Phänomene, sondern vielfach Ausdruck dauerhafter Belastung und struktureller Vulnerabilität sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dauerhafte Safe Spaces zu etablieren, die niedrigschwellige Begegnungs- und Beratungsangebote bereitstellen – inklusive sozialarbeiterischer und psychotherapeutischer Unterstützung. Bestehende

107 Vgl. bspw. Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt 2023.

108 Vgl. Netzwerk Psychotherapie gegen Antisemitismus 2025.

109 „Um einen Austausch in angeleiteten und geschützten Räumen zu ermöglichen, schafft OFEK Empowerment-Formate und führt Safer Spaces für verschiedene Gruppen durch. In der Vergangenheit bot OFEK Empowerment-Formate für Jugendliche, Studierende, Berufstätige, Eltern und andere Gruppen je nach Bedarf an. Mit diesen Angeboten möchten wir einander Halt und Support geben, Ohnmacht und Ungewissheit überwinden und unsere Handlungsmacht neu entdecken. Bei Bedarf werden psychologisch angeleitete Support-Gruppen angeboten. Bei Fragen rund um den Umgang mit Vorfällen können ebenfalls Räume angeboten werden, die sowohl umfassende Einordnung geben als auch erste Schritte ausloten.“ (OFEK 2025).

Angebote stoßen häufig an Grenzen, wenn es darum geht, die Diversität jüdischen Lebens abzubilden und insbesondere auch Personen zu erreichen, die sich von etablierten Trägern (z. B. Gemeinden) nicht angesprochen fühlen oder keine stabile Anbindung an die Community haben. Für diese Gruppen könnten dauerhafte Safe Spaces eine neue Ressource und ein Ort der Stärkung sein. Darüber hinaus könnten solche Räume als Vermittlungsstellen zu weiteren Hilfsangeboten dienen. Als mögliche Vorbilder lassen sich Formate wie Cafés oder Treffpunkte für Überlebende der Shoah benennen, die sich explizit an unterschiedliche religiöse, kulturelle und politische Selbstverortungen anpassen.¹¹⁰ Während es bereits in manchen Städten Angebote für die zweite und dritte Generation gibt, besteht eine deutliche Versorgungslücke für die Altersgruppe der in dieser Studie befragten Personen. Die geplanten Safe Spaces sollten nicht ausschließlich auf Shoah-Betroffenheit Bezug nehmen, sondern offen sein für alle Personen mit jüdischer Familiengeschichte, die sich als marginalisierte Gruppe unter Mehrfachbelastungen erleben. Die Prüfung einer kommunalen (Mit-)Finanzierung und Bereitstellung geeigneter Infrastruktur wäre in diesem Zusammenhang ein wichtiger nächster Schritt.

4.2.2. Politische Bildung

Institutionelle Bildungsarbeit in Schule, Hochschule, Verwaltung und Polizei: Nicht nur Lehrkräfte an Schulen und Berufsschulen, sondern insbesondere auch Hochschullehrende benötigen systematische Fortbildungen zum Thema Antisemitismus sowie zum professionellen Umgang mit antisemitischen Vorfällen und Konflikten im Lehrkontext. Diese Fortbildungen müssen fundiertes Wissen über antisemitische Codes, Narrative und Stereotype vermitteln – einschließlich der Besonderheiten des israelbezogenen Antisemitismus. In den Interviews wurde neben offen antisemitischem Verhalten einzelner Lehrpersonen auch von deren Tatenlosigkeit oder Überforderung berichtet. In beiden Fällen trugen sie dazu bei, dass das grundlegende pädagogische Ziel – die Bereitstellung eines sicheren und diskriminierungsfreien Lernraums – nicht erreicht wurde. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang das asymmetrische Machtverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden, das durch Notengebung strukturell verstärkt wird und die Vulnerabilität der betroffenen Studierenden erhöht. Im schulischen Bereich ist daher die Einrichtung der bei der Fachstelle für Demokratie angesiedelten „Anlaufstelle bei Diskriminierung und rechtem Hass an Münchner Schulen“, die Schulen bzw. Betroffene im Umgang mit dem Thema berät, zu begrüßen. Ähnlich dringlich ist die Fortbildung von Polizeikräften, insbesondere im Hinblick auf ihre Rolle im Schutz jüdischer Einrichtungen sowie im Umgang mit antisemitischen Straftaten und Bedrohungslagen. Neben verpflichtenden Schulungen zur Spezifik antisemitischer Diskriminierung sollten an jeder Polizeiwache dezidierte Ansprechpersonen für Betroffene benannt werden. Der Fokus muss hierbei auf der Besonderheit des Antisemitismus liegen, die – wie auch im einleitenden Teil der Studie beschrieben – nicht unreflektiert mit anderen Diskriminierungsformen zusammengefasst werden darf. Ein bislang häufig übersehener Bereich sind Verwaltungsangestellte, die in zahlreichen Kontexten – etwa bei der Prüfung von Anträgen, bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen oder in religionssensiblen Situationen – unmittelbaren Einfluss auf das Erleben von Diskriminierung nehmen

110 Vgl. Brehm 2021; Staszewski 2017.

können. Auch hier ist spezifische Weiterbildung notwendig, um Antisemitismus erkennen und im Berufsalltag verantwortungsvoll damit umgehen zu können. Dazu gehört auch die Berücksichtigung religiöser Gebote und jüdischer Lebensrealitäten im Verwaltungshandeln. Eine Koordination zusätzlicher Fortbildungsangebote in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und jüdischen Fachinstitutionen – wie etwa der Jüdischen Akademie Frankfurt – sollte geprüft und weiter gestärkt werden.

Zivilgesellschaftliche Bildungsarbeit und Austauschformate: Entsprechend des vielfach geäußerten Wunsches der Interviewten, das gesellschaftliche Wissen über Antisemitismus zu erweitern, sollten **Gewerkschaften** als wichtige Multiplikatoren verstärkt in den Blick genommen werden. Über ihre Strukturen lassen sich berufstätige Menschen auch außerhalb des formalen Bildungssystems erreichen. Zugleich erfordert die Arbeit in der Arbeitnehmer:innenvertretung ein hohes Maß an Sensibilität für Diskriminierung – eine gezielte Kooperation mit gewerkschaftlichen Bildungsträgern und Antidiskriminierungsstellen ist daher besonders empfehlenswert. **Vereine** spielen als Orte zivilgesellschaftlichen Lebens eine zentrale Rolle für gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Inklusion von Minderheiten. Als Sozialisationsinstanz insbesondere für Kinder und Jugendliche tragen sie auch Verantwortung in der politischen und wertorientierten Bildung. Zudem stellen sie eine wichtige Schnittstelle dar, über die auch Erwachsene, die nicht mehr im Bildungssystem verankert sind, für Bildungsangebote erreicht werden können. **Sportvereine**, insbesondere Fußballvereine, geraten jedoch regelmäßig durch rassistische, sexistische oder antisemitische Vorfälle in die mediale Kritik.¹¹¹ Diese Problematik erfordert nicht nur klare Sanktionen (siehe Kapitel „Sicherheit und Recht“), sondern eröffnet zugleich Chancen für präventive Bildungsarbeit. Hier kann an bestehende Kampagnen angeknüpft werden, die in den letzten Jahren zunehmend durch strukturierte Bildungsformate in der Jugend- und Fanarbeit ergänzt wurden. Für die kommunale Ebene empfiehlt es sich, **Kooperationsmöglichkeiten mit lokalen Profisportvereinen**, wie etwa dem FC Bayern München, TSV 1860 München oder der Spielvereinigung Unterhaching, im Rahmen ihres gesellschaftlichen Engagements gezielt auszuloten. Zugleich sollte das bestehende Angebot von Organisationen wie **Makkabi Deutschland** – das bereits erfolgreich Workshops zu Antisemitismusprävention und jüdischem Leben durchführt – weiter unterstützt, ausgebaut und in weitere gesellschaftliche Bereiche übertragen werden. Ein gelungenes Beispiel für wirksame Antisemitismusprävention im Sport ist die enge Zusammenarbeit mit den Profi-Fußballvereinen 1. FC Nürnberg, TSV 1860 München und FC Ingolstadt 04. In den Nachwuchsleistungszentren dieser Clubs werden regelmäßig antisemitismuskritische Workshops und spezielle Fußballtrainings angeboten, die sportliche Übungen mit Methoden politischer Bildung kombinieren. Ziel ist es, möglichst alle Jugendteams ab der Altersklasse U13 zu erreichen. Besonders hervorzuheben ist der 1. FC Nürnberg, bei dem eine gesamte Themenwoche mit Jugend- und Profimannschaften sowie Mitarbeitenden verschiedener Abteilungen durchgeführt wurde. Auch die Begleitung antisemitismuskritischer Initiativen wie des Jenö-Konrad-Cups oder des Internationalen Walther-Bensemann-Gedächtnisturniers sowie Kooperationen mit Maccabi Nürnberg zeigen, wie nachhaltiges Engagement aussehen kann. Weitere positive Beispiele sind die Kooperationen mit Maccabi

111 Vgl. SWR 2024; ZDF 2024.

München, gemeinsame Aktionen mit dem FC Bayern München und eine neue Zusammenarbeit mit der Bayerischen Justiz, um antisemitische Vorfälle auch strafrechtlich konsequent verfolgen zu können.

Auch auf die von der Landeshauptstadt München finanziell geförderten Bildungsangebote der Europäischen Janusz Korczak Akademie zu den Themen Antisemitismuskritik bzw. -prävention kann hier zurückgegriffen werden.

Begegnungs- und Austauschprogramme stellen eine weitere wichtige Ressource dar, um Verständnis für jüdische Lebensrealitäten zu stärken – insbesondere in Bezug auf die häufig in den Interviews beschriebene Schwierigkeit, Bedrohungserfahrungen sowie persönliche und familiäre Israel-Bezüge im nichtjüdischen Umfeld zu vermitteln. Trotz widersprüchlicher Befunde zur sogenannten Kontakthypothese ist eine (weitere) Förderung von Begegnungs- bzw. Austauschprogrammen sinnvoll – vorausgesetzt, sie sind didaktisch fundiert und reagieren auf konkrete Wissenslücken. Dazu zählen etwa fehlendes Wissen über jüdisches Leben in Deutschland und im Nahen Osten, mangelndes politisch-historisches Verständnis und eine hohe Anfälligkeit für Desinformation (z. B. in Form antisemitischer „Fake News“). Neben Programmen wie „**Meet a Jew**“ oder (spezifisch in München) „**Coffee with a Jew**“¹¹² sollte besonders der **örtlich verankerte Austausch** – etwa durch Schüleraustauschformate oder entsprechende Projektwochen – in den Vordergrund gerückt werden. Beispielhaft wäre in diesem Zusammenhang auch das Projekt YouthBridge der Europäischen Janusz Korczak Akademie zu nennen.¹¹³

4.2.3. Sicherheit und Recht

Polizeilicher Schutz und Vertrauensbildung: In den Interviews wurde deutlich, dass viele der befragten Personen den polizeilichen Schutz als unzureichend erleben – sei es durch mangelnde Präsenz, fehlende Sensibilität oder negative Erfahrungen mit Einsatzkräften. Zusätzlich äußerten einige IP konkrete Sorgen über mögliche antisemitische Einstellungen einzelner Beamt:innen. Vertrauensbildende Maßnahmen – sind daher essenziell. Dazu zählen zudem verpflichtende Fort- und Weiterbildungen im Bereich Antisemitismus, insbesondere auch für eingesetzte Kräfte an jüdischen Feiertagen¹¹⁴ sowie gegebenenfalls Hintergrundüberprüfungen von Sicherheitspersonal in sensiblen Kontexten.¹¹⁵

Spezifische Ansprechpersonen und institutionelle Sensibilisierung: Sicherheitsbehörden und andere relevante Institutionen sollten über dezidierte Ansprechpersonen verfügen, an die sich Betroffene vertrauensvoll wenden können. Der bloße Verweis auf existierende Antisemitismusbeauftragte reicht dabei nicht aus – viele IP gaben an, solche Stellen nicht zu nutzen, da sie sich dort nicht sicher oder ernst genommen fühlen. Aus den Interviews geht hervor, dass antisemitisches Verhalten, auch im institutionellen Kontext, nicht nur nicht sanktioniert, sondern

112 Dabei handelt es sich um ein Projekt von B'nai B'rith Hebraica-Menorah e.V.; weitere Informationen: www.bnaibrith-muc.de/#projekte.

113 Mehr Informationen unter: www.youthbridge.eu/youthbridge-muenchen/.

114 Beim Terroranschlag in Halle wurde nachträglich bekannt, dass die Polizist:innen nicht wussten, dass an diesem Tag Jom Kippur gefeiert wird und sie dementsprechend nicht in erhöhter Alarmbereitschaft waren.

115 Wie im Vorfall mit Charlotte Knobloch (2023) und ihrem neonazistischen Personenschützer deutlich wurde, ebenso wie in den negativen Erfahrungen mit Securities und Polizist:innen beim Aufgeben einer Anzeige.

teils gar nicht als solches erkannt wird. Diese Problematik deckt sich mit Ergebnissen anderer Studien: Viele Beamt:innen fühlen sich unsicher im Umgang mit antisemitischen Vorfällen und nicht ausreichend geschult.¹¹⁶ Notwendig sind daher spezifische Schulungskonzepte für Polizist:innen in Ausbildung wie im Dienst – nicht zuletzt, um antisemitische Straftaten überhaupt erkennen und korrekt einordnen zu können. Hier empfiehlt sich eine Kooperation mit den spezialisierten kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in München (z.B. mit den Jüdischen Gemeinden, RIAS Bayern, der Europäischen Janusz Korczak Akademie oder der Fachstelle für Demokratie). Bereits bestehende Angebote gilt es in Kooperation mit diesen zu verstetigen und auszubauen.

Konsequente strafrechtliche und institutionelle Sanktionierung: Antisemitische Vorfälle in Universitäten, Behörden oder Vereinen bleiben oft folgenlos – dies untergräbt das Vertrauen in staatliche Institutionen und verstärkt das Gefühl des Ausgeliefertseins. Es braucht klare Konsequenzen: Auf Hochschulebene sollten etwa Betretungsverbote oder Exmatrikulationen geprüft werden. Im Bereich der – häufig kostenfreien oder stark vergünstigten – Überlassung kommunaler Räumlichkeiten oder Anlagen (z.B. Sportplätze) an private Träger(-vereine) sollte die Überlassung im Rahmen der rechtlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten an Bedingungen geknüpft sein – insbesondere, wenn antisemitisches Verhalten nicht ausreichend unterbunden wird.

Politischer Einsatz für rechtliche Nachbesserungen: Die Erfahrungen der Interviewten machen deutlich, dass aktuelle gesetzliche Regelungen nicht ausreichen, um bestimmte Formen antisemitischer Diskriminierung – etwa im Kontext auf Israel gerichteter Umwegkommunikation – juristisch zu fassen. Besonders relevant ist hierbei die fehlende Berücksichtigung der Nationalität im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Eine gesetzliche Ergänzung wäre dringend geboten – ebenso wie eine bereits jetzt praktizierte Orientierung am Schutzgedanken durch kommunale Verwaltungspraxis. Lokale politische Akteur:innen können diese Forderung auf überregionaler Ebene aktiv vertreten. Außerdem gilt es Kommunen wie die Stadt München durch entsprechende (landes-)gesetzliche Regelungen in die Lage zu versetzen, antisemitischen Tendenzen auch juristisch entgegenwirken zu können – bspw. im Hinblick darauf, die Vergabe von städtischen Räumen aufgrund antisemitischer Inhalte zu untersagen. In vielen Fällen, in denen rechtliche Instrumente nicht greifen, sind andere Handlungsformen gefragt. Hierzu zählen psychologische Unterstützung und Beratung für Betroffene, öffentlichkeitswirksame und mediale Interventionen, religiöse Ressourcen zur Stärkung der jüdischen Identität sowie insbesondere pädagogische Ansätze zur Förderung von Zivilcourage. Gerade auf Letzteres kommt es entscheidend an: Es braucht Formate, in denen die Grenzen rechtlicher Mittel im pädagogischen Rahmen transparent gemacht und alternative Handlungsoptionen eröffnet werden.

München als sicherer Zufluchtsort: Als stark vernetzte Stadt mit internationalen Partnerschaften und einem klaren Bekenntnis gegen Antisemitismus könnte München sich als „Safe Harbour“ für Menschen aus israelischen Partnerstädten und für vom 7. Oktober besonders betroffene Personen erklären.¹¹⁷ Eine solche Maßnahme hätte nicht nur symbolische

116 Vgl. Grimm et al. 2024.

117 In Anlehnung an das Safe Harbour Konzept für Geflüchtete, das München bereits umgesetzt hat (vgl. Seebrücke 2021).

Bedeutung, sondern würde auch die Situation von Menschen mit familiären oder persönlichen Bezügen zu Israel konkret verbessern. Die Unterstützung lokaler Communities – etwa der israelischen oder ukrainischen – die bereits solidarisch aktiv sind, könnte Teil dieser Initiative sein.

4.2.4. Forschung

Stärkung jüdischer Perspektiven in Wissenschaft und Forschung: Jüdische Perspektiven sind in der deutschen Wissenschaft nach wie vor unterrepräsentiert – insbesondere dann, wenn sie biografische Bezüge zu Israel oder persönliche Erfahrungen mit Antisemitismus einbringen. Diese Leerstelle wird zusätzlich durch aggressive Boykottforderungen verschärft, die nicht nur den offenen wissenschaftlichen Dialog gefährden, sondern auch die beruflichen Perspektiven jüdischer Wissenschaftler:innen erheblich einschränken. Ein gezielter **wissenschaftlicher Austausch mit israelischen Institutionen** könnte hier Abhilfe schaffen – durch Kooperationen, die sowohl jüdische als auch nichtjüdische israelische Stimmen einbinden, Vielfalt fördern und den offenen, respektvollen Diskurs stärken. Gleichzeitig hätte ein solcher Austausch eine wichtige symbolische Wirkung, indem er jüdische Teilhabe im Wissenschaftssystem sichtbar macht und stärkt. Diese Kooperationen könnten im Rahmen bestehender **Städtepartnerschaften** verankert und mit Fördermaßnahmen auf lokaler Ebene unterstützt werden.

Forschungslücken und zukünftige Themenschwerpunkte: Die Studie hat eine Reihe bislang wenig bearbeiteter Forschungsbedarfe sichtbar gemacht, zu denen gezielte Projekte entwickelt und gefördert werden sollten:

Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft: Notwendig sind Studien, die auf die in der Einleitung beschriebene „Kommunikationslatenz“ methodisch reagieren und differenzierte Antisemitismusverständnisse abbilden. Vorbild kann die Studie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen“¹¹⁸ sein, die zur Sichtbarmachung antisemitischer Einstellungen und zur Sensibilisierung des nichtjüdischen Umfelds beiträgt.

Diskriminierung im Alltag: In den Interviews wurde deutlich, dass viele Jüdinnen:Juden nicht nur Angst vor physischen Angriffen äußern, sondern auch strukturelle Benachteiligungen im Alltag erleben – insbesondere im Berufsleben. Genannt wurden etwa berufliche Nachteile aufgrund jüdisch klingender Namen oder wegen Israel-Bezügen im Lebenslauf, teils verbunden mit konkreten Erfahrungen von Ausgrenzung oder Boykott. Anders als im Kontext rassistischer Diskriminierung existieren bislang jedoch kaum experimentelle Studien, die solche Benachteiligungen systematisch untersuchen – etwa bei Bewerbungsverfahren oder der Wohnungssuche. Diese Forschungslücke ist besonders gravierend, da sie die alltäglichen Erfahrungen vieler jüdischer Menschen unsichtbar macht. Gerade mit Blick auf den vielfach geäußerten Wunsch, ein „normales“ Leben in Deutschland führen zu können, ist Forschung zu sichtbarer und vermuteter Zugehörigkeit zu jüdischem oder israelischem Leben dringend notwendig – sowohl zur Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft als auch zur Entwicklung wirksamer Schutz- und Gleichstellungsmaßnahmen.

118 Beyer et al. 2024.

Institutioneller Antisemitismus und antisemitische Strukturen in Institutionen: Die Interviews zeigen deutlich: Antisemitismus ist kein Phänomen, das nur im privaten oder gesellschaftlichen Raum auftritt – auch Institutionen sind davon nicht frei. Neben individuellen antisemitischen Haltungen von Funktionsträger:innen wurden strukturelle Bedingungen sichtbar, die Jüdinnen:Juden benachteiligen. Dazu gehört insbesondere die mangelnde Berücksichtigung religiöser Pflichten – etwa die Erschwernis oder Verunmöglichung der Einhaltung jüdischer Feiertage oder Speisegebote im Schul- und Hochschulkontext. Solche Ausschlüsse sind Ausdruck eines **institutionellen Antisemitismus**, der nicht notwendigerweise durch individuelle Feindseligkeit, sondern durch fehlende strukturelle Sensibilität entsteht. Zukünftige Forschung, zum Beispiel durch Einrichtungen wie die Münchner Universitäten und Hochschulen, sollte systematisch untersuchen, **in welchen institutionellen Kontexten jüdisches Leben erschwert oder unsichtbar gemacht wird**, und wie diese Barrieren abgebaut werden können.

Psychische Langzeitfolgen multipler Betroffenheiten: Darüber hinaus wurde im Rahmen der Studie deutlich, dass antisemitische Erfahrungen nicht nur akute Belastungen auslösen, sondern langfristige psychische Folgen haben können – insbesondere dann, wenn sie sich mit **biografischen Vorbelastungen** überlagern. Viele der befragten jungen Jüdinnen:Juden in München weisen eine komplexe Erfahrungsstruktur auf, die von mehrfachen oder vorgelagerten Belastungen geprägt ist. Dazu zählen familiär tradierte Traumata durch die Shoah, aktuelle Kriegserfahrungen (z. B. durch den Ukrainekrieg), der Militärdienst in der IDF, sowie persönliche Betroffenheit durch Terroranschläge in Israel oder Deutschland. Hinzu kommt die durchgängig beschriebene Alltagskulisse – geprägt von Unsicherheit, fehlender Solidarität und antisemitischen Anfeindungen – sowie der fortgesetzte psychische Stress durch das mediale Schweigen oder die Verharmlosung etwa der Inszenierungen der Hamas bei der Geiselübergabe nach dem 7. Oktober. Diese **Kombination von struktureller Bedrohung, individueller Erfahrung und gesellschaftlicher Gleichgültigkeit** macht viele der Befragten besonders vulnerabel. Forschung zu den langfristigen psychischen Auswirkungen solcher kumulierter Belastungen ist daher dringend notwendig – auch, um bedarfsgerechte psychosoziale Angebote entwickeln zu können, die über kurzfristige Krisenintervention hinausgehen.

Solidarität und Antisemitismuskritik: In den Interviews berichten viele der befragten Jüdinnen:Juden von einem eklatanten Mangel an Unterstützung durch ihr nichtjüdisches Umfeld – teilweise wandten sich sogar enge Freund:innen nach dem 7. Oktober 2023 ab. Diese Erfahrung der Isolation wurde von vielen als besonders schmerzhaft empfunden, da sie die bestehende Unsicherheit zusätzlich verstärkte. Gleichzeitig gab es auch Berichte über **unerwartete Solidarität**, insbesondere im beruflichen Kontext oder durch neu entstandene Freundschaften im Rahmen eines gemeinsamen Engagements gegen Antisemitismus. Diese Ambivalenz verweist auf ein zentrales Forschungsdesiderat: Während überzeugte Antisemit:innen kaum erreichbar erscheinen, liegt großes Potenzial bei jenen, die **nicht antisemitisch denken**, sich jedoch bislang nicht aktiv für jüdische Perspektiven und Betroffene einsetzen. Zwei zentrale Forschungsfragen lassen sich daraus ableiten:

1. Welche biografischen, emotionalen und kognitiven Faktoren führen zur Ausbildung einer stabilen antisemitismuskritischen Haltung?

2. Welche hemmenden Faktoren verhindern Solidarität – selbst bei Personen, die grundsätzlich eine solche Haltung vertreten?

Viele Interviewte äußerten die Vermutung, dass **berufliche oder soziale Nachteile** eine wichtige Rolle spielen, wenn potenzielle Verbündete zögern, sich öffentlich zu positionieren. Forschungsprojekte sollten daher genau untersuchen, **unter welchen Bedingungen Solidarität mit jüdischen Menschen entsteht, gehemmt oder verhindert** wird – etwa durch Ängste, Unwissenheit oder gesellschaftliche Stimmungslagen. Zielgruppen solcher Forschung sollten insbesondere **nichtjüdische Deutsche** und weitere **nichtjüdische Personen in Deutschland** sein. Projekte könnten klären, wie antisemitismuskritisches Bewusstsein entsteht und unter welchen Bedingungen es in Handlung übergeht – z. B. durch Ausbildung, Sozialisation, persönliche Kontakte oder politische Bildung. In diesem Kontext ist auch eine **differenziertere Auseinandersetzung mit der Kontakthypothese** notwendig: Es gilt herauszufinden, welche Formen der Interaktion und Begegnung tatsächlich zur Ausbildung einer empathischen, antisemitismuskritischen Haltung beitragen. Das betrifft nicht nur die intersubjektive Beziehung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Menschen, sondern auch die **Relevanz konkreter Erfahrungen mit Israel** – etwa durch Reisen, Austauschprogramme oder biografische Bezüge.

Literatur

Wissenschaftliche Literatur:

- Arnold, S./Grünberg, K./Decker, O. (2025): Erfahrungen des Antisemitismus in Deutschland vor und nach dem genozidalen Angriff auf Israel. In: psychosozial, 47, Nr. 178, S. 5-7.
- Baider, L./Peretz, T./Hadani, P.E./Perry, S./Avramov, R./De-Nour, A.K. (2000): Transmission of response to trauma? Second-generation Holocaust survivors' reaction to cancer. In: American Journal of Psychiatry, 157(6), S. 904-910.
- Benson, P. (2025): Report Finds 340 % Surge in Antisemitism Worldwide. Israel's News Agency, 19.01.2025. <https://tps.co.il/articles/report-finds-340-surge-in-antisemitism-worldwide/> (29.03.2025).
- Bernstein, J. (2020): Antisemitismus an Schulen. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Bernstein, J. (2023): Zerspiegelte Welten. Antisemitismus und Sprache aus jüdischer Perspektive. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Bernstein, J./Diddens, F. (2024a): „Ich sehe das Plakat ‚Israel ist unser Unglück‘ und denke mir, ist es rechtlich möglich?“ Rechtlicher Schutz vor Antisemitismus aus jüdischen Perspektiven. In: Geisel, L./Borchert, J. (Hg.): Der Rechtsstaat im Kampf gegen Antisemitismus. Perspektiven auf Polizei, Justiz und Strafvollzug. Weinheim/Basel: Beltz Juventa. S. 67-79.
- Bernstein, J./Diddens, F. (2024b): Antisemitismus und Recht aus jüdischen Perspektiven. In: Kriminalpolitische Zeitschrift, 9(5), S. 330-341. <https://kripoz.de/wp-content/uploads/2024/09/bernstein-diddens-antisemitismus-und-recht-aus-juedischen-perspektiven.pdf> (29.03.2025).
- Bernstein, J./Diddens, F. (2025): Hammer und Amboss: „Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf das jüdische Leben in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Beyer, H. (2015): Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 67, S. 573–589.
- Beyer, H./Krumpal, I. (2010): „Aber es gibt keine Antisemiten mehr“: Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 62, S. 681–705.
- Beyer, H./Rensmann, L./Brögeler, H./Jäger, D./Schulz, C. (2024): Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024. https://www.antisemitismusbeauftragte.nrw/sites/default/files/2024-09/Abschlussbericht_Antisemitismus_in_NRW_2024.pdf (29.03.2025).
- Bildungsstätte Anne Frank (2024): Der 7. Oktober, der Krieg in Gaza und die Folgen an Schulen in Deutschland. Eine Umfrage der Bildungsstätte Anne Frank unter Lehrkräften. https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Broschüren/BSAF_2024-3009_7.Oktober_Lehrkräfte-Umfrage.pdf (29.03.2025).
- Bohnsack, R. (2013): Typenbildung, Generalisierung und komparative Analyse: Grundprinzipien der dokumentarischen Methode. In: Bohnsack, R./Nentwig-Gesemann, I./Nohl, A.-M. (Hg.): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Wiesbaden: VS, S. 241–270.
- Brehm, A. (2021): Repräsentanzen der Shoah. Über ein Café für Überlebende und die Gegenwart der Vergangenheit. Gießen: Psychosozial.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2023): Jüdische Gemeinschaft in Deutschland. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/staat-und-religion/juedische-gemeinschaft/juedische-gemeinschaft-node.html> (29.03.2025).

- Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus e.V. (RIAS) (2023b): Antisemitische Reaktionen auf den 7. Oktober. Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza zwischen dem 7. Oktober und 9. November 2023. https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf (29.03.2025).
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus e.V. (RIAS) (2023a): Antisemitische Reaktionen in Deutschland auf die Hamas-Massaker in Israel. https://report-antisemitism.de/documents/2023-10-18_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel.pdf (29.03.2025).
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus e.V. (RIAS) (2024): Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Jahr 2023. https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf (29.03.2025).
- Chernivsky, M./Lorenz-Sinai, F. (2024): Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities in Deutschland. APuZ, 14.06.2024. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antisemitismus-2024/549359/der-7-oktober-als-zaesur-fuer-juedische-communities-in-deutschland/> (29.03.2025).
- Cohen, H. (2024): Most Jewish teens feel their antisemitism concerns are being ignored — poll. eJewishPhilanthropy, 10.09.2024. <https://ejewishphilanthropy.com/most-jewish-teens-feel-their-antisemitism-concerns-are-being-ignored-poll/> (29.03.2025).
- Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (2024): Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment – empirische Befunde. In: Decker, O./Kiess, J./Heller, A./Brähler, E. (Hg.): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial, S. 133-160.
- Decker, O./Kiess, J./Heller, A./Brähler, E. (2024): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, O./Kiess, J./Heller, A./Brähler, E. (Hg.): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial, S. S. 29-99.
- Denzin, N.K. (1989): Interpretive Biography. Newbury Park, N.Y.: Sage Publications.
- Denzin, N.K. (2017): Interpretive Autoethnography. Los Angeles et al.: Sage.
- Diner, D. (2025): Sie stellen den Israelis den Vernichtungstod in Aussicht. FAZ, 25.10.2023. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/israel-krieg-hamas-stellen-israelis-den-vernichtungstod-in-aussicht-19265630.html> (29.03.2025).
- European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) (2024): Jewish People's Experiences and Perceptions of Antisemitism. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2024-experiences-perceptions-antisemitism-survey_en.pdf (29.03.2025).
- Faimberg, H. (1988): The Telescoping of Generations. Genealogy of Certain Identifications. In: Contemporary Psychoanalysis, 24(1), S. 99-118.
- Fein, H. (1987): The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism. Berlin: de Gruyter.
- Friedländer, S. (1998): Das Dritte Reich und die Juden 1939-1945. München: Beck.
- Fuchs, M. (2000): Befragung einer seltenen Population. Das Schneeball-Verfahren in einer CATI-Studie. In: Hüfken, V. (Hg.): Methoden in Telefonumfragen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 65-88.
- Gabler, S. (1992): Schneeballverfahren und verwandte Stichprobendesigns. ZUMA Nachrichten, 16(31), S. 47-69.
- Grimm, M./Jahn, S. J./Frommer, J.-A./Baier, J. (2024): Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei: Eine Interviewstudie bei der Landespolizei Nordrhein-Westfalen.

- EMPATHIA³ Working Paper Series. <https://omp.ub.rub.de/index.php/Empathia3/catalog/view/300/268/1423> (29.03.2025).
- Grünberg, K. (2023): Juden wieder in Angst. So wirkt das Shoah-Trauma bis in die dritte Generation (Interview). Osnabrücker Zeitung, 17.11.2023. <https://www.noz.de/deutschland-welt/nahostkrieg/artikel/extrem-trauma-shoah-die-angst-vor-juden-verfolgung-ist-zurueck-45926295> (29.03.2025).
- Haury, Th. (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg: Hamburger Edition.
- Helferich, C. (2022). Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, N./Blasius, J. (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Springer VS, Wiesbaden, S. 875-892.
- Hermanns, H. (1991): Narratives Interview. In: Flick, U./Kardorff, E. v./Keupp, H./Rosenstiel, L v./Wolff, St. (Hg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. München: Psychologie Verlags Union, S. 182–185.
- Hinz, Th./Marczuk, A./Multrus, F. (2024): Studentisches Meinungsklima zur Gewalteskalation in Israel und Gaza und Antisemitismus an deutschen Hochschulen. Working Paper Nr. 16 des Cluster of Excellence „The Polics of Inequality“. März 2024. <https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/8b7c707e-dcb6-4c47-b642-d416487780ea/content> (29.03.2025).
- Hoyer, J. (2025): Umwegkommunikation. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Glossar Antisemitismus. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/glossar-antisemitismus/559904/umwegkommunikation/> (29.03.2025).
- International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) (2016): Arbeitsdefinition von Antisemitismus. <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> (29.03.2025).
- Keilson, H. (1984): Wohin die Sprache nicht reicht. In: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen, 38(10), S. 915–926.
- Kestenberg, J. S. (1989): Neue Gedanken zur Transposition. Klinische, therapeutische und entwicklungsbedingte Betrachtungen. In: Jahrbuch der Psychoanalyse, 24, S. 163–189.
- Klotz, A.-K./Spiegel, J. (2025): „Jüdische Stimmen hörbar machen“. Zeitgeschichte Online, 06.20.2024. <https://zeitgeschichte-online.de/themen/juedische-stimmen-hoerbar-machen> (29.03.2025).
- Kogan, I. (1998): Der stumme Schrei der Kinder. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Kühner, A. (2008): Trauma und kollektives Gedächtnis. Gießen: psychosozial.
- Langer, P./Dymczyk, A./Brehm, A./Ronel, J. (2020): Traumakonzepte in Forschung und Praxis. Ein Überblick. Wiesbaden: Springer VS.
- Lewitan, J (2023): Das vererbte Déjà-vu. Die Reaktivierung transgenerationaler Ängste infolge des 7. Oktobers. In: Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie, 26(2), S. 90–96.
- Meuser, M./Nagel, U. (1994): Expertenwissen und Experteninterview. In: Hitzler, R./ Honer, A./Maeder, C. (Hg.): Expertenwissen. Vieweg+Teubner Verlag, S. 180-192.
- Nohl, A.-M. (2005): Dokumentarische Interpretation narrativer Interviews. In: bildungsforschung, <https://bildungsforschung.org/ojs/index.php/bildungsforschung/article/view/13/11> (29.03.2025).
- OFEK e.V. (2024): Beratungsanfragen seit 7. Oktober 2023 im Vergleich zu den letzten Jahresstatistiken <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/04/240417-OFEK-sechs-Monate-nach-7-Oktober-1.pdf> (29.03.2025).
- Ranc, J. (2016): „Eventuell nicht gewollter Antisemitismus“. Zur Kommunikation antijüdischer Ressentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rensmann, L. (2025): Politischer Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter. Formen und Ursachen in Demokratien des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden: Nomos.

- Rensmann, L. (2018): Antisemitismus in bewegten Zeiten: Zur kritischen Relevanz des Konzepts in Wissenschaft und demokratischer Praxis. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 3(1), S. 93-102.
- Rensmann, L. (2007): Zwischen Kosmopolitanismus und Ressentiment: Sekundärer Antisemitismus in der deutschen und europäischen Linken“. In: Simbürger, B. E./Brosch, M./Elm, M./Geißler, N./Wrochem, O. v. (Hg.): Exklusive Solidarität? Linker Antisemitismus in Deutschland. Berlin: Metropol Verlag, S. 165-190.
- Rensmann, L. & Schoeps, J.H. (2008): Antisemitismus in der Europäischen Union: Einführung in ein neues Forschungsfeld. In: Rensmann, L. & Schoeps, J.H. (Hg.): Feindbild Judentum: Antisemitismus in Europa. Berlin: Verlag Berlin-Brandenburg, S. 9-40.
- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) (2025): Antisemitische Vorfälle in Bayern 2024. https://report-antisemitism.de/documents/Rias_Bayern_Jahresbericht_2024.pdf (30.04.2025).
- Sartre, J.-P. (1945/1986): Drei Essays. Überlegungen zur Judenfrage. Berlin: Ullstein.
- Scharf, M., & Mayseless, O. (2011): Disorganizing experiences in second- and third-generation Holocaust survivors. In: Qualitative Health Research, 21(11), S. 1539–1553.
- Schwarz-Friesel, M (2022): Die unerträgliche deutsche Leichtigkeit im Umgang mit Antisemitismus. Die Welt, 30.06.2022. <https://www.welt.de/kultur/article239599401/Monika-Schwarz-Friesel-Die-unertraegliche-deutsche-Leichtigkeit-im-Umgang-mit-Antisemitismus.html> (31.03.2025).
- Schwarz-Friesel, M./Reinharz, J. (2012): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin: de Gruyter.
- Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund SIG/GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (Hg.) (2024): Antisemitismusbericht 2024 für die deutsch-, die italienisch- und die rätoromanischsprachige Schweiz. <https://swissjews.ch/de/downloads/berichte/antisemitismusbericht2024> (29.03.2025).
- Statista (2025a): Israel / Palästinensische Autonomiegebiete: Anzahl der Todesopfer und Verletzten im Krieg zwischen Hamas und Israel seit dem 07. Oktober 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/> (29.03.2025).
- Statista (2025b): Entwicklung der Studienanfängerquote in Deutschland von 2000 bis 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72005/umfrage/entwicklung-der-studienanfaengerquote/> (31.03.2025).
- Staszewski, N. (2017): Trauma und Alter. Zur Konzeptualisierung psychosozialer Arbeit mit Shoah-Überlebenden in Deutschland. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Stögner, K. (2022): Intersektionalität und Antisemitismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Antisemitismus, 12.12.2022. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/516233/intersektionalitaet-und-antisemitismus/> (29.03.2025).
- Strübing, J./Hirschauer, St./Ayaß, R./Krähnke, U./Scheffer, Th. (2018): Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Ein Diskussionsanstoß. In: Zeitschrift für Soziologie. 47(2), S. 83–100.
- Zick, A./Hövermann, A./Jensen, S./Bernstein, J./Perl, N. (2017): Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemitteilungen/Studie_juedische_Perspektiven_Bericht_April2017.pdf (29.03.2025).
- Zick, A./Küpper, B. (2007): Antisemitismus in Deutschland: Das traditionelle Vorurteil und seine Transformationen. In: APuZ, 24.07.2007. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30329/antisemitismus-in-deutschland-und-europa/> (29.03.2025).

Berichte in öffentlichen Medien und von antisemitismuskritischen Initiativen:

- Abendzeitung (2025): Ince, H.: Messeralarm in München: Generalstaatsanwaltschaft ermittelt nach Vorfall an Synagoge. 10.03.2025. <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/stadtviertel/messeralarm-in-muenchen-generalstaatsanwaltschaft-ermittelt-nach-vorfall-an-synagoge-art-1043026> (29.03.2025).
- Aktionswochen gegen Antisemitismus (2025): Besetzung der Alice Salomon Hochschule Berlin mit antisemitischen Bannern und Parolen. In: Amadeu Antonio Stiftung: Chronik antisemitischer Vorfälle. 06.01.2025. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/besetzung-der-alice-salomon-hochschule-berlin-mit-antisemitischen-bannern-und-parolen/> (29.03.2025).
- BR24 (2024): Langenstraß, M.: Antisemitismus in Bayern: Angriff auf Mann in München. 17.07.2024. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/antisemitismus-in-bayern-angriff-auf-mann-in-muenchen,UImRSf0> (29.03.2025).
- Der Spiegel (2023): Schneider, R.: „Der „Schwarze Schabbat“ weckt die Ängste aller Juden. 12.11.2023. www.spiegel.de/ausland/israel-warum-der-7-oktober-als-schwarzer-schabbat-die-aengste-aller-juden-weckt-a-1117ca32-2bee-4352-8335-861571a2a83c (29.03.2025).
- Der Spiegel (2024): Becker, S./Wiedmann-Schmidt, W.: Iran – Anschlagpläne gegen Juden in Europa: Gangster machen die Drecksarbeit für die Mullahs. 05.09.2024. <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/iran-anschlagsplaene-gegen-juden-in-europa-gangster-machen-die-drecksarbeit-fuer-die-mullahs-a-02d7bff1-51cb-495d-96c0-1ee0a8137309> (22.04.2025).
- Deutschlandfunk Kultur (2016): „Judenhass ist wieder salonfähig geworden“. Florian Gleibs im Gespräch mit Inga Höltmann. 05.10.2016. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/muenchner-restaurant-schmock-schliesst-judenhass-ist-wieder-100.html> (29.03.2025).
- Die Welt (2023): Schindler, F.: „Erstmals seit dem Holocaust brauchen wir diese laute Stimme. Und sie ist nicht da“. 05.12.2023. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus248825524/Antisemitismus-Erstmals-seit-dem-Holocaust-brauchen-wir-diese-laute-Stimme-Und-sie-ist-nicht-da.html> (29.03.2025).
- Die Welt (2023): Trainer bedroht. Maccabi München sagt Spiele ab. 17.10.2023. <https://www.welt.de/sport/article248044922/Dimension-des-Schreckens-Trainer-bedroht-Maccabi-Muenchen-sagt-Spiele-ab.html> (29.03.2025).
- Die Welt (2025): Engel, Ph. P.: „Meine Schlussfolgerung: Juden zählen nicht“. Gespräch mit Christian Meier. Welt, 13.03.2025. <https://www.welt.de/kultur/medien/plus255636004/Philipp-Peyman-Engel-Meine-Schlussfolgerung-Juden-zaehlen-nicht.html> (29.03.2025).
- gpoisrael (2025): Eli Sharabi wrapped in an Israeli flag as he arrives at Sheba Hospital. [Instagram-Post], 19.03.2025. https://www.instagram.com/gpoisrael/p/DF0bxhxt2Pj/?img_index=1 (31.03.2025)..
- International March of the Living (2025): Website. <https://www.motl.org/> (31.03.2025)
- Jüdische Allgemeine (2023): Steinke, R. Das Vertrauen wird brüchiger. In: Jüdische Allgemeine. <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/das-vertrauen-wird-bruechiger/> (31.03.2025).
- Jüdische Allgemeine (2024): Israelisches Restaurant muss schließen. 07.06.2024. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/israelisches-restaurant-schliesst-wegen-des-7-oktobers/> (29.03.2025).
- Jüdische Allgemeine (2025a): dpa: Staatsanwaltschaft: Deutlich mehr antisemitische Straftaten. 16.03.2025. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/staatsanwaltschaft-deutlich-mehr-antisemitische-straftaten/> (29.03.2025).

Jüdische Allgemeine (2025b): dpa: Geldnot bremst Projekte gegen Judenhass aus. 13.02.2025. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/geldnot-bremst-projekte-gegen-judenhass-aus/> (22.04.2025).

Linkes Bündnis gegen Antisemitismus München (2024): „Israel begeht Organraub“: Wie das Protestcamp die antijüdische Ritualmordlegende in Szene setzt. 19.08.2024. <https://lbga-muenchen.org/2024/08/19/israel-begeht-organraub-wie-das-protestcamp-die-antijudische-ritualmordlegende-in-szene-setzt/> (29.03.2025).

Linkes Bündnis gegen Antisemitismus München (2025): Nach einer spontanen Kundgebung der Islamist*innen von Palästina Spricht München am 18. März am Königsplatz hinterließen sie dort ihre Spuren... [Instagram-Post], 19.03.2025. https://www.instagram.com/lbga_muenchen/p/DHZBG1Ds6Mh/?img_index=1.

Mediendienst Integration (2025): Zahlen und Fakten: Antisemitismus. <https://mediendienst-integration.de/desintegration/antisemitismus.html> (31.03.2025).

NBC (2025): Israel-Hamas ceasefire: 3 more Israeli hostages freed under Gaza deal. 08.02.2025. <https://www.nbcnews.com/news/world/live-blog/hostages-release-israel-hamas-ceasefire-live-updates-rcna191194> (31.03.2025).

Neue Zürcher Zeitung (NZZ) (2025a): Boie, J.: Dubiose Quellen und Täter-Opfer-Umkehr: wie Israel zum Opfer unfairer Berichterstattung wird. 27.01.2025. <https://www.nzz.ch/international/hamas-und-geiselaustausch-wie-israel-opfer-verzerrter-berichterstattung-wird-ld.1867821> (29.03.2025).

Neue Zürcher Zeitung (NZZ) (2025b): Rickenbacher, D.: Seit Jahren plant die Hamas die Vernichtung Israels mit wissenschaftlicher Präzision – aber die westlichen Länder wollten es lange nicht glauben. 26.03.2025. <https://www.nzz.ch/feuilleton/hamas-massenmord-und-raub-der-plan-hinter-dem-7-oktober-ld.1876953> (29.03.2025).

Süddeutsche Zeitung (SZ) (2023a): Knobloch entsetzt über Antisemitismus im engen Umfeld. 10.02.2023. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-charlotte-knobloch-personen-schuetzer-antisemitismus-reaktion-1.5749074> (29.03.2025).

Süddeutsche Zeitung (SZ) (2023b): Bernstein, M.: Antisemitismus in München: Judenfeindliche Hasskriminalität nimmt stark zu. 17.04.2023. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-antisemitismus-polizei-zunahme-2022-zahlen-1.5804489> (29.03.2025).

Süddeutsche Zeitung (SZ) (2023c): dpa: Extremismus - München: Seit Hamas-Angriff 14 antisemitische Straftaten erfasst. 24.10.2023. www.sueddeutsche.de/bayern/extremismus-muenchen-seit-hamas-angriff-14-antisemitische-straftaten-erfasst-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231024-99-677456 (29.03.2025).

Süddeutsche Zeitung (SZ) (2025a): Bernstein, M.: Münchner Universitätsgebäude mit Hamas-Symbolen markiert. 22.02.2025. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/technische-universitaet-muenchen-graffiti-hamas-symbole-ermittlungen-kriminalpolizei-li.3187463> (29.03.2025).

Süddeutsche Zeitung (2025b): dpa: Unbekannte sprühen Schriftzüge auf die Münchner Propyläen. SZ, 21.03.2025. <https://www.sueddeutsche.de/bayern/muenchen-koenigsplatz-unbekannte-spruehen-schriftzuege-auf-die-muenchener-propylaeen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250321-930-410683> (29.03.2025).

Süddeutsche Zeitung (SZ) (2025c): Handel, St.: Anschlag auf israelisches Generalkonsulat: Zwölf Minuten Terror. 14.03.2025. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-anschlag-israelisches-generalkonsulat-ns-dokumentationszentrum-ermittlungen-ergebnis-li.3216836> (22.04.2025).

SWR (2024): Flöber, M.: Polizei ermittelt wegen Volksverhetzung. Fußballer in Sindelfingen offenbar rassistisch beleidigt. 09.04.2024. <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/>

- rassismus-vorfall-fussballspiel-sindelfingen-magstadt-polizei-ermittelt-volksverhetzung-100.html (30.03.2025).
- Tacheles. Solidarische Gruppe gegen Antisemitismus ASH Berlin (2024): Offener Brief zur fehlenden Auseinandersetzung mit Islamismus an der Alice Salomon Hochschule Berlin... [Instagram-Post], 24.11.2024. https://www.instagram.com/tacheles.ash/p/DCwB5EUlaQy/?img_index=1 (29.03.2025).
- Tacheles. Solidarische Gruppe gegen Antisemitismus ASH Berlin (2025): Unser Statement zur Besetzung des Audimax der ASH: Am Mittag des 6. Januar 2025 wurde das Audimax der ASH besetzt... [Instagram-Post], 09.01.2025. https://www.instagram.com/p/DEmlhoOOnum/?img_index=6 (29.03.2025).
- Tagesschau (2024): Dippel, C./Garus, T.: Antisemitismus Jüdische und israelische Restaurants unter Druck. 07.08.2024. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/israelische-restaurants-100.html> (29.03.2025).
- Tagesschau (2025a): Israelisches Sicherheitskabinettt stimmt Waffenruhe mit der Hamas und Geiselaustausch zu. 17.01.2025. Capture vom 18.01.2025, 15:28:09. <https://web.archive.org/web/20250118151610/https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-1424096.html> (29.03.2025).
- Tagesschau (2025b): Israelisches Sicherheitskabinettt stimmt Waffenruhe mit der Hamas und Geisel-Deal zu. 17.01.2025. Capture vom 29.03.2025, 15:16:03. <https://web.archive.org/web/20250118151610/https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-1424096.html> (29.03.2025).
- Tagesspiegel (2025): Fröhlich, A./Kiesel, R.: Nach antisemitisch motivierter Besetzung: Berlins CDU-Fraktionschef fordert Rücktritt von Hochschul-Präsidentin Bettina Völter. 09.01.2025. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-antisemitisch-motivierter-besetzung-berlins-cdu-fraktionschef-fordert-rucktritt-von-hochschul-reaktorin-bettina-volter-12988288.html> (29.03.2025).
- Tageszeitung (taz) (2023): Zingher, E.: Traumatisches Klima. 01.11.2024. <https://taz.de/Juedisches-Leben-in-Deutschland/%215966881/> (28.03.2025).
- Tageszeitung (taz) (2025): Schneider, L./Wellisch, F.: Alle haben versagt. 19.2.2025. <https://taz.de/Streit-um-tote-Geiseln-in-Israel!/6067217/> (29.03.2025).
- ZDF (2024): Schlösser. St.: Antisemitismus im Sport. Wie jüdische Vereine mit der Bedrohung leben. 18.12.2024. <https://www.zdf.de/nachrichten/sport/antisemitismus-sport-juedische-vereine-100.html> (30.03.2025).
- Zeit Magazin (2024): Hackl, M./Plag, C./Pontius, J./Zwerenz, M.: Antisemitismus in der Gastronomie: „Man muss jemanden wirklich hassen, um so etwas zu tun“. 07.06.2024. <https://www.zeit.de/zeit-magazin/wochenmarkt/2024-06/antisemitismus-gastronomie-juedisch-israelisch-restaurant-uebergreif> (29.03.2025).

Sonstiges (Stellungnahmen und Unterstützungsangebote):

- Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD)/Verband jüdischer Studenten in Bayern (VJSB) (2022): Offener Brief der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands und des Verbandes jüdischer Studenten in Bayern in Zusammenhang mit dem Stück „Vögel“ von Jochen Schöchl. https://vjsb.de/wp-content/uploads/2022/11/Vo%CC%88geL_offener-Brief.pdf (29.03.2025).
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. (KIgA) (2025): Bildungssenat streicht alle Mittel für die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus. <https://www.kiga-berlin.org/news/kahlschlag-in-der>

- antisemitismuspraevention-berliner-bildungssenat-streicht-alle-mittel-fuer-die-kreuzberger-initiative-gegen-antisemitismus-kiga-e-v/ (22.04.2025).
- Landeshauptstadt München (2021): Aktionsplan gegen Antisemitismus der Landeshauptstadt München. https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:db6df130-f803-4d9c-8b79-d8f4eda89649/Aktionsplan%20Antisemitismus_final_gebunden.pdf (22.04.2025)
- Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt (2023): Jüdische Kulturtage Sachsen-Anhalt. <https://jkt-sachsen-anhalt.de/kulturtage/#juedische-kulturtage-in-sachsen-anhalt> (20.03.2025).
- Netzwerk Psychotherapie gegen Antisemitismus (2025): Website. <https://www.psychotherapiegegenantisemitismus.de/> (29.03.2025).
- OFEK e.V. (2025): Unterstützungsformate auf Anfrage. <https://ofek-beratung.de/gruppenformate-und-psychologische-beratung> (29.03.2025).
- Seebrücke (2021): Unsere Forderungen. <https://www.seebruecke.org/mach-mit/deutschland/bayern/muenchen/sicherer-hafen> (29.03.2025).
- Rat der Landeshauptstadt München (2023): Sitzungsvorlage 20-26 / V 09216 zum TOP „Gegen jeden Antisemitismus! Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung („boycott, divestment and sanctions“) in der Sitzung am 22.03.2023. <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/7638390> (22.04.2025).
- Rat der Landeshauptstadt München (2024): Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 13305 zum Thema "Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken"bin der Sitzung am 22.03.2023. <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/8653191> (22.04.2025).

Anhang

Antisemitische Vorfälle in München seit dem 07.10.2023

- 07.10.2023 RIAS Bayern: Mann rief „Die Juden sollen verrecken“ von Balkon. <https://report-antisemitism.de/rias-bayern/#publications> (29.03.2025).
- 08.10.2023 RIAS Bayern: Anrufer drohte gegenüber Mitarbeiter:innen eines israelischen Restaurants in München mit der Tötung aller Israelis. <https://report-antisemitism.de/rias-bayern/#publications> (29.03.2025).
- 09.10.2023 RIAS Bayern: Während Kundgebung zeigte „Palästina Spricht München“ offene Solidarität mit der Hamas und feierte zuvor auf Instagram deren Massaker als „Dekolonisierung“. <https://report-antisemitism.de/rias-bayern/#publications> (29.03.2025).
- 17.10.2023 Süddeutsche Zeitung: Vor einem Spiel des TSV Maccabi München wurde der Trainer telefonisch bedroht, woraufhin das Spiel abgesagt werden musste. https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-tsv-maccabi-fussballspiele-absage-israel-hamas-bedrohungen-1.6288968?utm_campaign=6288968&utm_medium=bot_content&utm_source=facebook (29.03.2025).
- 11.11.2023 RIAS Bayern: Antisemitische Demonstration mit über 4000 Teilnehmer:innen <https://report-antisemitism.de/rias-bayern/#publications> (29.03.2025).
- 11.11.2023 RIAS Bayern: Israels Existenzrecht wurde als militaristisch-koloniales Staatsprojekt unter Applaus von Tausenden delegitimiert. <https://report-antisemitism.de/rias-bayern/#publications> (29.03.2025).
- 06.12.2023 RIAS Bayern: Bei Kundgebung wurde Israel als Apartheidstaat dämonisiert und mit nationalsozialistischem Faschismus gleichgesetzt. <https://report-antisemitism.de/rias-bayern/#publications> (29.03.2025).
- 14.12.2023 BR: Ein jüdischer Tourist wurde von einer Person aus einer Gruppe angegriffen, nachdem er wegen seiner Kippa als Jude identifiziert worden war. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/juedischer-tourist-in-muenchen-attackiert-behoerden-reagieren,TyEvdDg> (29.03.2025).
- 29.12.2023 RIAS Bayern: Jugendlicher rief mehrfach Juden und Israelis sollten vergast werden. <https://report-antisemitism.de/rias-bayern/#publications> (29.03.2025).
- 27.02.2024 Süddeutsche Zeitung: Jüdischer Mann wurde vor der Synagoge antisemitisch beleidigt und körperlich angegriffen. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-synagoge-angriff-jude-1.6401422> (29.03.2025).
- 10.03.2024 TZ: 31-Jähriger wurde bei einer Begegnung während einer Feier antisemitisch beleidigt, geschlagen und zur Herausgabe seiner Wertsachen gezwungen. <https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/muenchen-beleidigung-raub-ueberfall-geldbeutel-antisemitisch-jude-party-nacht-verletzt-schlaege-92882095.html> (29.03.2025).
- 14.03.2024 RND: Unbekannte sprühen antisemitischen Slogan „From the River to the Sea“ auf Arabisch an eine Hausfassade in der Straße des ehemaligen Münchner Olympiadorfs, unweit des Schauplatzes des Terroranschlags von 1972 <https://www.rnd.de/politik/muenchener-olympiadorf-hamas-parole-prangt-am-schauplatz-des-terrorattentats-1972-CNN2BJ3EKB5PJ3HA4D2NZ6RHY.html> (29.03.2025).
- 26.03.2024 Süddeutsche Zeitung: Mann beleidigt vor der Münchner Hauptsynagoge jüdische Menschen und zeigt mehrfach den Hitlergruß. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/antisemitisch-beschimpfungen-hitlergruss-synagoge-muenchen-polizei-1.6491609> (29.03.2025).

- 10.04.2024 Süddeutsche Zeitung: 15-Jährige besprüht insgesamt 50 Hauswände und 30 Fahrzeuge mit nationalsozialistischen Symbolen. <https://www.sueddeutsche.de/bayern/muenchen-jugendliche-sprueht-nationalsozialistische-symbole-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240410-99-625272> (29.03.2025).
- 22.05.2024 RIAS Bayern: Vor der Ludwig-Maximilians-Universität fanden antiisraelische Protestcamps statt, bei denen Israel als Apartheitsstaat bezeichnet und antisemitische Sprechchöre skandiert. wurden. https://www.facebook.com/story.php?story_fbid=485467597155644&id=100070772226157&rdid=mqnDAAA67rKrVuuW (29.03.2025).
- 19.06.2024 RIAS Bayern: Im Hirschgarten wurden antisemitische Symbole und Texte an Wände und Säulen geschmiert. Darunter Hakenkreuz, „Fuck Juden“, „ Hamas“, „Fuck Israel“, „Jihad“. <https://www.instagram.com/reel/C9Ueta8srpg/?igsh=ZmticzF6dGpsem90> (29.03.2025).
- 03.07.2024 Esslinger Zeitung: 58-jähriger Mann zeigt beim Public Viewing eines Fußballspiels den Hitlergruß <https://www.esslinger-zeitung.de/inhalt.vorfaelle-in-muenchen-hitlergruss-und-rechter-gesang-beim-public-viewing.50a89ff2-191d-42bc-b2d1-a191c6a17615.html> (29.03.2025).
- 03.07.2024 Esslinger Zeitung: Beim Public Viewing eines Fußballspiels zeigt eine 44-jährige Frau mehrfach den Hitlergruß und singt die verbotene erste Strophe des Deutschlandlieds. <https://www.esslinger-zeitung.de/inhalt.vorfaelle-in-muenchen-hitlergruss-und-rechter-gesang-beim-public-viewing.50a89ff2-191d-42bc-b2d1-a191c6a17615.html> (29.03.2025).
- 17.07.2024 BR: Unbekannte Person sieht einen 34-jährigen Juden mit Kippa, beleidigt und verletzt ihn daraufhin. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/antisemitismus-in-bayern-angriff-auf-mann-in-muenchen,UImRSf0> (29.03.2025).
- 05.09.2024 Tagesschau: Bewaffneter Mann läuft zwischen NS-Dokumentationszentrum und israelischen Generalkonsulat umher und eröffnet Feuer auf Polizist:innen. <https://www.tagesschau.de/inland/muenchen-anschlag-102.html> (29.03.2025).
- 25.09.2024 TZ: 19-Jähriger zeigt Hitlergruß auf Oktoberfest. <https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/hitlergruss-auf-der-wiesn-polizei-nimmt-tourist-im-biergarten-fest-oktoberfest-93321283.html> (29.03.2025).
- 27.09.2024 Süddeutsche Zeitung: Mann zeigt beim Oktoberfest in Richtung mehrerer Polizist:innen den Hitlergruß. <https://www.sueddeutsche.de/bayern/muenchen-mann-zeigt-vor-polizisten-auf-der-wiesn-hitlergruss-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240927-930-245554>, Zugriff: 29.03.2025).
- 02.10.2024 TZ: Mann randaliert und zeigt den Hitlergruß. <https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/muenchen-betrunken-erandaliert-scheibe-eingeschlagen-auto-schaden-hitlergruss-polizei-verletzt-93334712.html>, Zugriff: 29.03.2025).
- 17.10.2024 Süddeutsche Zeitung: Mann ruft antisemitische Sprüche. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-marienplatz-u-bahn-antisemitismus-anspucken-lux.X9MXTerCXUNiLQpbCfwZ7V> (29.03.2025).
- 28.10.2024 OVB: Unbekannte zerstören Kerzen und Vasen sowie weitere Trauer- und Gedenkdekoration vor der Synagoge. <https://www.ovb-heimatzeitungen.de/muenchen/2024/10/27/vandalen-an-der-synagoge.ovb?shorten> (29.03.2025).
- 01.11.2024 Süddeutsche Zeitung: Propalästinensische Aktivist:innen schalten bei Ludwig-Maximilians-Universität-Protestcamp mutmaßliche Hamas-Mitglieder zu. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-nahostkonflikt-palaestina-camp-hamas-terror-antisemitismus-firm-lux.Qegy4B26haaHXbX6aVF5t?reduced=true> (29.03.2025).

- 03.11.2024 Süddeutsche Zeitung: Propalästinensische Aktivist:innen beschmieren die Fassade des Siemens Technology Centers mit „Genocide“ und bezichtigten das Unternehmen wegen Geschäftsbeziehungen zu Israel der Mittäterschaft an einem angeblichen Völkermord. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/siemens-tu-muenchen-garching-pro-palaestinensisch-graffiti-polizei-lux.Jcj2BezyRkzyinyNG5xpUz> (29.03.2025).
- 04.11.2024 RIAS Bayern: Unbekannte schmieren in einer U-Bahnstation in München „Zio Nazi“ auf einen Klebezettel und kleben diesen an eine Wand. <https://www.instagram.com/reel/DB8-YNaMg8x/?igsh=OGcyeTF6NGNhM2Ux> (29.03.2025).
- 17.11.2024 T-Online: Bei propalästinensischen Demonstration halten Teilnehmende ein Schild mit der Aufschrift „Gaza ist das größte KZ aller Zeiten“ hoch. https://muenchen.t-online.de/region/muenchen/id_100532466/muenchen-holocaust-plakate-bei-demo-gezeigt-festnahmen.html (29.03.2025).
- 29.11.2024 RIAS Bayern: Unbekannte übersprühen an einer Autobahnbrücke den Schriftzug „NIE WIEDER“ mit einem roten Hamas-Dreieck. <https://www.instagram.com/reel/DC9HX41sFGp/?igsh=NTRlaDgweXJxcmoz> (29.03.2025).
- 29.11.2024 RIAS Bayern: Unbekannte schmieren an einer Hauswand „FREE GAZA FUCK ISRAEL“ kombiniert mit einem Davidstern, in dessen Mitte ein Hakenkreuz geschmiert ist. <https://www.instagram.com/reel/DC9HX41sFGp/?igsh=NTRlaDgweXJxcmoz> (29.03.2025).
- 29.11.2024 Amadeu Antonio Stiftung: Unbekannte schmieren auf Verkehrsschild „Auschwitz oder Liebenau“, dazu einen Zug. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/verkehrsschild-antisemitisch-beschmiert/> (29.03.2025).
- 10.12.2024 TZ: Unbekannte bringen Hakenkreuz-Schmiererei mit einer Wildsau an einer Haustür an. <https://www.tz.de/muenchen/stadt/treppenhaus-muenchner-mieter-kaempfen-gegen-schmierereien-der-terror-im-93454524.html> (29.03.2025).
- 02.01.2025 Abendzeitung München: Fenster des TamS Theaters in Schwabing wurde eingeschlagen, an der Außenfassade hängt ein Banner mit Zitat einer Holocaust-Überlebenden. <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/staatsschutz-ermittelt-zwei-antisemitische-attacken-in-muenchen-art-1028998> (29.03.2025).
- 02.01.2025 BR: In Silvesternacht verbrannten mehrere Personen eine Israelflagge. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/silvester-randale-in-muenchen-auch-israel-flagge-verbrannt,UYjfqWf> (29.03.2025).
- 06.01.2025 Süddeutsche Zeitung: Mann ruft auf dem Odeonsplatz antiisraelische Parolen, beleidigt eine Frau und bedrängt diese sexuell. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/anti-israelisch-parolen-odeonsplatz-muenchen-polizei-lux.4aYeNfS2MWodTqcmS8fNiV> (29.03.2025).
- 20.01.2025 Süddeutsche Zeitung: Antisemitische Schmierereien an der Technischen Universität München. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/technische-universitaet-muenchen-graffiti-hamas-symbole-ermittlungen-kriminalpolizei-li.3187463> (29.03.2025).
- 10.03.2025 Abendzeitung München: Messeralarm in München: Generalstaatsanwaltschaft ermittelt nach Vorfall an Synagoge. <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/stadtviertel/messeralarm-in-muenchen-generalstaatsanwaltschaft-ermittelt-nach-vorfall-an-synagoge-art-1043026> (29.03.2025).
- 18.03.2025 LGBA München: Nach Kundgebung von „Palästina Spricht“ wurden Schmierereien am Königsplatz hinterlassen, neben bekannten Parolen wie „From the River to the Sea“ auch die Drohung „When Gaza burns, Munich burns“. https://www.instagram.com/lbga_muenchen/p/DHZBG1Ds6Mh/?img_index=1 sowie <https://www.sueddeutsche.de/bayern/muenchen->

koenigsplatz-unbekannte-spruehen-schriftzuege-auf-die-muenchner-propylaeen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250321-930-410683 (29.03.2025).